INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

224/1993

Nr. 223

14. Januar 1993

Heute haben wir nicht viel zu sagen, außer einer kurzen Nachricht an die "Selbst-InterviewerInnen": Euer 40-Seiten-Papier fanden wir total spannend und haben über Weihnachten mit großem Interesse gelesen. Allerdings ist es uns auch in dieser verkürzten und verkleinerten Version zu umfangreich. Alle Interessierten finden es im Ordner! -Für die lange Wartezeit wollen wir uns bei Euch entschuldigen!

Einsendeschluß ist, war und bleibt der Montag!!!

Inhalt

Autonomen-Blatt „Interim" wird erwachsen

aus ND 2.1.93

Eine wahre Institution für die Vermummten

Tatsächlich, Autonome können lesen: Das Berliner Anarcho-Wochenblatt „Interim" erscheint bereits im vierten Jahr und kann auf stolze 221 No-Budget-Ausgaben zurückblicken. Längst ist die Postille mit dem furchtbaren Layout dem gewöhnlichen Vermummten so unersetzlich wie Omi Meyer das „Goldene Blatt". Und eben deshalb nannten die Macher die „Interim", was auf deutsch übrigens „Zwischenlösung" heißt, in bewundernswerter Selbstkritik um – in „Institution".

Die Geburtsstunde der „Interim" war – welcher Tag käme auch sonst in Frage?! – der 1. Mai 1988. Daß seitdem der Spottpreis von zwei Mark gehalten werden konnte, mag wohl vor allem daran liegen, daß Staats- und Verfassungsschutz neben besetzten Häusern und Kreuzberger Wohngemeinschaften zu den besten Abonnenten gehören.

Eine journalistische Nachwuchsschmiede ist die „Interim" nicht gerade. Die Redakteure beschränken sich darauf, ellenlange Papiere nachzudrucken: Flugis, Bekennerschreiben und Diskussionsbeiträge zu autonomer Strategie. Ein wahres Paradies jedoch für freie Autoren: Genommen wird (fast) alles, was die Interim-Macher an einem jeden Dienstag aus einem geheimnisvollen Briefkasten im Kreuzberger Mehringhof fischen. Sollte ein Text aus Platzgründen einmal hinausfallen oder, was vorkommt, der autonomen Moral mißfallen, landet er immerhin im Ordner eines Szene-Copyshops – so auch Honeckers Prozeßerklärung.

Und doch ist die Postille aus dem Leben von zahlreichen Vermummten, V-Leuten und Journalisten nicht mehr wegzudenken. Aber muß der neue Name wirklich sein? Waren die Autonomen nicht einst angetreten, alle Institutionen zu stürzen? Heißt Institution denn nicht, sich einzurichten in den Verhältnissen, Bestehendes zu konservieren, letztendlich Herrschaft zu sichern?

Dank der engen Blatt-Leser-Bindung düften den „Interim"-Machern harte Auseinandersetzungen bevorstehen. Ob die nächste Ausgabe tatsächlich noch „Institution" heißen wird, ist noch lange nicht gewiß. Denn schließlich weiß seit dem 8. November auch der Bundespräsident: Berlins Autonome sind immer für Überraschungen gut.

CHARLOTTE SCHULZ

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

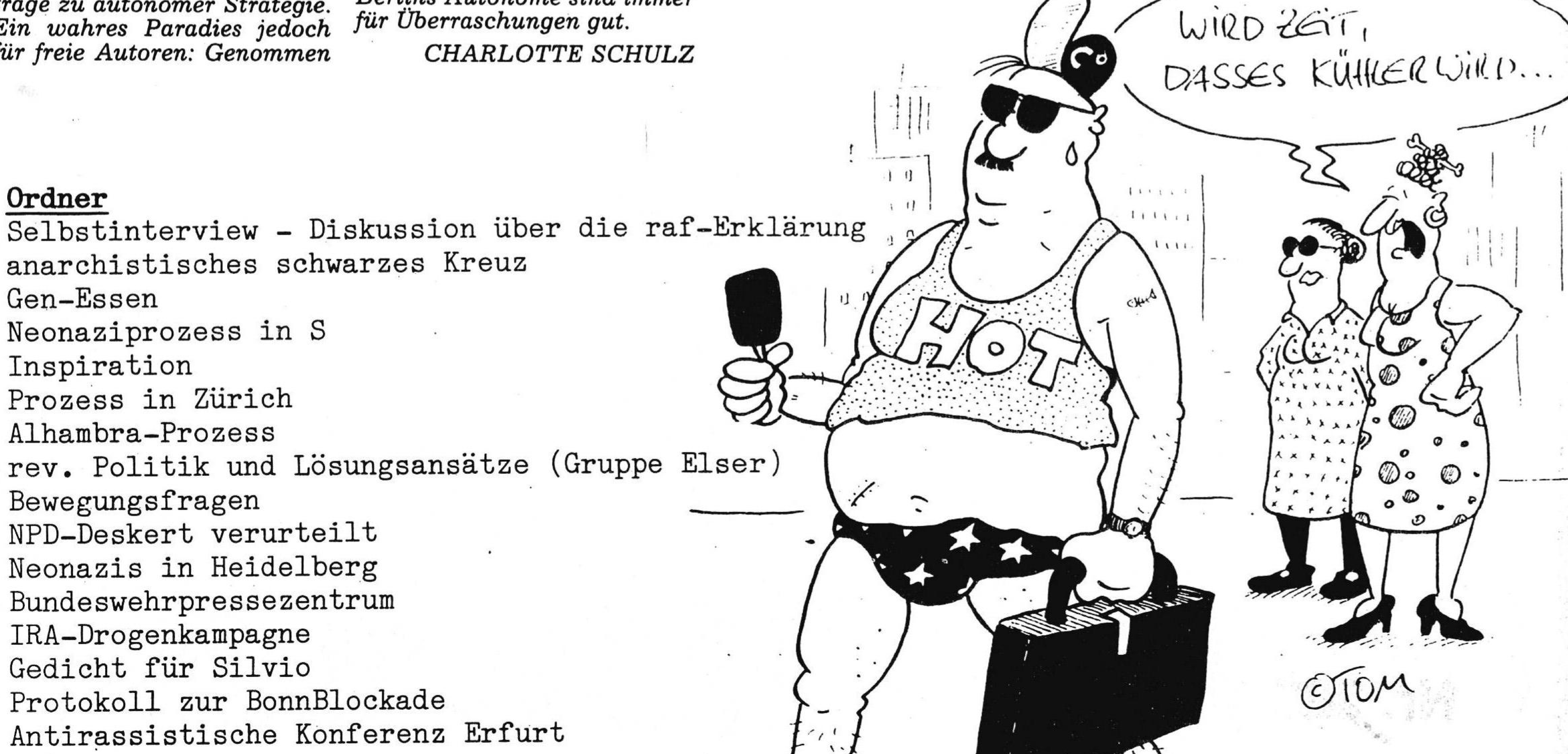
Redaktionsanschrift: s. o.

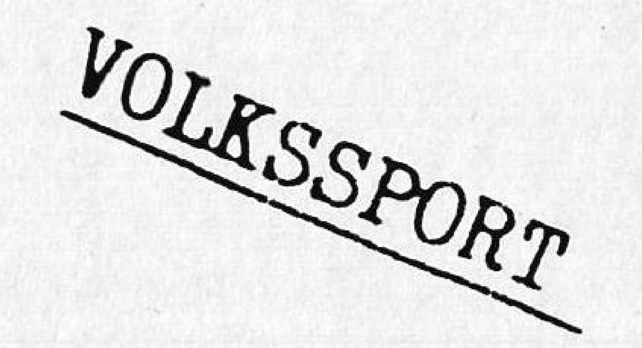
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner

Selbstinterview - Diskussion über die raf-Erklärung
anarchistisches schwarzes Kreuz
Gen-Essen
Neonaziprozess in S
Inspiration
Prozess in Zürich
Alhambra-Prozess
rev. Politik und Lösungsansätze (Gruppe Elser)
Bewegungsfragen
NPD-Deskert verurteilt
Neonazis in Heidelberg
Bundeswehrpressezentrum
IRA-Drogenkampagne
Gedicht für Silvio
Protokoll zur BonnBlockade
Antirassistische Konferenz Erfurt

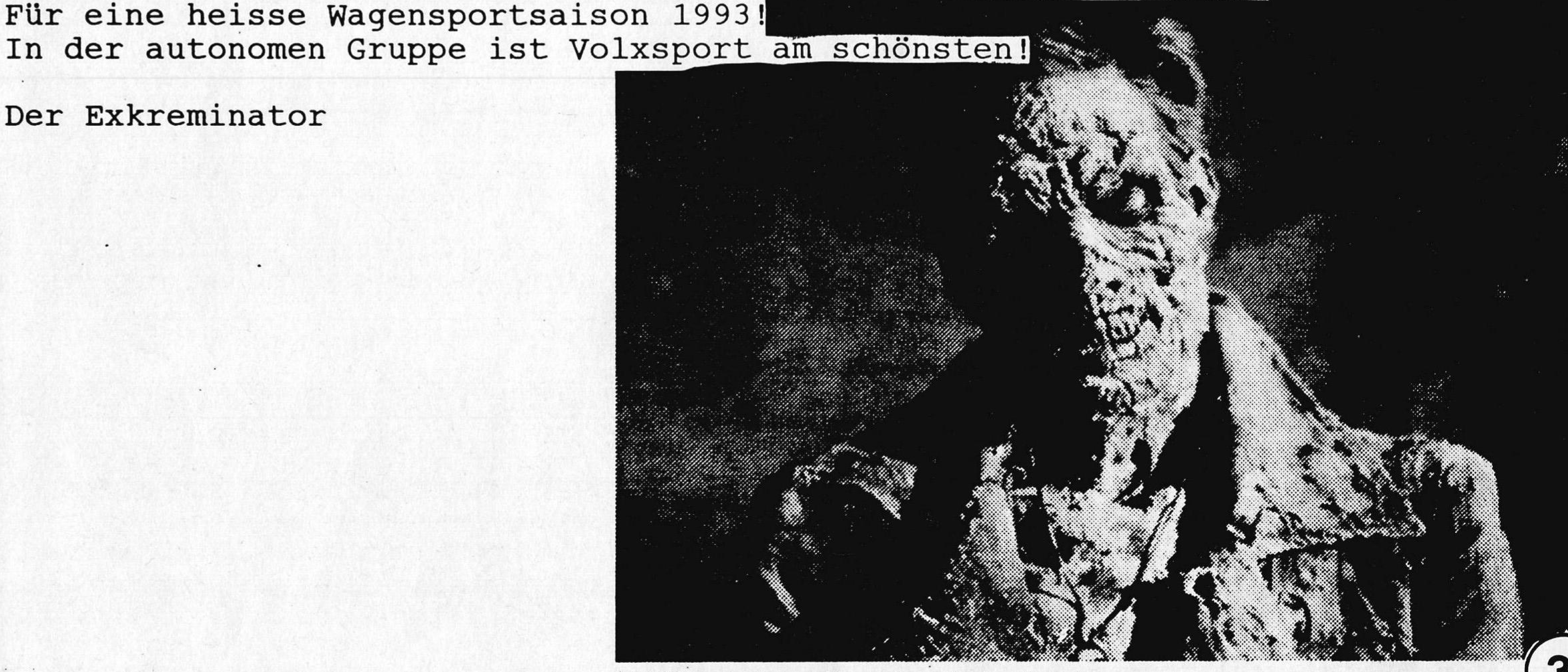




Ein Kübel voll mit Scheisse - ach wie fein
Kippten wir in den Bonzenschlitten rein
Der feiste Bonze sass noch drin
Jetzt ist wohl auch sein Anzug hin

Am 18. Januar haben wir in der Prinzenstrassee einen Daimler Benz Sport Coupé gekübelt. Hierbei nutzten wir den üblichen Stau aus, denn es war unser Ziel, den Typen gleich mitzuerwischen. Wir knüpfen mit unserer Aktion an viele andere an, die im letzten Jahr unter der Parole "Bonzen raus" gelaufen sind.
Kreuzberg muss für alle, die uns hier ans Leder wollen, ein heisses Pflaster werden. Spekulanten, Verkehrsplaner, Olympiastrategen und das ganze Kapitalistenpack sollen schwitzen, wenn sie sich hier rumtreiben. Sie sollen ständig Schiss haben, dass ihren Nobelkarossen oder ihnen selbst was passiert.
Das hat nichts aber auch gar nichts damit zu tun, wie es uns besonders einige Liberalalas immer wieder vorwerfen, dass wir irgendwelchen Menschen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben. Unser Verhalten ist praktischer Widerstand gegen die, die uns mit ihrer Umstrukturierung und ihrem Profitstreben angreifen. Nicht erst seit der Maueröffnung findet in Kreuzberg und anderen Gegenden von Berlin eine knallharte Vertreibungspolitik statt, in der Spekulanten und Politiker Hand in Hand arbeiten (wir sagen nur Garski- dabei könnten wir Bücher mit weiteren Beispielen füllen). Es geht uns auch nicht um romantische Vorstellungen, wie toll Kreuzberg früher gewesen ist. Gewalt gegen Frauen, Mietwucher und Vertreibung, das alles und noch viel mehr hat es immer gegeben. Wenn wir trotzdem von "Unserem Kiez" reden, dann deshalb, weil wir hier wohnen und uns nicht vertreiben lassen werden - basta!
Viele werden trotz des eben Gesagten die Aktionsform nicht Voll und Ganz billigen. Einen Menschen mit einem Eimer Scheisse zu bewerfen werden viele als abstossend und sonst etwas empfinden. Wir würden auch auf keinen Fall empfehlen, alle Auseinandersetzungen mit diesem Mittel zu lösen. Aber hier geht es um etwas Anderes. Es geht um den Antagonismus (unauflösbaren Widerspruch) zwischen einem der in einer riesigen Bonzenkutsche für 100.000 DM mit Autotelefon auf der Jagd nach dem nächsten "günstigen Geschäft" ist und den meisten Menschen, die hier oder in anderen Kiezen leben. Dieser Bonze lebt nicht von seiner Arbeitskraft, sondern von der Ausbeutung anderer. Durch diesen Eimer Scheisse wird er keine bleibenden körperlichen Schäden davontragen, er wird auch keine psychischen Verletzungen zurückbehalten und er wird nicht Monate oder gar Jahre wie beispielweise Opfer von patriarchalem oder faschistischem Terror brauchen, um diese Sache zu verarbeiten. Also eventuelles Mitleid sollte sich in Mut zum Widerstand wandeln.
Greifen wir alle Bonzen hier im Stadtteil und auch anderswo an!
Für eine heisse Wagensportsaison 1993!
In der autonomen Gruppe ist Volxsport am schönsten!

Der Exkreminator



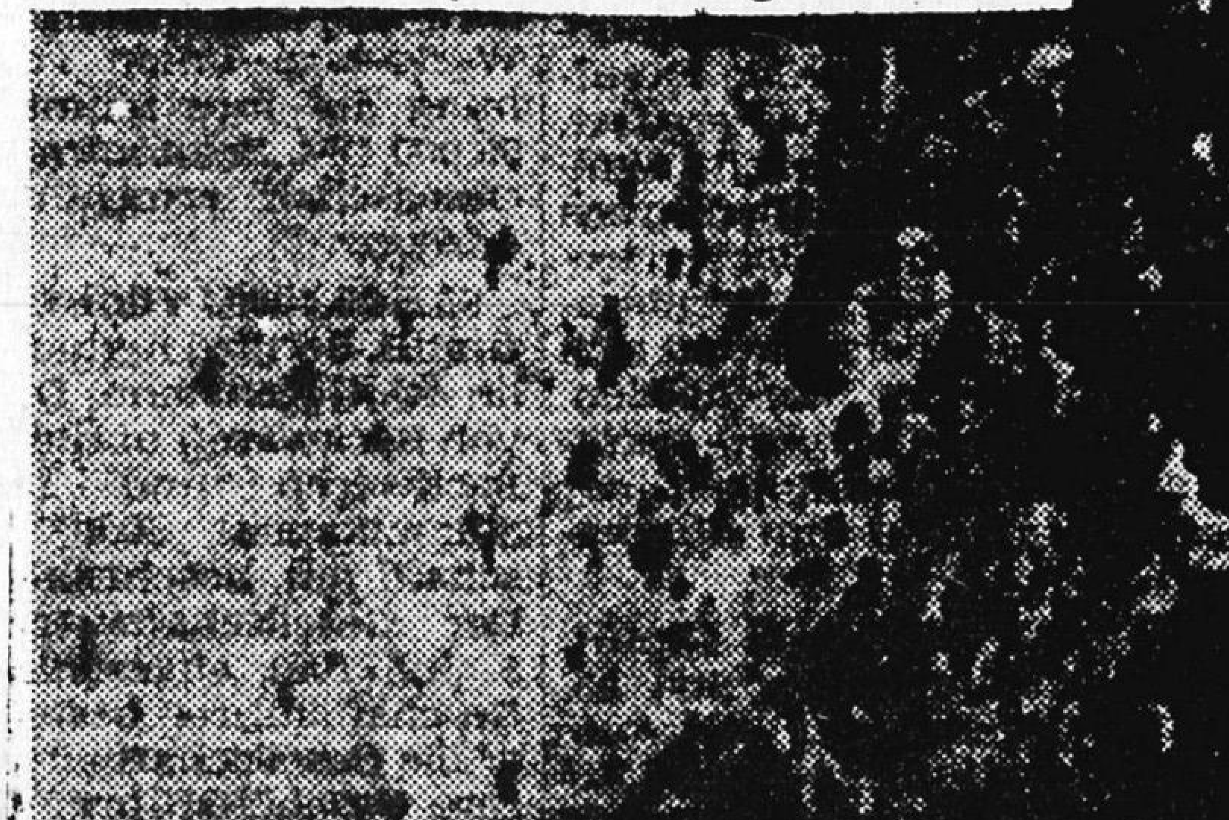
BILDER, wie junge Menschen sie heute mögen.

Wagensportliga Amateurklasse Antifa
2. Spiel-Woche

In der Nacht vom 15.1 auf den 16.1.93 kam es zur kurzfristig angesetzten Begegnung zwischen dem Auto von Christian Worch und dem VSC (Volxsportclub) Antifa Berlin (Amateure).
Austragungsort war die Osloerstr. im Wedding, direkt vor A.Priems Wohnung. Wahrscheinlich war Worch bei Priem, um neue Schweinereien für den 30.1.93 zu bequatschen.

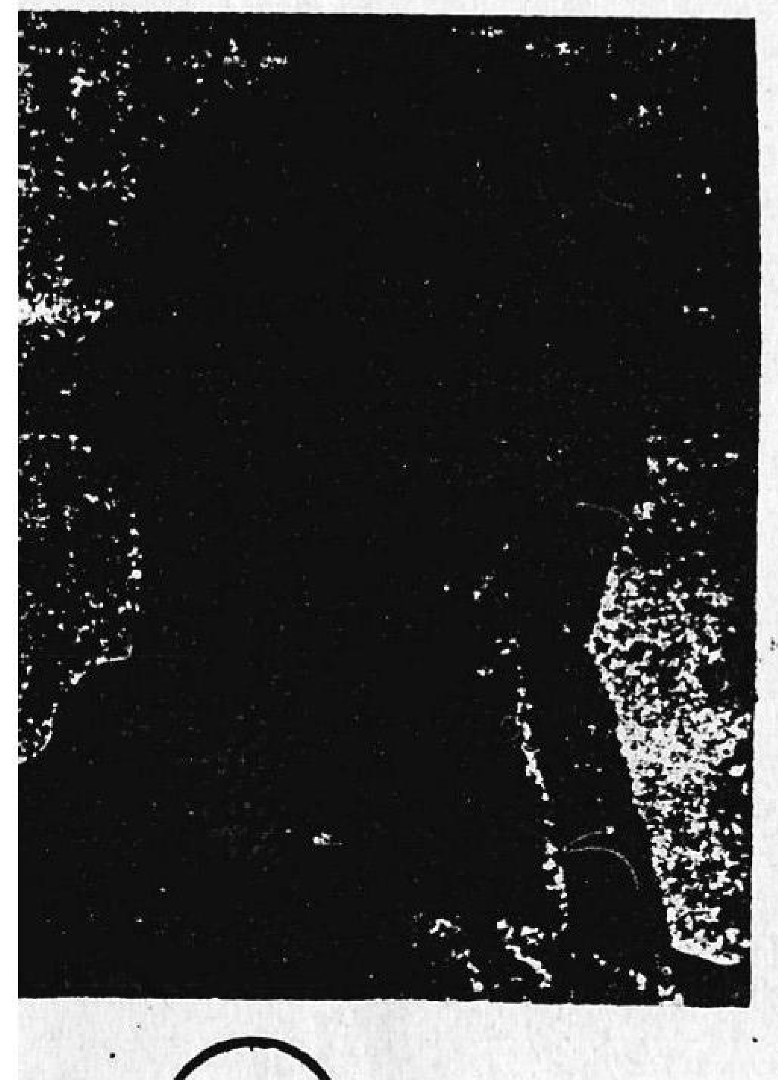
Nun aber zum Spielverlauf:
Durch gelungene Angriffsaktionen (alle 4 Reifen platt, Lackzerkratzt) konnte schnell eine bequeme Führung für den VSCAntifa(Amat.) erzielt werden, die auch bis zum Spielende verteidigt werden konnte.
Allerdings fehlte dem Spiel des VCS Antifa(Amat.) das notwendige Feuer, um in der Profiliga bestehen zu können. Ursachen hier für waren die mangelnde Vorbereitung aufgrund der kurzfristigen Spielansetzung, der für die Tageszeit hohe Zuschauerandrang, sowie die Video-Übertragung auf Fascho-TV in Priems Wohnung, die für die Amateure ungewohnt ist. Die für den Anlaß passend gekleideten Amateure vom VSC Antifa dürften allerdings auf dem Monitor ein eindrucksvolles Bild hinterlassen haben.
Trotzdem geht das Ergebnis von 5:0 dem Spielverlauf nach in Ordnung.
VSC Antifa(Amat.)
Unser Motto : Mach mit, mach's nach, mach's besser!

[Autonummer: HH-RR 876, Typ: Opel Omega, - wurde als Lautsprecherwagen bei div. Faschokundgebungen verwendet.]



Presseerklärung zur Zerstörung des Hitler-Denkmals in Landstuhl

In der Nacht von Donnerstag, 14.1., auf Freitag, 15.1., haben wir, die Gewaltfreie Aktionsgruppe Clara Wichmann, das nationalsozialistische Hitler-Denkmal in Landstuhl/Pfalz dadurch zerstört, daß wir den Kopf Hitlers absägten und mitnahmen. Am Kriegerdenkmal haben wir ein Schild mit folgender Aufschrift hinterlassen: "Keine faschistischen Denkmäler!"
Seit dem 12. August 1934 stand auf dem Postplatz der Stadt Landstuhl - zur Zeit der Einweihung hieß der Platz "Adolf-Hitler-Platz" - unbehelligt ein Kriegerdenkmal für den "Heldentod" (so die Inschrift) der Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Das Denkmal zeigte einen auf einem Pferd betenden Krieger mit abgenommenem Stahlhelm, dessen Kopf eindeutig Adolf Hitlers Gesichtszüge hatte. Damit war das Denkmal in Landstuhl das einzige in der ganzen BRD, das Hitler persönlich abbildete. Der von der damaligen NS-Gauleitung ausgewählte Bildhauer Adolf Bernd nannte das Denkmal 1934 "im Gebet vor der Schlacht". Obwohl viele Landstuhler Bürger/innen wissen, daß das Denkmal ein nationalsozialistisches war und Hitler darstellte, hat die Stadt diese Tatsache bis heute nicht zum kommunalpolitischen Thema gemacht, geschweige denn das Denkmal angesichts der neonazistischen Anschläge in der letzten Zeit abreißen lassen. Mit unserer Aktion stellen wir auch an die Stadt die Frage: warum?
Unsere Aktion ist eine gewaltfreie Aktion. Wenn Menschen - gemäß dem neuen Asylkompromiß der herrschenden Parteien - abgeschoben werden in Länder, in denen sie bedroht sind, dann erleiden sie Gewalt. Sachen aber können keine Gewalt erleiden. Wenn Asylbewerber/innenheime von Neonazis angegriffen werden, dann ist das Gewalt. Das Absägen eines Hitler-Kopfes aus Buntsandstein aber hat mit Gewalt nichts zu tun. Wenn Frauen ständig im Alltag vergewaltigt werden oder in Kriegen wie jetzt in Bosnien massenweise, wonach die Täter oft durch solche Denkmäler noch zu "Helden" erklärt werden, dann ist das Gewalt. Wenn Landstuhl aber von einem nationalsozialistischen Denkmal befreit wird, dann ist das ein Schritt auf dem Weg in eine gewaltfreie Gesellschaft.



Mit "Heil Hitler" kündigten die Mörder von Mölln über Telefon ihre Tat an. In Hoyerswerda und Rostock klatschten Bürger/innen den neonazistischen Tätern Beifall. Die Reaktionen auf die Anschläge reichten von Gleichgültigkeit bis zu offener Sympathie.
Zu solch einer Stimmungslage in der Bevölkerung, zur Tatsache, daß ein großer Teil der BürgerInnen ein latent neonazistisches Gedankengut hat, konnte es unter anderem auch deshalb kommen, weil mit dem Nationalsozialismus über Jahrzehnte hinweg so umgegangen wurde, daß es statt zu einer konstruktiven Aufarbeitung zur Verdrängung kam. Ein Symbol für diese Kultur der Verdrängung und Gleichgültigkeit der eigenen Geschichte gegenüber war bis heute das Landstuhler Hitler-Denkmal. So gleichgültig, wie die Landstuhler Bürger/innen jahrelang an diesem Denkmal vorbeigegangen oder dort in Busse eingestiegen sind, so gleichgültig haben die Menschen zu Anfang den neonazistischen Anschlägen auf Aslybewerber/innen zugeschaut. Diese Gleichgültigkeit der meisten Bürger/innen war überhaupt eine der Grundlagen, auf der die Anschläge möglich wurden. Mit unserer Aktion wollen wir der Gleichgültigkeit gegenüber nationalsozialistischer Kultur ein Ende setzen.
Nicht mehr alle sind heute so gleichgültig geblieben wie zu Anfang der neonazistischen Terrorwelle. Viele haben demonstriert oder mit Lichterketten ihre Betroffenheit gezeigt. Doch heute reicht das nicht mehr aus. Monatelang hat die staatliche Asyldebatte den nazistischen Anschlägen den Boden bereitet. Angesichts der neuen staatlichen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge, die durch den sogenannten "Asylkompromiß" durchgesetzt werden soll, wollen wir mit dieser Aktion dazu anregen, jetzt den Schritt vom Protest zum Widerstand zu machen. Die Betroffenheit muß zur Tat, zur direkten gewaltfreien Aktion werden, wenn sie sich selbst ernstnehmen will. Niemand kommt als Rassist/in oder Neonazi zur Welt. Aber wenn es die gesellschaftlichen Umstände, die Institutionen und die Symbole der Kultur sind, die Menschen heute dahin beeinflussen, nazistische Anschläge zu verüben, dann müssen diese Umstände, Institutionen und Kultursymbole grundlegend verändert werden, damit diesen Menschen die gesellschaftliche Grundlage für nazistische Angriffe entzogen wird.
Den Rechtsextremismus kennzeichnet ein Bewußtsein, das durch das Landstuhler Denkmal repräsentiert wird: das aufrechte Pferd, die Ehrung der Soldaten des 1. Weltkriegs ("Den Heldentod starben...") als Voraussetzung für den 2. Weltkrieg; Hitler als Feldherr ("vor der Schlacht", obwohl ein Denkmal doch an die Gefallenen "nach" der Schlacht mahnen sollte), Religion als Segnung des Mordes (auch die Landstuhler Kirchen scheinen sich bis heute nicht am Denkmal zu stören). Wie können Menschen, denen aufgetragen war, zu morden, und die dafür ermordet wurden, im Nachhinein zu "Helden" erklärt werden? Wenn Nationalsozialismus und Krieg nicht weiter glorifiziert werden sollen und diese Glorifizierung nicht weiter vom neuen Rechtsextremismus ausgenutzt werden soll, ist es nötig, ein anderes Bewußtsein zu schaffen. Die Denkmalskultur ist ein Ausdruck für das Bewußtsein der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Zerstörung dieses Denkmals ist deshalb eine die Kultur revolutionierende Aktion.

Gewaltfreie Aktionsgruppe Clara Wichmann

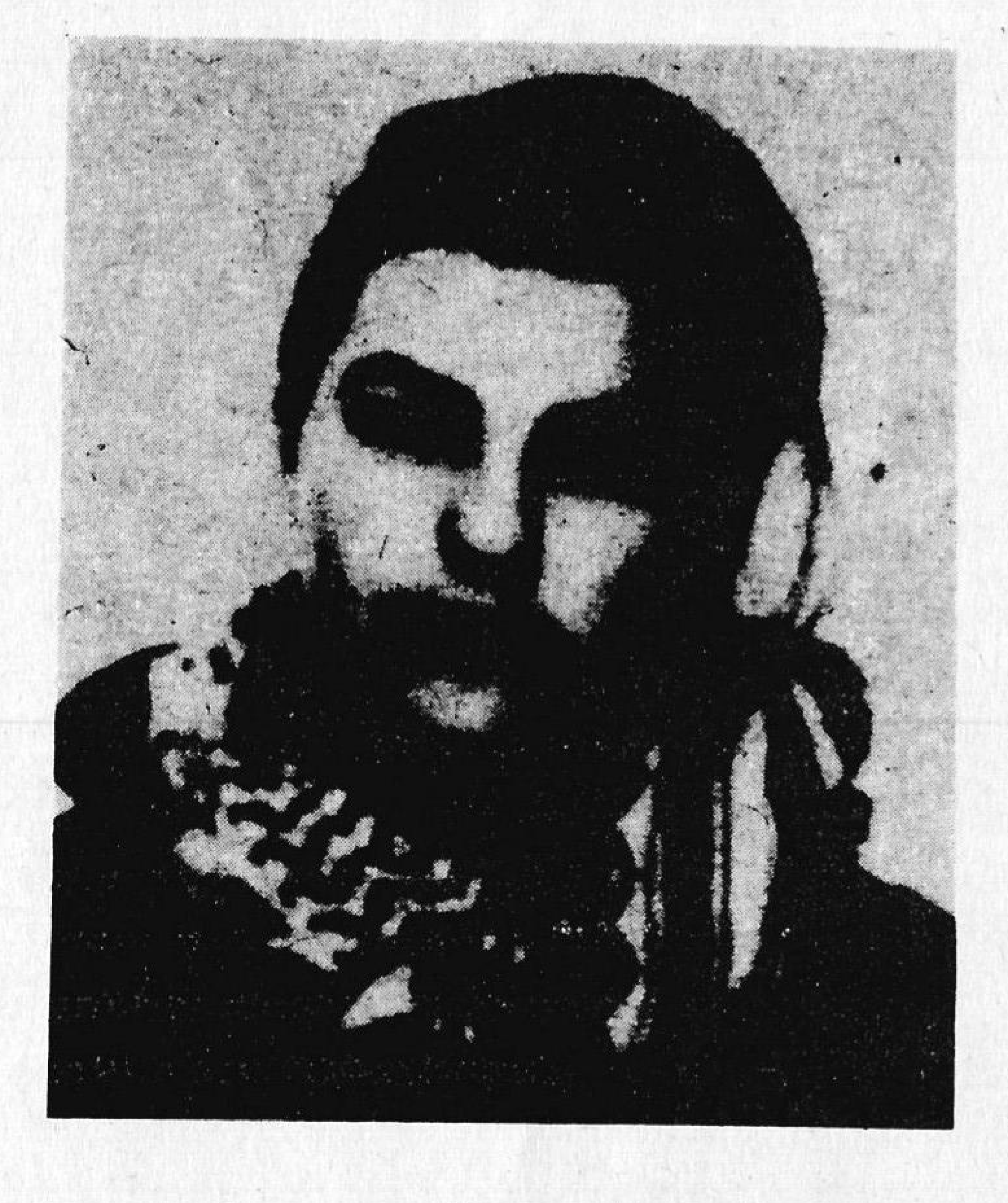


DIESES PLAKAT...
enthält die Namen aller Menschen, die seit der "Wiedervereinigung" bis Ende 1992 von Faschisten ermordet wurden – zumindest die, deren Tod in diesem Zusammenhang bekanntgeworden ist.
Es ist zweifarbig und Din A1 groß. Wir verschicken es nur gegen Vorkasse (bar, Scheck oder Briefmarken).
Preise pro Plakat inkl. Versand: 1–3 Stück: 5,00 DM / 4–10 St.: 4,00 DM / ab 11 St.: 2,50 DM.
Zu bestellen bei: EDELWEISS–PIRATEN, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Schülerinnen und Schüler!

Irina bleibt hier !!!

Irina ist ein 14-jähriges Mädchen, das mit seinen Eltern und seinem Bruder vor drei Jahren in die Bundesrepublik fliehen mußte. Sie sind Angehörige der türkischen Minderheit in Bulgarien und waren dort staatlichen und nichtstaatlichen Repressionen ausgesetzt. Die Kinder wurden in der Schule benachteiligt und geschlagen, dem Vater von Irina wurde vorgeworfen, ein Haus angezündet zu haben. Daraufhin wurde er gezwungen, Bulgarien sofort zu verlassen.
Die Familie stellte in der Bundesrepublik einen Asylantrag, der nun mit der Begründung abgelehnt wurde, die Demokratisierung in Bulgarien sei so weit fortgeschritten, daß politische Verfolgung auszuschließen sei. Es mag auch durchaus sein, daß es keine staatlichen Repressionen gegen die türkische Minderheit in Bulgarien mehr gibt, aber es gibt immer noch Repressionen gegen sie von Seiten der Zivilbevölkerung!
Irina geht auf das Arndt-Gymnasium in Dahlem und lebt mit ihrer Familie in einem 24qm großen Zimmer in einem Flüchtlingsheim.
Irina und ihre Familie sollen wahrscheinlich noch in diesem Jahr nach Bulgarien abgeschoben werden. Das müssen wir verhindern!
Flüchtlinge sind gefährdet, nicht gefährlich! Sie fliehen vor persönlicher politischer Verfolgung aus diktatorischen Ländern; sie fliehen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten; sie fliehen, weil sie Angehörige bedrängter ethnischer und religiöser Minderheiten sind. Und sie fliehen aus armen Ländern und vor wirtschaftlichen Strukturen, welche Menschen in Verelendung und Verzweiflung treiben. Niemand, der/die in der Bundesrepublik Zuflucht sucht, hat seine/ihre Heimat aus Übermut oder Leichtsinn verlassen. Nicht die Existenz der Deutschen steht auf dem Spiel, sondern die der Flüchtlinge.
Sollten nicht alle Flüchtlinge hier bleiben?



Kommt alle zur Demo gegen die Abschiebung von Irina und ihrer Familie!

am 23.1.93
um 13.00 Uhr
ab Walther-Schreiber-Pl.

Schülerinnen für Politik und Kooperation (S.P.U.K.)
Zusammenschluß oppositioneller Schülerinnen und Jugendlicher (ZoSJu)
und Schülerinnen folgender Schulen:
Arndt-Gymnasium, Sophie-Scholl-Schule, Lily-Braun-Schule, Friedrich-Ebert-Schule, Paulsen , Rathenau-Schule, Graues Kloster, Schadow-Schule, Luisen-Stiftung, Fichtenberg, Lilienthal-Schule, Goethe-Oberschule, Kant-Gymnasium Spandau

V.i.S.d.P.: S.P.U.K. c/o Hui Buh Geisterstr.7 1/666

INFORMATIONSVERANSTALTUNG
zum Prozeß gegen den Antifaschisten Gerhard Bögelein (69)

Am 18.Mai 1992 wurde der 69jährige Gerhard Bögelein von der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Die Begründung des Gerichts: Heimtückischer Mord an dem NS-Wehrmachtsrichter Erich Kallmerten.
Dieses Urteil ist aus verschiedenen Gründen ungeheuerlich:

- Der zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gerhard Bögelein war aktiver Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus; er war Befehlsverweigerer, Deserteur, er drehte das Gewehr um und kämpfte mit der Roten Armee gegen den Nationalsozialismus
- Der getötete NS-Wehrmachtsrichter hat zwischen 1943 und 1945 mehr als 170 Todesurteile unterschrieben und war noch 1947 im Kriegsgefangenenlager ein überzeugter Nationalsozialist
- Die Ermittlungen und Zeugenbefragungen, auf die sich das Verfahren stützte, wurden zum großen Teil Anfang der 50er Jahre von einem ehemaligen NS-Volksgerichtshof-Richter vorgenommen
- Fast sämtliche Zeugen der Staatsanwaltschaft waren durchwegs überzeugte Nationalsozialisten. Gerhard Bögelein selbst streitet die ihm vorgeworfene Tat ab.
- Gerhard Bögelein war bis zur "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten DDR-Bürger und wurde kurz danach - schwer krank und haftunfähig - ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verbracht

22.Januar 1993 um 20 Uhr im Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165 (U-Bhf- Französische Straße)

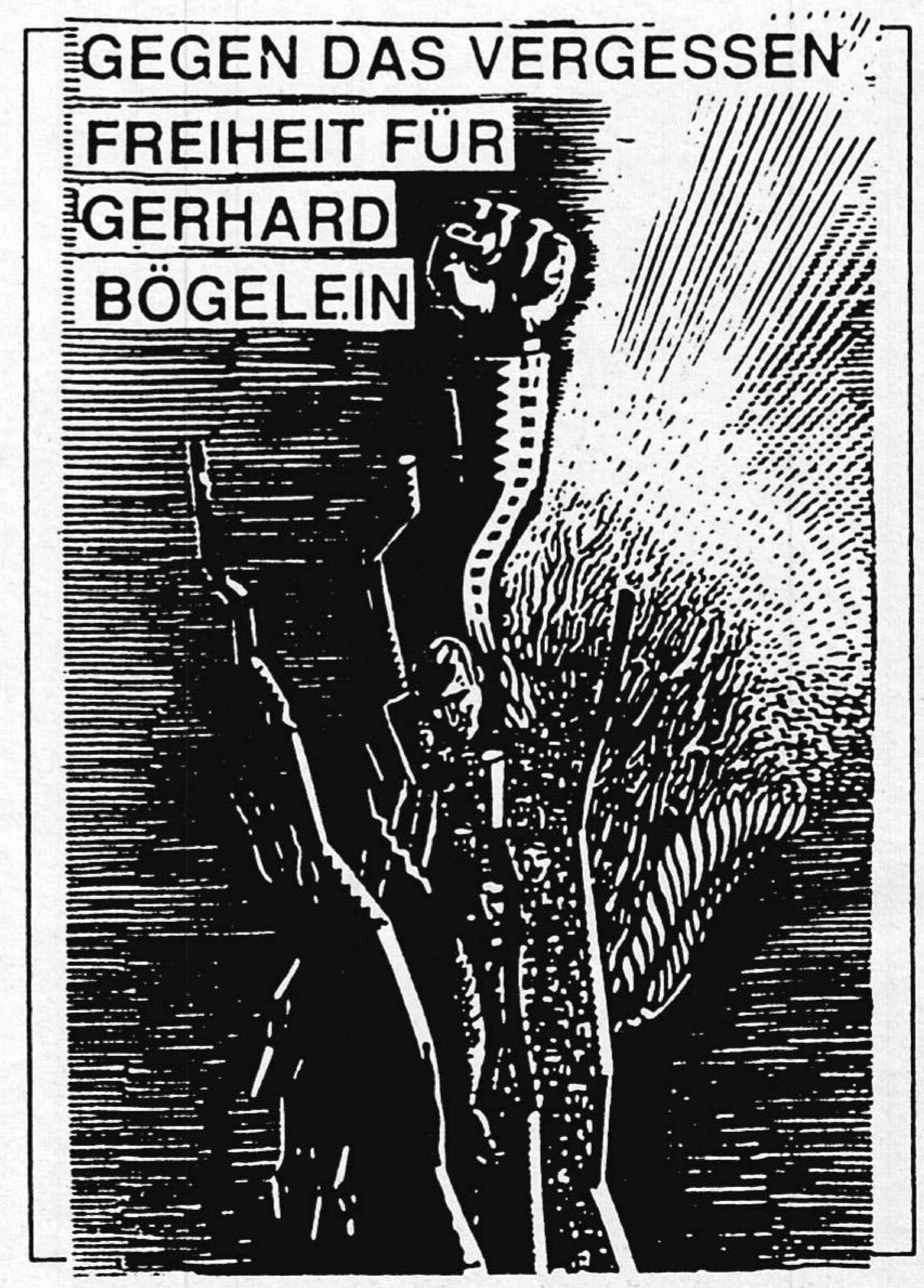
Eingeladen sind Menschen aus der:
Prozeßgruppe Gerhard Bögelein / Hamburg - Autonome Infogruppe / Kiel - AG-Gerhard Bögelein / Neumünster

VeranstalterInnen:



Die Verhaftung, die Anklage und das Urteil gegen den alten Antifaschisten sind deutliche Anzeichen für eine nachträgliche Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes gegen das NS-Regime. Der Prozeß ist ein Beispiel für eine in der BRD immer massiver werdende Form von Geschichtsfälschung, die aus den NS-Tätern Opfer machen will und aus den Menschen, die sich aktiv dem Faschismus entgegenstellten und die Mörder zur Rechenschaft zogen, Verbrecher.

Seit dem 8.Dez.1992 ist Gerhard Bögelein draußen



Unter Berücksichtigung seiner schwer angeschlagenen Gesundheit und wegen einer dringend erforderlichen Operation wurde dem Haftverschonungsantrag für Gerhard Bögelein entsprochen. Dies ist nur ein erster kleiner, längst überfälliger Teilerfolg und wir befürchten, daß es dabei bleiben wird. Um die Aufhebung des Urteils und Gerhard Bögeleins vollständige Rehabilitierung zu erwirken, bedarf es weiterhin einer aufmerksamen und engagierten Öffentlichkeit.
Über den Revisionsantrag - die Grundlage für das Neuaufrollen des Verfahrens - wird demnächst entschieden werden.

Die Veranstaltung wird von Menschen der Prozeßgruppe Gerhard Bögelein durchgeführt. Dargestellt wird der Prozeßverlauf und die durch in nachweisbaren personellen und ideologischen Kontinuitäten faschistischer Elemente in der BRD-Justiz. Es soll eine politische Bewertung und Einschätzung versucht und über das weitere Vorgehen zur Rehabilitierung Gerhard Bögeleins diskutiert werden.

Konkretisierter Vorschlag für eine bundesweite Koordination „Gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern"

Zur Vorgeschichte: Am ersten Septemberwochende 1992 trafen sich 16 antirassistische und Flüchtlingsgruppen aus 14 Städten (Hamburg, Neumünster, Oldenburg, Bremen, Göttingen, Köln, Bochum, Aachen, Hanau, Frankfurt, Würzburg, Tübingen, Reutlingen und Freiburg). Auf einem Folgetreffen traten noch Gruppen aus Berlin, Bonn, Oberhausen, Castrop und Nürnberg hinzu. Die Diskussion um eine Vernetzung mündete in eine **„Bundesweite Koordination"** dieser Gruppen. Neben dem Informationsaustausch und der Diskussion wurden für 1993 bundesweite, koordinierte Aktionen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern vereinbart. Die berühren jedoch weitaus mehr Punkte, als der Begriff impliziert: nämlich das gesamte AsylVG, Abschiebungen, die Lager und Sammelunterkünfte, deren Betreiberverbände und Firmen, die Lebensbedingungen und Besuchsverbote, die zuständigen Ausländerbehörden, Wohnungshilfe, Verwaltungsgerichte und Zentralen Anlaufstellen, sowie die dort tätigen SchreibtischtäterInnen, darüber hinaus die Residenzpflicht.

Bundesweit soll das sogenannte „6-Wochen-Modell", also die Abwicklung eines beschleunigten Asylverfahrens mit Schnellabschiebung von 40 % der Flüchtlinge bis zum 1.4. umgesetzt sein. Die Infrastruktur dieses Prokektes bilden rund 40 „Zentrale Anlaufstellen" und die 2000 SchnellentscheiderInnen des Bundesamtes.

Das Konzept einer Koordination ist bewußt sehr breit angelegt worden.
- zum Einen sollen die regionalen Aktivitäten nicht bundesweiten Aktionen geopfert werden, sondern letztere eine Verstärkerfunktion übernehmen.
- zum Zweiten wurden integrationsfähige Begriffe für die Aktivitäten gesucht, die den regionalen Besonderheiten, als auch der unterschiedlichen Arbeitsweise der beteiligten Gruppen gerecht werden.
- Drittens bleibt die Wahl der Aktionsformen den Gruppen überlassen, um insgesamt ein zwar bundesweites, aber dezentrales Konzept zu erhalten, das inhaltlich und in der Form der Breite der teilnehmenden Gruppen entspricht und auch nur punktuelle Teilnahme zuläßt.
- Die Bedeutung der Koordination liegt zum einen in ihrer Kontinuität, womit Einzelaktivitäten zu einem längerfristigen Konzept gebündelt werden sollen und zum Anderen in dem Versuch, aus der lokalen Begrenztheit heraus eine bundesweite Kraft zu entwickeln.

Nun zum Ablauf:

Bis Ende Januar soll eine bundesweite Broschüre im Umfang von 25 - 40 Seiten erscheinen und den Stand der Umsetzung des AsylVGs, sowie der Lebensbedingungen in den Lagern dokumentieren.
Am **17.1.** fand ein DelegiertInnentreffen statt, um eine gemeinsame Presseerklärung, ein Motto, sowie das Vorwort für die Broschüre zu diskutieren und den Stand der regionalen Mobilisierung auszutauschen.
Vor diesem Hintergrund findet am **31.1./1.2.93** der erste bundesweite Aktionstag als Auftakt statt. Dessen Form und Thema bleibt weitgehend den einzelnen Gruppen überlassen. Das reicht von der Besetzung der für die Unterbringung zuständigen Behörde in Bremen bis zu einer Hausbesetzung in Hamburg. Am **6.2.** findet in Bremen ein großes „HipHop gegen Lagerunterbringung und Rassismus" statt.
Im **März** folgt der zweiter Aktionstag unter dem Oberbegriff „Lager öffnen - Aussonderung aufheben".
Ende März stellen wir uns ein weiteres „Rock gegen Rassismus" vor, das mit einer Demo verbunden werden sollte und zu einem dritten Aktionstag Anfang April überleitet. Denn der **1.4.93** ist der Stichtag für die komplette Umsetzung des AsylVG. Thema wären die Betreiber der Lager, also ebenso die Kommunen wie die Wohlfahrtsverbände AWO, ASB, Caritas und DRK.
Am **26.-28.3.** findet in Bremen der 13. Bundeskongreß der Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen statt. Dort stellt sich die „Anti-Lager-Koordination" in einer eigenen AG vor und diskutiert ihr Vorhaben weiter.
Anfang Mai zielt der 4. Aktionstag auf die „SchreibtischtäterInnen", also die SchnellentscheiderInnen ab.
Am **5.5.92** findet das nächste Treffen der „Bundeskoordination der Flüchtlingsgruppen" in Köln statt.
An Vorschlägen für andere und weitere Aktionen und Aktionstage mangelt es nicht. Angesichts des „All-Parteien-Kompromisses" wäre beispielsweise ein Aktionstag an den Grenzen angemessen.



Kontakt: Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-70644
Fax 706445

"Mit Sonderbus in Sonderhaus"

Keine Lagerunterbringung von Flüchtlingen

I.1. Prämisse:

Ausgangspunkt ist natürlich jene soziale Bewegung, die der Club of Rome 1986 die "Revolution der Barfüssigen" nannte. Er meinte damit all die vielen Millionen trikontinentalen Landbewohner, die, von ihrem Land vertrieben in die Großstädte der Entwicklungsländer flohen. Mit Beginn der 80er Jahre erreichte die Spitze dieser globalen Migrationsbewegung die europäischen Metropolen. Im Angesicht der immer näher rückenden Kriege sowie der verloren gegangenen sozialistischen Existenzgarantien im Osten gehen auch wir von einem zunehmenden Migrationsdruck auf die reichen Staaten aus.
Die Perspektiven bewegen sich irgendwo zwischen - "die globalen Migrationsströme werden den Kapitalismus zerstören" und "das Kapital wird diese Form der Überbevölkerung vernichten".
Die Wirklichkeit zeigt sich uns als Völkermord in Bosnien, Kurdistan und Somalia einerseits, sowie jenen 300.000 Flüchtlingen andererseits, die es bis in die Bundesrepublik schafften.

I.2. Die historische Verortung der Anti-Lager-Kampagne

Erst seit dem "Anwerbestopp" 1973, dem Ende der Arbeitsmigration ist das Asylrecht für alle "nicht deutscher Abstammung" der einzig legale Weg einer Migration in die BRD.
Die Geschichte der Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetzgebung ebenso wie die Geschichte der Medienhetze und des zunehmenden informellen Rassismus verläuft seither parallel zu den Migrationsbewegungen sowie der Konjunktur.
Zunächst wurden während der letzten beiden Regierungsjahre der SPD/FDP 300.000 ausländische ArbeiterInnen "zurückgeführt".
Dann folgten 1978 und '80 im Zuge zweier Ausländerrechtsnovellen die ersten Verordnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in "Sammellagern". "Das Wort Lager kann nicht länger tabuisiert werden" hieß es in der FAZ vom 28.5.80. Zu jener Zeit stiegen die Zahlen der Asylbewerber auf 107.000 an. Diese Flucht wurde ausgelöst durch den israelischen Einmarsch im Libanon, die Weitervertreibung der palästinensischen Flüchtlinge sowie die türkische Flucht vor der neuen Militärdiktatur.
Auf dem Fuße folgte die erste breite öffentliche Asyldebatte. Angesichts der neuen Entwicklung erscheint den Herrschenden das politische Asyl zunehmend als ein dysfunktionales Grundrecht. Es gibt gewisse Analogien zur gleichzeitigen sogenannten "Kostenexplosion im Sozialstaat" und den Angriffen auf die "soziale Hängematte". Beide Rechtssysteme waren als sozialstaatliche Auffanglinien in Notfällen und für eine niedrige Zahl von Antragstellern vorgesehen. Der Berliner Senatsdirektor Conen formulierte es so: "Das Asylrecht lebt davon, daß es nicht in Anspruch genommen wird" (FR, 14.6.85). Doch beide wurden in der Folge von Massenarbeitslosigkeit bezw. Massenvertreibung stark beansprucht, wurden zu teuer und damit dysfunktional. So stieg die Zahl der Arbeitslosen bis 1984 auf 3,6 Mio., die Zahl der Asylbewerber von 9000 1974 auf 107.000 1980.
Deshalb wurde für alle Herkunftsländer der Visumszwang eingeführt, das Arbeitsverbot erlassen und erste "Sammel"-Lager, dessen lateinisches Äquivalent "Konzentrations-" sind, errichtet. "Die lagermäßige Unterbringung muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden" hieß es 1982 vom Verband der bayrischen Landkreise. "Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Würtenberg, dort müßt ihr ins Lager" erklärte L.Späth deren Zweck, die Abschreckung.

1985/86 fand parallel zur Ankunft einer zweiten Flüchtlingswelle aus dem Iran, dem Libanon und Sri Lanka die zweite öffentliche Debatte zur "Asylantenschwemme" statt, diesmal von der CDU/FDP-Regierung. Erstmals stand der § 16 zur Disposition. Es wurden die Anerkennungskriterien verschärft und die Visa-freie Einreise über Ost-Berlin suspendiert.
1987 wurde die europa-weite Erfassung von Flüchtlingen begonnen.
1988 begannen die Zahlen durch eine Verdoppelung der europäischen Flüchtlinge zu steigen. Sie kamen aus Jugoslawien, Polen und der Türkei.
1990 bis 92 folgt angesichts der Massenflucht vor der osteuropäischen und west-afrikanischen Armut sowie den Ethno-Konflikten auf dem Balkan und in den Südrepubliken der ehemaligen SU die aktuelle Phase einer sozialen Konfrontation zwischen MigrantInnen und Metropolen.
Die wird vor allem durch zwei Momente geprägt: zum Einen durch die 'Wiedervereinigung' deren gigantische Kosten eine nahezu übermächtige Herausforderung für die Wirtschaft und deren Sogwirkung auf Aus- und Übersiedler, die einen gewissen Rechtsanspruch einlösten. Rund 1,5 Millionen MigrantInnen gelangten vor diesem Hintergrund ins Land. Zum Anderen die zusammengebrochenen Entwicklungsperspektiven in weiten Teilen den vormaligen Comecons sowie Westafrikas. Apokalyptiker machen allein im Osten 20 Mio. Menschen aus, die nach Europa wollen, Deutschland wäre das erste Land auf ihrem Weg.
In diesem Kontext begann im Sommerloch 1990 die Hetze gegen Roma (und Sinti), sicherlich die in der sozialen Hierachie unterste Gruppe, gleichzeitig aber auch die bestorganisierte und wehrhafteste mit teils langen Aufenthaltszeiten. Wohl aus beiden Gründen galt ihnen die ganze Wucht eines exemplarischen Angriffs, der sie in Kriminalisierungskampagnen der "aggressiven Bettelei" beschuldigte und im Deportationsvertrag zwischen Rumänien und der BRD endete.
Von Deutschen eher unbeachtet trat am 1.1.1991 ein neues Ausländergesetz in Kraft, das nur von punktuellen Protesten begleitet wurde, darunter eine 30.000köpfige, türkisch-konservativ dominierten Demonstration in Berlin. In der Folge liefen am 30.6.91 die 'Duldungen' genannten Abschiebestops für 300.000 bereits abgelehnte Asylbewerber aus. Während des Sommers protestierten verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegen die befürchteten Massendeportation. Schnell entschied sich die Bundesregierung für eine sogenannte 'Altfallregelung',

wonach nur noch jene von Abschiebung bedroht waren, die nach dem 31.12.89 ihren Antrag stellten. Doch ebensoschnell setzte die massive Hetze gegen die "Wirtschaftsflüchtlinge" und "Asylbetrüger" ein. Im Mittelpunkt steht die vielfältige Kriminalisierung von Flüchtlingen. Insbesondere die zahllosen Fallstricke der Sondergesetzgebung führen zu beinahe zwangsläufigen Übertretungen, nicht verwunderlich ist, daß 90 % der sogenannten "Ausländerkriminalität" Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylrecht sind, nicht gegen die StGO. Doch Politiker und Medien interpretieren sie ganz anders. Sie stigamatisieren Schwarze und Kurden als Drogenhändler, Polen als Schmuggler, Roma als Diebe und aggressive Bettler, Albaner als betrügerische Hütchenspieler und alle zusammen als Asyl- und Sozialhilfebetrüger. Aus den verschiedenen Flüchtlingsgruppen wurden spezifische Verhaltensweisen herausgefiltert, zu Mustern verallgemeinert und bewertet, um diese Gruppen im Umkehrschluß über stereotype Zuschreibungen zu stigmatisieren und definieren. Durch ständige Wiederholung in den Medien wurde das rassistische Konstrukt kompletiert. Heute kann man beispielsweise in Bremen kaum noch durch das Ostertorviertel gehen, ohne die Sichtung eines Schwarzen mit "Koksdealer" zu assozieren, so wirkungsvoll ist diese Propaganda.

Mit diesem Produkt als Legitimationsgrundlage ging der Staat zum Angriff über. Flüchtlinge werden ausgesondert, interniert und abgeschoben, werden ausgegrenzt über die neue Flüchtlingssozialhilfe, da ihnen laut Bundesregierung keine "Teilnahme am kulturellen Leben" zusteht. In Bremen werden von der Polizei und der Ausländerbehörde sogenannte "send off orders" (Platzverweise) vor allem an Schwarze und teilweise auch Kurden ausgesprochen. Sie werden mit einer "Bedrohung der öffentlichen Ordnung " begründet und besagen, das dieser Personenkreis bei Strafandrohung einen bestimmten Stadtteil, genauer die gesamte Innenstadt einschließlich des Hauptbahnhofs nicht betreten darf. Völlig ungeniert nimmt die sozialdemokratische Innenpolitik Formen von Apartheid an.

Der Erfolg der begleitenden Propaganda besteht darin, diese gesamtgesellschaftliche Neuordnung als eine erscheinen zu lassen, die a.) "einen selber nicht tangiert" und b.) einem durch Teilnahme noch zum Vorteil gereicht.

Doch tatsächlich erfolgt im Schatten der Asyldebatte die Umfassende Deregulation der ostdeutschen Existenzgarantien, landesweit gefolgt von inflationärer Lohnabwertung, Steuererhöhungen, Wohnungsnot, steigender Arbeitslosigkeit und Debatten um Sozialhilfe-, Arbeitslosen- und BAFöG-Einsparungen, sowie Karenztagen und Kürzungen im Gesundheitswesen.

Weit über die reduzierte "Flüchtlingssozialhilfe" hinaus wird damit das bisherige gesetzliche Existenzminimum gesenkt. Unter die bisherige Marge wird ein neues, "schwarzes" Segment gezogen. Exemplarisch wird an Flüchtlingen die Deregulierung der Lebensbedingungen vollzogen, die von "sich einfach nicht mehr drum kümmern" über die notorische Unterversorgung bis zur nackten Repression reicht. Schlußendlich markiert dies den Übergang vom integrationistischen Sozial- zu einem repressiven Leistungsstaat.

Der treibt von oben her eine erneute rassistische Staffelung in die Sozialhierachie hinein, die nicht ideologisch begründet, sondern nur verkauft wird. Ihr eigentlicher Hintergrund ist ein materieller, nämlich der Versuch, "aus der Differenzierung größtmöglichen Profit zu ziehen" (J.Bourne). Diese rassistische Staffelung kann sich so feinsinnig ausdrücken, wie in der Warteschlange vor der Bremer Wohnungshilfe, wo Schwarze, eingezwängt zwischen Absperrgitter im Regen warten müssen, während deutsche Obdachlose durch einen Nebeneingang hereingelassen werden um im Inneren warten zu dürfen. Diese Bevorzugung fiel auf den fruchtbaren Boden der rassistischen Kondinionierung und wurde mit ausländerfeindlichen Sprüchen und höhnischem Gespött belohnt. Dieser Mechanismus ist nicht einfach "irrational", sondern fusst auf einer materiellen Abstufung. So unbedeutend sie mitunter sein mag, sie wirkt!

Den Bemühungen um einen neuen Patriotismus und Nationalismus steht die gesetzliche Festschreibung der rassistischen Hierachisierung zur Seite. Die Inhalte der Nürnberger Rassengesetzgebung lassen sich heute in der Abstufung von Bürgerrechten, Ausländer- und Asylrechtskategorien wiederfinden. Die Hierachisierung des Rechtsstatus basiert auf der "Abstammung" und nicht dem "Territorialrecht". Sie reichen vom (west-) deutschen Staatsbürger, über ostdeutsche SonderlohnempfängerInnen, Aus- und Übersiedler, die MigrantInnen der 50 - 70 Jahre hinunter zu anerkannten Flüchtlingen, "offensichtlich" und einfach "unbegründeten" Asylbewerbern, rechtlosen Illegalen und Deportierten.

Ebenso erscheint die nazistische Hierachie vom arischen Zentrum über die Satellitenstatten und Governements bis hinunter zu Entvölkerungsfeldzügen und Vernichtungslagern wieder in Form einer "rassistischen Staffelung im Großraum", die von der Wiedervereinigung, über selektive Investitionstätigkeit des Kapitals bis hin zur Teilhabe an Ethno-Konflikten und -kriegen reicht. Deutsche Einflüße spiegeln sich in der Aufteilung Jugoslawiens, der Türkei-Hilfe, der Nicht-Hilfe in Somalia, der Sri-Lanka-Hilfe und der Abwehr von bosnischen Flüchtlingen ebenso wieder, wie in der Äußerung des Bundesaußenminister, "nicht so viel Wind wegen der Menschenrechte zu machen".

I.3. Das Problem der Migrationskontrolle

Einerseits heißt es vom Hotel- und Gaststättenverband, er sei "auf Asylbewerber angewiesen" (Weser Kurier, 3.4.92) und andererseits sei es "keinesfalls übertrieben, Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm zu ziehen, der überall, wo er durchzieht, eine Wüste hinterläßt" (M.Richter, Verwaltungsgerichtsanwalt in Bayern). Bei H.Afheldt vom Max-Planck-Institut taucht die Einwanderung im Zusammenhang mit einem "ernstlich bedrohten Sozialstaat" auf (SZ, 10.10.92).

Die Bundesregierung sieht sich also zwischen vier Polen, erstens die Gesellschaft trotz der Deregulation zusammenzuhalten, den demographischen und unternehmerischen Forderungen nach Bevölkerungszuwachs und niedrigentlohnter Arbeitskraft nachzukommen, eine kostengünstige Variante von "Ausländerpolitik" zu entwickeln und viertens die selektive Steuerung der globalen Migrationsströme zu bewerkstelligen. O-Ton Minister Schäuble :" Wir sind uns in der Sache, wie Zuwanderung in die Bundesrepublik zu Begrenzen und zu Steuern ist, einig" (29.11.92).

Die Größenordnung der benötigten Zuwanderung wird je nach Standort mit 3 - 500.000 Menschen jährlich angegeben. Der "Asylkompromiß" vom Dezember 92 geht von 200.000 Aussiedlern und 100.000 Vertragsarbeitern aus.

Für diesen Zweck soll ein neues Instrumentarium geschaffen werden, das alte, noch aus nachfaschistischer Tradition stammende erwies sich als zunehmend unbrauchbar. Denn seit 13 Jahren wird das Asylrecht zunehmend von Flüchtlingen gebraucht. Asylrecht, Rechtsweg und Behördenüberlastung entpuppten sich als allzu schwerfällig. Sowenig wie sie sich als Instrument von Bevölkerung- und Arbeitsmarktpolitik eignete waren sie in der Lage, der

relativen Autonomie der Migrationsbewegungen die Spitze abzubrechen. Das Asylrecht arbeitet nicht nach den Kriterien von Verwert-, Verwalt-, Verfügbarkeit, Nützlichkeit und Flexibilität sondern kennt nur die humanistischen Kriterien von politischer, rassischer oder religiöser Verfolgung. Dazu nochmal der F.v.Weizäcker-Mitarbeiter Ahlfeld: "Das Kriterium `politischer Flüchtling`bewahre" zwar "das antirassistische Gewissen", "doch damit wurde die Frage nach der Integrationsfähigkeit und nach den wirtschaftlichen Chancen ausgeschlossen". Die seien aber "für das aufnehmende Land nützlicher" (SZ, 10.10.92).

Als erstes wurde zum 31.6.91 das Arbeitsverbot wieder aufgehoben, seither ist es Flüchtlingen erlaubt, ausschließlich von Deutschen abgelehnte Arbeit anzunehmen. Unternehmer, die 5 DM-Stundenlöhne anbieten, erfüllen diesen Nachweis leicht.

Weiterhin wird seit 2 Jahren konkret an einem neuen Paket zur Regulation der Migration geschnürt. Dies besteht aus:
- Anwerbebüros für Kontingentarbeitskräfte,
- dem (geplanten) Einwanderungsgesetz, das zum Teil von der Aussiedlerregelung erfüllt wird, sowie
- dem repressiven neuen AsylVG mit Fangzonen an der Grenze,
- Abschiebevertägen und Lagern .

Während also die ersten beiden selektieren und hereinlassen überwiegt im AsylVG das repressive Moment. Es ist vor allem jenen gedacht, die unter 1 und 2 keine Chance haben, unerwünscht sind und dennoch einreisen, um sich mittels des Asylverfahrens eine Aufenthaltsberechtigung zu erstreiten.

Für diese Flüchtlinge bilden die "Zentrale Anlaufstellen" (ZASTen) genannten Sammellager die erste Auffanglinie.

I.4. Eine Analyse von "Lagern"

Sie sind die Logistik der administrativen Abwicklung und damit Drehscheibe in die Folgeunterkünfte, Abschiebeknäste oder auch die Illegalität. Lager sind ein Synonym für die Internierung von sozialen Problemen, sie stehen für Aussonderung und Isolierung. Die kritische Psychiatrie kennt sie unter dem Begriff einer "totalen Institution". Lager sind Verwaltungseinrichtungen, die als rationelle Kontrollinstrumente der Selektion und Schnellabschiebung dienen sollen. Sie sind nicht unmittelbar kostengünstiger als die Wohnungsunterbringung, sondern gemäß einer Berechnung des BM für Gesundheit von 1983 ca 30 - 50 % teurer, rechnen tun sie sich also erst über ihre gesellschaftliche Funktion der `Beseitigung von Überschußbevölkerung`. Über diese allgemeine Charakterisierung hinaus ist es sinnvoll, die einzelnen Bestandteile von "Lagern", also sowohl den "Zentralen Anlaufstellen" (§ 23 AsylVG) als auch den "Sammelunterkünften" der Folgeunterbringung (§ 55 AsylVG) sichtbar zu machen.

Erstes Augenmerk ist der ZAUN, oft 2, 3 Meter hoch, teils mit Stacheldraht, sogar mit NATO-Draht gesichert. Der Zugang ist oft nur durch ein Tor, gesichert mit Schranke und Wachhäuschen möglich. Dort finden i.d.R. EINGANGSKONTROLLEN statt. Oft erhalten die Insassen Lagerausweise, auf einigen Wohnschiffen ersetzt das Wasser den Zaun, dort gelten Bordkarten. In Bremen wird ein Bordbuch geführt, in dem alle Bewegungen der Flüchtlinge registriert werden. In allen Fällen gilt gemäß dem AsylVG § Residenz- und Anwesenheitspflicht. Die wird bis zu dreimal täglich durch Abgabe einer Unterschrift kontrolliert. Bei Verstoß verliert der Flüchtling nach drei Tagen die Unterkunft, die Sozialhilfe, die Aufenthaltsberechtigung und wird zur Fahndung ausgeschrieben. Innerhalb einiger ZASTen befinden sich Außenstellen der KriPo, Einrichtungen zur ED-Behandlung, Stellen der Ausländerbehörden und neuerdings auch Ausgabeschalter der Sozialämter. Ein sich schließendes System. In einigen Unterkünften herrscht BESUCHSVERBOT, in anderen muß sich der Besucher ausweisen und den Namen des Besuchten angeben, oft wird beides notiert. In einige Einrichtungen gelangt man problemlos, in anderen wird ein Besuchsverbot mit der "Sicherheit" begründet, um nicht zugewiesene Asylbewerber fernzuhalten, "um den Drogenhandel zu unterbinden", den "Lageralltag nicht zu stören" oder gar "Neid von den anderen zu vermeiden, die keinen Besuch bekommen". Viele Lager liegen "auf der grünen Wiese", sie sind nur mit "Sonderbus mit Sonderpreis und Sonderkontrollen zum Sonderhaus" erreichbar (A.Zahedi, "Die Tränen..." 1992). In den meisten Lagern wurde mittlerweile auf ZENTRALKÜCHENVERPFLEGUNG umgestellt, die weder dem individuellen Geschmack noch dem Notwendigen entspricht. Kühlschränke gibt es deshalb nicht, zum Frischhaltern eigener Lebensmittel wird ein Plastiktütte aus dem Fenster gehängt. Zudem gibt es feste Ausgabezeiten, an die sich Flüchtlinge zu halten haben und während der die Anwesenheitskontrolle stattfindet. Grundsätzlich werden Flüchtlinge in GEMEINSCHAFTS-ZIMMERN, nie Einzeln untergebracht. Viele Räume sind überbelegt, es gibt keine Privatsphäre, beides Gründe für Lagerkoller und Spannungen unter den Flüchtlingen. In Blankenburg sind 1/3 der Insassen Kinder, Spielzeug gibt es natürlich nicht. Die Körperpflege soll durch Duschen und Toiletten für je 40 und mehr Menschen abgedeckt sein. Zunächst erhalten Flüchtlinge keine Sozialhilfe, sondern nur ein TASCHENGELD in Höhe von 70 DM für den "persönlichen Bedarf". Damit ist Seife, Tabak, Telefongeld, Zeitungen, Früchte, ev. Fahrgeld und ggf auch Kleidung gemeint, dies ist mit der Summe sicherlich nicht zu bezahlen und erzwingt weitgehenden Verzicht. Erst später erhalten Asylbewerber Sozialhilfe, deren Art und Höhe immer wieder zur Disposition steht, 25 %ige Kürzungen in Brandenburg oder Warengutscheine statt Bargeld werden immer mehr zur üblichen Praxis. Kleidergeld steht ihnen erst nach 6 Monaten zu, wer im Herbst in Sommerkleidung kommt, muß vielleicht sogar frieren. Aushelfen soll die Altkleiderkammer des DRK, doch nicht immer ist passendes darunter. Die Botschaft ist mehr als deutlich: Für Flüchtlinge abgelegtes oder gar nichts. In einigen Lagern bestehen Arbeitsmöglichkeiten nach dem BSHG § 19. Für die Mitarbeit im Garten oder beim Putzen wird 1.50/Std. ausgezahlt. Eine rumänische Mutter von drei Kindern aus der ZAST Blankenburg in Oldenburg berichtete:" Ohne dieses Geld brächte ich meine Kinder nicht durch". Zumindest in diesem Fall ist damit sowohl die dramatische Unterversorgung als auch der Zwang zur Arbeit belegt. Es gibt auch in Großlagern keine Ärzte, ohnehin sind Flüchtlinge gesetzlich weitgehend von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, es sind höchstens Unfalljohanniter vorgesehen. Psychologen, Therapeuten, Betreuung von Folteropfern oder Traumatisierten sind nicht vorgesehen. Nur in ca 6 Städten existieren derartige Initiativen.

Die Organisation, Verwaltung und Leitung (kurz Betreibung) liegt in einigen Bundesländern bei den Regierungsbezirken, in anderen bei den Wohlfahrtsverbänden (HB, NRW) AWO, ASB, DRK, Caritas. In Niedersa. und BaWü tauchen Mischformen auf, in denen die Verbände soziale Aufgaben in den Lagern oder außerhalb (HH) übernehmen. Trotzdem fast alle Bundesvorstände gegen Lager votierten, entscheiden die Landesverbände oft anders. Insbesondere die von der AWO Bremen verwalteten Unterkünfte zeichnen sich durch die

rigiden Bedingungen in Sachen Verpflegung, Lagerordnung und Besuchsverbot aus, während der ASB dort zwar das größte Lager umgeben von 3-Meter-Zäunen und doppeltem NATO-Draht betreibt, aber ansonsten die sozalverträglichste Versorgung gewährleistet. Dagegen konnte das DRK in NRW die meisten Ausschreibungen für sich entscheiden, da sie die günstigste Kalkulation mit dem niedrigsten Personalschlüssel vorlegen konnten. Diese Aufgabenverlagerung der Wohlfahrtsverbände ist umso makaberer, als sie als Betreiber Polizeivollmachten erhalten und ermächtigt sind, Menschen festzusetzen, zu überprüfen oder zu durchsuchen (§ 57 AsylVG; Gutachten Ra H.Heinhold 1992). In NRW tauchten bereits Flugblätter auf, die dies auf die unrühmliche Rolle des DRK während des NS rückbeziehen.

Die mittelbaren Folgen der Lagerunterbringung sind vielfältig und "zum Teil akut gesundheitsgefährdend" ("Macht Asylpolitik krank", AK Asyl und Gesundheit, Bremen, 1992). 1982 hieß es in einem Beschluß des Hamburger Senats, daß ab Lagern "mit mehr als 200 Plätzen damit zu rechnen ist, daß die desozialisierenden Faktoren einen Stellenwert erreichen,... die dem einzelnen Asylbewerber keine menschenwürdige Unterbringung mehr sichert". Außerdem führen sie "zu schwerwiegenden psychischen und psychosomatischen Beeinträchtigungen" (Drucksache 127/82). Der Bremer Psychologe Jalal vertritt die Auffassung, "Flüchtlinge werden dreimal traumatisiert, im Herkunftsland, durch die Flucht, durch Asylverfahren und Lager hier". Das heißt konkret: "viele leiden unter funktionalen Beschwerden im Magen-Darm-Bereich; an Nierenentzündungen; Lungenerkrankungen; Kopf-, Muskel- und Gelenkschmerzen; Herzangst und Schlaflosigkeit", die "hiesigen Lebensverhältnisse" lassen "psychotische und paranoide Zustände, Gedächtnisstörungen, Menstruationsanomalien und Drogenmißbrauch" dazutreten (AK Asyl...). Oft sind es nicht die psychischen, sondern die "vielfach katastrophalen hygienischen Bedingungen" in (Bremer) Sammelunterkünften, die "ohne Zweifel die Gesundheit zerstören". Dies sind "feuchte Wände, Schimmelpilzbefall", die Atemwegs- und Hauterkrankungen sowie Vergiftungen zur Folge haben, fehlende Desinfektion gegen Ungeziefer, fehlende Waschmaschinen und zu wenige Toiletten (ebenda). Die Ernährung ist mitunter derart mangelhaft, daß es in einem Demo-Redebeitrag zur ZAST Blankenburg hieß: "die Menschen dort sind alle dünn, wirken abgemagert und eingeschüchtert". "Daß man in den Sammellagern nicht die Vorraussetzung für eigene Nahrungsmittelbeschaffung und -zubereitung ermöglicht, stellt wohl eine gezielte Verweigerung eines der stärksten Bedürfnisse der Menschen dar. Dies kommt verordnetem Hunger bedenklich nahe und ist besonders verwerflich" (Dr.Vorbrodt, 1989, zit.in ID Asyl 57/92). Für den Bremer AK Asyl "steht fest, daß der Verwahrvollzug in den Gemeinschafts- und Sammelunterkünften die Menschen längerfristig weiter schädigt - und sie zerstört". An diesem Punkt einer von Ärzten erstellten Studie drängen sich nun doch Vergleiche zu den Nationalsozialistischen Konzentrationslagern (nicht den Vernichtungslagern) auf. Während eines landauernden Prozesses wurden trotz des warnenden Studien (Hamburger Senat 1982, DRK und DPWV 1989, UNHCR 1992) das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit der Asyl- und Ausländerpolitik, der Verfahrensrationalisierung und Abschreckung geopfert.

Darüberhinaus haben Lager eine eminente gesellschaftliche Funktion. Sie "erscheinen als der vorletzte Schritt der Psycho-Logik totalitärer Ausgrenzung, der letzte Schritt wäre das Pogrom" (A.Söller, Zentrum für Antisemitismus-Forschung, FR., 6.8.86). Sie sind der Zeigefinger des Rassismus und drücken den derart Stigmatisierten einen deutlichen sichtbaren Stempel auf. Mit der sichtbaren Aussonderung einer bestimmten sozialen Gruppe erniedrigt und demütigt der Staat die öffentlich, stellt sie zur Schau und errichtet mit dem Lager eine Art Pranger. Es existieren zwei sich ergänzende Praktiken, zum einen jene Lager außerhalb von Ansiedlungen, abgeschnitten vom ÖPNV und zum anderen jene in Wohngebieten. Letztere sind mittlerweile zu trauriger Berühmtheit gelangt. Solche Pranger wurden im Mittelalter als Aufforderung an die Bevölkerung verstanden, sich an der Bestrafung, Demütigung und Vertreibung aus der Stadt zu beteiligen. Die Ausgestellten wurden "vom Volk" mit faulem Obst, Schlägen und Gespött eingedeckt. Wirkungsvoll wurden die Untertanen auf die Seite der Herrschen gezogen. Heute betrachten militante Rassisten die neuen Pranger der "Asylbetrüger" als Aufforderung zu Stein- und Brandbombenwürfen, treiben die derart gebrandtmarkten außer Landes. Also nicht die Asyldebatte allein, sondern erst die auf den Präsentierteller gesetzten Flüchtlinge lösten die Militantisierung des Rassismus aus. Erst vor den mitten in Wohnviertel gesetzte Lager verließen die Gewaltaktionen die Ebene der Kleingruppen und formierten sich als Massenbewegung. Heute erscheint sie uns Seite an Seite mit den Behörden als Bestandteil der Politik von Aussonderung, Einkreisung und Untedrückung.

Die Einrichtung von Lagern, das Zur-Schau-Stellen von Flüchtlingen sowie die Konstruktion von (Überbelegungs-) Notständen und Bedrohungssituationen sind zentrale Bestandteile der rassistischen Formierung von Gesellschaft. Deshalb müssen dort antirassistische Gegenstrategien ansetzen.

II.1. Probleme in der Flüchtlingsarbeit

Jede Flüchtlingsinitiative gerät über kurz oder lang in die Zwickmühle, nicht-paternalistisch sein zu wollen, Flüchtlingen weder eigene Werte noch eigene Politikformen überzustülpen ohne damit die eigene Autonomie und Inhalte preiszugeben. Weder gibt es einen Grund, sich im Sinne der Selbstaufgabe mit Flüchtlingen zu identifizieren (wie es vereinzelt gefordert wird), noch ist es überhaupt realistisch, sich aus einer "weißen" Sozialisation zu flüchten. Im strukturellen Rassismus begründet können eine "schwarze" und eine "weiße" Realität derzeit nicht deckungsgleich werden, alle Harmoniebedürfnisse können dies nicht herbeireden. Ganz im Gegenteil enthält gerade das Spannungsverhältnis jene Dynamik, die Veränderungsprozesse erst ermöglicht. Deshalb ist es zulässig, "weiße" Widerstandformen gegen die rassistische Formierung zu entwerfen, solange sie ihren Bezug zu Flüchtlingen nicht gänzlich verlieren.

Eine eng moralische Auseinandersetzung mit Rassismus mündet häufig in der Selbstbeschuldigung, einem ur-christlichen Bestandteil von gewalttätiger Erziehung. Die Anerkennung einer weißen Täterschaft kann sich sogar zur kompletten Identitätskrise steigern, wie zahlreiche Papiere aus der autonomen Szene dokumentieren. Solche enden dann immer mit einem Selbstbezichtigungsritual, das analog zur Beichte "freisprechen" soll. Doch "wir müssen uns davor hüten, rassistische Verhaltensweisen und Taten sowie Machtpositionen von Personen mit strukturellen Formen von Herrschaft gleichzusetzen" ("BASTA", Frauenkollektiv, Berlin 1992).

Noch gefährlicher ist die Einführung von Begriffen wie "weiße Männer", "Metropolenidentität", "wir und die anderen", "Differenz" und "Kultur" in die Analyse von Rassismus. Sie sind nicht radikalisierend, sondern rassisierend und separatistisch, treiben (selbst-) Ethnisierungsprozeße vorran, die nur durch die Umlenkung in "Selbsthaß" noch umgebo-

gen werden. Sie basieren auf der Konstruktion sozialer Kollektivität (Wir, Metropolenindentität), die klassenbedingte oder geschlechtsspezifische Einflüsse zugunsten eines neuen Hauptwiderspruchs ignorieren. Sie verdrängen die Universalität der Menschenrechte zugunsten der zum Prinzip erhobenen Widersprüche, Differenzen und Partikularinteressen. An dessen Ende geht der Kampf gegen die Ursachen der globalen Ungerechtigkeit zugunsten eines Kampfes gegen sich selber verloren.

Jede moralisch oder abstrakt abgeleitete Begründung für antirassistische Arbeit bliebe der Wirklichkeit gegenüber fremd, sie hätte keine Bezugspunkte im lebendigen Sozialprozeß, würde sich nur aus der Empörung oder der selbstbezogenen Schuld speisen und wohl kaum Zugang zu den sozialen Ansprüchen von Flüchtlingen finden.

Deshalb muß eine antirassistische Initiative an den den Flüchtlingen inhärenten Ansprüchen, Forderungen und Aktionsformen ansetzen.

II.2. Perspektiven der Flüchtlingsarbeit

Die Praxis vieler Flüchtlingsinitiativen ist zunächst, Flüchtlingen eigene Privilegien, Erfahrungen, Fähigkeiten und Resourcen zur Verfügung zu stellen. Das beginnt mit der Rechtsberatung, Sprachkursen oder der Begleitung bei Ämtergängen. Dies verschafft uns zudem erst Einblick in die spezifische Realität von "Asylbewerbern". Solche Praxis wird zwar häufig der Kritik von 'Sozialarbeit" und "Amtshilfe" ausgesetzt, ist jedoch nichts weniger als das einfache Prinzip der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, darüberhinaus aber auch Bestandteil der 'weißen" Verantwortung. In einigen Städten und Regionen wurden entlang der spezifischen Bedingungen lokale Kampagnen entwickelt: in Hamburg gegen die Jugendobdachlosigkeit von Afrikanern, im Ruhrgebiet gegen die Deportationen von Roma, in Bremen gegen Polizeiterror und Mißhandlungen auf Polizeiwachen, in Berlin gegen die Zuweisungen in den Osten.

Darüberhinaus geht es um die Förderung von und Flankendeckung für alle Formen von Selbstorganisations- und Selbstverteidigungsansätzen bis hin zur direkten Unterstützung von Flüchtlingsaktionen.

Ohnehin haben wir in der Vergangenheit gesehen, daß sich Konflikte, Flüchtlingswiderstand und Forderungen an den Einzelteilen der Lager und den Lebensumständen insgesamt von selbst entzünden. Es gibt zahlreiche Beispiele für Essensboykott, Hungerstreiks, Proteste gegen die Warengutscheine, go-ins gegen die Reduzierung der Sozialhilfe, vielfach zerschnittene Zäune, ausgetauschte Lagerausweise, Beschwerden gegen rassistische Wachmänner oder Hausmeister, Besetzungen oder 'Kirchenasyl" gegen die Zuweisungspraxis. Mitunter gilt der Protest auch der Unterbringung als Ganzem.

Ebenso gibt es von anderer Seite, den Wohlfahrtverbänden, dem UNHCR und Ärzten schwerwiegende Einwände gegen die Lagerunterbringung. Kreisverbände lehnen sie bereits ab, Sozialarbeiter kündigten aus Protest ihre Verträge und Wohlfahrtsverbände stimmtem gegen die Übernahme von Aufgaben innerhalb der Lager. Kirchengemeinden und Schulen bieten alternative Unterkünfte an.

Und wir haben die einzelnen Bestandteile des Verfahrens und der Lager deshalb herausgearbeitet, um entlang der Konfliktpunkte eine Widerstandslinie zu entwickeln. Die hangelt sich an der Kritik, der Blockade und Aufhebung von einzelnen Elementen entlang, um schlußendlich die neuen Instrumente der Selektion und rassistischen Formierung unbrauchbar zu machen.

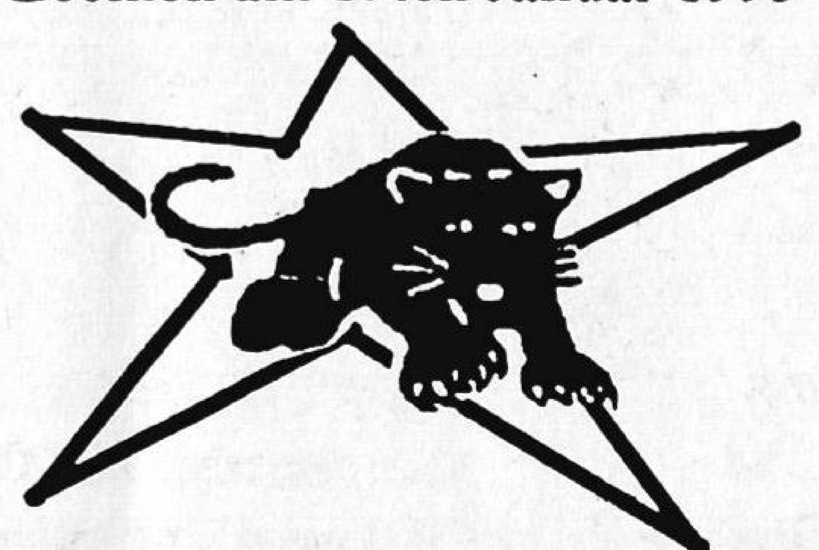
III. Perspektiven des Anti-Rassismus

Entlang der weiter entwickelten Situation in den USA und Großbritanniens entschlüsselt sich Rassismus als eine soziale und materielle Größe, als ein Begriff für den sozialen Kampf von unten um Überlebensressourcen. Analog zum Diskurs um die 'Hausfrauisierung der Arbeit" entpuppt sich die rassistische Benachteiligung als ein Prototyp deregulierter Lebensverhältnisse, wie sie mehr und mehr auch die weiße Unterklasse zu erfassen beginnt. Anti-Rassismus thematisiert von unten her den Anspruch auf Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung. Er enthält nichts weniger als einen universellen Gleichheitsgrundsatz, der nur in einer globalen Dimension denkbar ist (vergl. A.Sivanandan, 'The Hokum of new times", London 1990 und 'From Resistance to Rebellion" Berlin 1992).

Demgegenüber hat sich die 'Keine Gewalt"-Bewegung, wie auch der reduzierte Antifaschismus all dieser Grundlagen entledigt. Genauso läuft die Antirassismus- und Flüchtlingsgruppenbewegung Gefahr, in der Beschränkung auf die repressiven Momente und Partikularinteressen zu einer Ein-Punkt-Bewegung zu verkommen. Sie wird marginalisiert werden und der Bedeutungslosigkeit anheimfallen, wenn es ihr nicht gelingt, vom Gleichheitsgrundsatz ausgehend das Terrain der sozialen Frage zu betreten. Wir meinen, das antirassistische Politik Anknüpfungspunkte für eine soziale Verbreiterung beinhalten muß, wenn sie nicht hinter einem Wall von moralischen Schuldzuweisungen Exklusivität demonstrieren will. Lieber setzen wir uns dem Vorwurf der Nivellierung von Widersprüchen aus, als Ethnisierungsprozessen Vorschub zu leisten.

Die Verbindungen zur generellen Ungerechtigkeit verlaufen nicht zuletzt über die Wohnungsnot, die neue Armut und die Sparhaushalte, die von Ost nach west ausgebreitete Lohnrigidität, Erfahrungen mit Behördenwillkür und dem Sicherheitsstaat. Dieses Feld den Faschisten zu überlassen, wäre oder ist bereits eine Katastrophe. Antirassistische Politik sieht sich also dem Anspruch ausgesetzt, Aktionen gegen die Ausländerbehörden und Gerichte mit allgemeiner Behördenwillkür zu verbinden, Zusammenhänge zwischen Kampagnen gegen die Flüchtlingssozialhilfe mit allgemeinen Leistungskürzungen herzustellen, Lager mit der Wohnungslosigkeit zu verknüpfen und Fluchtgründe mit dem Hinweis, daß "die Interessen der Herrschenden nicht unsere sein können". Erst so würde die rassistische Staffelung von unten aufgerollt werden können, statt sie zu zementieren und erst solche Politik würde deutlich machen, daß sich Schwarze, weiße Unterklassen und Linke in ihrem Anspruch auf die elementaren Lebensmittel Wohnung, Ernährung, Beweglichkeit und körperliche Unversehrtheit kaum voneinander unterscheiden dürften.

Bremen am 15ten Januar 1993



Anti-Rassismus-Büro Bremen
Sielwall 38 2800 Bremen 1
Telefon (0421) 706 444 FAX (0421) 706 445

Der ewige Rassismus gegen Roma und Sinti

von Charly Kowalczyk

aus: ALHAMBRA November 1992

Überall BürgerInnenproteste, wo Roma-Flüchtlinge in dieser Republik ankommen. Egal ob in Essen, in Hagen, in Bottrop, Bremerhaven, Bonn oder Lebach...Nach dem Sturz der Ceausescu-Diktatur und der durch das Nationalgefühl zunehmenden Progromstimmung sind viele Roma aus Rumänien geflüchtet. Ähnliches gilt auch für die Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien, unter denen die Roma-Bevölkerung besonders zu leiden hat. Die Aggressionen der bundesdeutschen Bevölkerung nehmen stetig zu. Steinwürfe auf die überfüllten Notunterkünfte, Gewaltandrohungen, Auto-Korsos und Unterschriftensammlungen gegen die neuankommenden MitbürgerInnen. Die Oberbürgermeister der Revierstädte verlangten von Bonn den sofortigen Stopp des "Roma-Trecks". Neun Oberstadtdirektoren aus Nordrhein-Westfalen sehen - wie der Spiegel schreibt, den sozialen Frieden in ihren Städten "gefährdet". Im saarländischen Lebach ließ der Bürgermeister Rathaus und Schwimmbad verbarrikadieren, aus "Schutz" vor 1400 "unhygienischen" Roma. Sitzblockaden gegen den Aufbau von Zeltstädten gehören ebenfalls zu den Bürgerprotesten wie Gründungen von sog. Bürgerwehren. Die PolitikerInnen reagieren mit zusätzlichem Druck auf die ankommenden Roma. Der sozialdemokratische Spitzenenkel und Populist Lafontaine nutzte die Gunst der Stunde. Er möchte gerne durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung künftig jene Völker von der Asylgarantie ausschließen, in deren Heimat "nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung stattfindet". Die CDU/CSU ist begeistert. Der sozialdemokratische Bremer Senat hat mit viel Gefühl für Symbolik an dem neuen ersten deutschen Feiertag am 3.10 eine weitere Roma-Familie nach Jugoslawien abgeschoben. Die Familie Ademoskis hatte gemeinsam mit anderen Roma-Familien monatelang für ein Bleiberecht im Lande Bremen aufmerksam gemacht. Nachdem nun jedoch mehrere Familien abgeschoben worden sind und die Sozialhilfe nicht mehr ausbezahlt wurde, "verloren sie den Mut und stimmten ihrer <freiwilligen> Abschiebung zu", so die Ausländerbeauftragte der Bremerhavener GEW, Gönül Baki, gegenüber der Bremer TAZ. Das Handwerk von Repressionen beherrschen SPD-Landesregierungen ebenso wie ihre Kontrahenten von der CDU. Sozialhilfeentzug oder - wie im saarländischen Lebach, die Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, Naturalien und schmalen Taschengeld zu vergeben...diese Praxis ist - mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen - in den anderen Bundesländer schon seit langem üblich. Die saarländische Lafontaine-Regierung ist "erfreut" und sehen es als politischen Erfolg, daß viele Roma unter diesen entwürdigenden Zu- und Umständen wieder zurückreisen.

Vor ungefähr 1000 Jahren - zu den Zeiten der Völkerwanderung in Europa - wanderten die Vorfahren der Sinti und Roma aus dem Nordwesten Indiens nach Europa. Die deutschen Sinti leben seit 600 Jahren im deutschsprachigen Mitteleuropa. Fast alle hier lebenden Sinti und Roma sind deutsche StaatsbürgerInnen mit Berufen als HandwerkerInnen, Kaufleute, KünstlerInnen, FabrikarbeiterInnen, Angestellte usw. Die ca. 40.000 Sinti unterscheiden sich von den ca. 20.000 Roma ähnlich wie die Leute in Bayern von den Leuten in Preußen. Ihre eigene, aus dem altindischen Sanskrit stammende Sprache "Romanes" wird in Europa von ca. 5-6 Millionen Roma und Sinti gesprochen.

GESCHICHTE DER VERFOLGUNGEN

Die Geschichte der Roma ist eine Geschichte der Verfolgungen, Ausweisungen und Abschiebungen - obwohl sie eines der wenigen Völker sind, die niemals einem anderen Volk den Krieg erklärt hat. Sie wurden einig Jahrhunderte von Aristokraten und von der Kirche als Eigentum gehalten, für die sie das Land bestellten und andere Arbeiten verrichten mußten. Ihre Befreiung kam erst, als etwa 200.000 Roma aus der Knechtschaft entlassen wurden. Sie wurden verachtet wegen ihrer Hautfarbe und mit Argwohn betrachtet, weil sie Zauberei und Wahrsagerei betrieben. Da sie keine Christen waren, warnten eine Reihe von Prälaten sowohl Priester als auch Laien davor, mit diesen Heiden Umgang zu pflegen. Viele europäische Staaten erließen im 15. und 16 Jahrhundert Gesetze, die sich gegen die Roma richteten. Die mildeste Form war die Vertreibung. Die Roma konnten zeitweise straffrei umgebracht werden, sie wurden aufgehängt, gefangengenommen, gequält. "1765 setzte die französische Regierung für ihre Gefangennahme eine Prämie aus, 24 Francs für Männer und 9 Francs für Frauen. In Dänemark hingegen - so ein Bericht, <jagten Leute Zigeuner, wie sie Füchse jagen>. In Holland wurden örtliche Polizeibeamte eingesetzt, um sie ausfindig zu machen und so viele wie möglich des Landes zu verweisen. Die Schweizer hatten dieselbe Taktik schon weit früher versucht, wohingegen der schwäbische Landtag die dörfliche Landwehr instruierte, beim Gewahrwerden herannahender Roma die Kirchenglocken zu läuten, hinauszugehen und sie einzusperren. Jene, die man gefangengenommen hatte, wurden häufig geschlagen und manchmal getötet. In Mähren schnitt man den Roma-Frauen das linke Ohr ab, in Böhmen war es das rechte, während es in Österreich üblich war, sie mit einem Brandmal zu versehen." (aus: "Die Zigeuner" - verkannt, verachtet, verfolgt, von Kenrick, Puxon, Zülch). Die Kolonialmächte England, Frankreich, Spanien, Portugal etc. verkauften die Roma als Sklaven in "ihre Kolonien", oder haben sie einfach dorthin abgeschoben.

Es gab auch allmählich Bemühungen, die Roma unter Ausübung von Zwängen anzusiedeln und zu assimilieren (der jeweils hiesigen Bevölkerung anzugleichen): Den Eltern wurden die Kinder entrissen, dem Heiraten untereinander wurde Beschränkungen unterworfen, das Umherreisen wurde ebenso wie ihre Sprache- , ihr Kleidungsstil und ihre Bräuche verboten. Anfang dieses Jahrhunderts wurde verstärkt begonnen, Roma zu registrieren. Frankreich erließ 1912 Gesetze, wordurch Roma verpflichtet wurden, spezielle Identitätskarten mit sich zu führen. Baden führte 1922 ein ähnliches Gesetz ein, gefolgt von Preußen und Bayern. Mittels der bayrischen Bestimmungen von 1926 "Zigeuner, Landstreicher- und Arbeitsscheue" zu bekämpfen, konnte jeder Roma-Angehörige, der über 16 Jahre alt war und ohne feste Anstellung, in ein Arbeitshaus geschickt werden. 1909 wurde auf einer internationalen Konferenz sogar vorgeschlagen, die Roma mit Brandzeichen zu versehen, um ihre Identifizierung zu vereinfachen.

VÖLKERMORD AN ROMA UND SINTI

Die fatale Mischung aus jahrhundertelanger Verfolgung mit all ihren Vor-Urteilen sowie moderne bürokratische Effizienz führte schließlich zur "Endlösung". Obwohl viele Sinti/Roma seit über 500 Jahren in Deutschland lebten, wurden ihnen seit 1935 die Reichsbürgerschaft aberkannt. Systematisch und gründlich wurden sie ausgeforscht, um möglichst alles zu registrieren. 1936 wurden die ersten 400 Männer von ihren Familien getrennt und wurden in das Arbeitslager Dachau geschickt. 1938 wurde ein radikale Kampagne gegen sie gestartet; dazu gab es einen Erlaß zur "Bekämpfung der Zigeunerplage". 1940 beschlossen die Nazi-Führer die Deportation der Sinti und Roma. Am 16. Dezember 1942 unterschrieb Himmler ein Dekret, mit dem Befehl, alle <deutschen Zigeuner> nach Auschwitz zu schicken. Aus allen Ländern, die Deutschland besetzt hielt oder mit denen es zusammengearbeitet hat, wurden die Sinti und Roma in die KZ's <abtransportiert>. 1943 wurden nahezu alle noch in Deutschland verbliebenen <Zigeuner> und <Zigeunermischlinge> festgenommen und in KZ's deportiert.

Insgesamt wird geschätzt, daß über 500.000 Roma und Sinti in Auschwitz und anderswo umgekommen sind. Der Völkermord an den Roma und Sinti wurde hierzulande jedoch noch Jahrzehnte danach verschwiegen. Es ist erschreckend und unfaßbar traurig, Gedächtnisprotokolle von überlebenden Roma und Sinti zu lesen, die 30 Jahre nach dem Völkermord aufgeschrieben wurden.

"Bei den in Konzentrationslagern gewesenen Zigeunern haben sich hinsichtlich ihrer Kriminalität keine Veränderungen ergeben. Die Zigeuner, die nach dem Krieg hier kriminell in Erscheinung traten, wollen während des Krieges alle im KZ gewesen sein. (...) Die Glaubwürdigkeit der Zigeuner entspricht der eines chronisch verlogenen Kindes. Daher muß man allen Angaben zigeunerischen Personen äußerst mißtrauisch gegenüberstehen. Zäh wie die Zigeuner sind, genügten auch die 12 Jahre NS-Herrschaft nicht, um sie auszuradieren." (Aus dem 31seitigen Bericht "Die Zigeunerfrage" der Kriminalpolizei Bremen von 1953)

BEG §1

a.) "Die im April 1940 durchgeführte Umsiedlung von Zigeunern aus der Grenzzone und den angrenzenden Gebieten nach dem Generalgouvernement ist keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahme aus Gründen der Rasse im Sinne des §1 BEG.
b.) Ist eine von der Umsiedlung betroffene Person nach dem Auschwitz-Erlaß Himmlers in der Zeit nach dem 1.3.1943 weiter in Haft gehalten worden, so kann diese Festhaltung eine rassische Verfolgung sein."

BGH, v. 7.1.1956 - IV ZR 211/55

(Urteil des Bundesgerichtshofes, das im allgemeinen in seiner Begründung davon ausgeht, daß die Verfolgung von Sinti und Roma nicht aus rassistischen, sondern aus "kriminalpräventiven" Gründen erfolgt sei und sich gegen "Arbeitsscheue, Kriminelle oder Spionageverdächtigte" gerichtet habe.

DIE KONTINUITÄT DES "ZIGEUNERHASSES" UND DIE DEUTSCHE UNFÄHIGKEIT ZU TRAUERN

Das asoziale, unzivilisierte und kriminelle Verhalten einer auf weit mehr als 1.000 Personen angewachsenen Gruppe von Zigeunern rumänischer Herkunft ist nicht länger hinzunehmen.
(Sommer 1990, Stadtrat der saarländischen Kleinstadt Lebach, beschlossen mit den Stimmen von SPD/CDU/FDP/Freie Bürgerliste).

Frage: Du bist wie der Innensenator für die Ausweisung der Roma, die jetzt an der Contrescarpe (Sitz des Bremer Innensenators..d.Schreiberling) zelten?
Antwort: "Es geht doch nur scheinbar um die paar Leute. Was mich richtig ärgert, das ist die bigotte, verlogene Art von Leuten, die jetzt kommen mit ihrem humanistischen Getue, liberal bis dorthinaus, und sagen: Die sollen bleiben bis hin zu dem Argument der deutschen Schuld von damals. Mit der hab ich beim besten Willen nichts zu tun. Ich bin auch nicht verantwortlich dafür, daß Jesus ans Kreuz geschlagen worden ist und für die Ereignisse von 1933 bis 45 fühle ich mich auch nicht schuldig. Ich fühle mich verantwortlich für das, was heute passiert. Wir leben in einer Situation, daß Du gar nicht mehr sagen darfst, was Realität ist. Sonst bist Du sofort ausländerfeindlich, rassistisch usw."
"Die Roma und Sinti sind aus Jugoslawien zu uns gekommen und haben den Antrag gestellt, hierbleiben zu können. Dieser Antrag ist nach drei Jahren in einem sehr rechtsstaatlichen Verfahren abschlägig



beschieden worden. Unser Asylrecht bedeutet nicht, daß jeder, dem es auf dieser Welt schlecht geht, hierherkommt und bleibt.
(Interview vom 6.8.90, TAZ Bremen mit Hucky Heck, grüner Ortsamtleiter Bremen-Mitte/Östliche Vorstadt)

Die haarsträubende Zitatesammlung allein in den vergangenen Monaten ist unerschöpflich. Erschreckend ist die Kontinuität von Himmler-Erlässen über das Grundsatzurteil des BGH von 1956, über W. Penners (innenpolitischer Sprecher der SPD) Angewidertsein über Roma-Verhalten bis zur Aussage von Lebachs Bürgermeister Nikolaus Jung (CDU), die Stadt werde nicht zulassen, daß "in Lebach die Zigeuner tanzen".
Und noch immer greifen bundesdeutsche Polizeibehörden auf eine Sondererfassung zurück, in der Sinti und Roma allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit aufgelistet sind, wie der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma festgestellt hat. Unter der Bezeichnung "HWAO" (Häufig wechselnder Aufenhaltsort) sind sie in Polizeicomputern gespeichert. In einer von der Senatsbehörde angeforderten, jedoch in Bremen unter Verschluß gehaltenem Gutachten von der Sozialwissenschaftlerin Alice Grimsehl-Scheu vom Oktober 90 warf sie der Sozialbehörde und den Schulen unsensibles Vorgehen und kräftige Vorurteile im Umgang mit Roma vor. Bei der Akteneinsicht stieß sie bei der Kriminalpolizei auf den Begriff "romaspezifische Kriminalität". Es ist zu erwarten, daß solche Begriffe auch in anderen Polizeiländern gang und gäbe sind. Diese Kontinuität ist fürchterlich und läßt das Mißtrauen der Roma und Sinti leicht nachvollziehen. Der Zentralrat fordert jetzt die ausdrückliche Anerkennung von Sinti und Roma als deutsche Volksgruppe sowie einen in der Verfassung festgeschriebenen Minderheitenschutz.

BLEIBERECHT FÜR OSTEUROPÄISCHE ROMA

Die Diskussionen um das Bleiberecht für Roma ist hochemotionalisiert. Sofortige Abschiebungen werden häufig gemacht...Stichtagregelungen geistern ebenfalls durch die Presse. Ausländerbeauftragte von 6 Städten der ehem. DDR fordern, die Bundesrepublik sollen sowohl den sowjetischen Juden als auch den Roma-Flüchtlingen ein Aufnahmerecht anbieten. Die vereinigte Bundesrepublik solle dabei - auch im Hinblick auf ihre historische Verantwortung für den Holocaust - die Initiative für eine europäische Lösung ergreifen. Das die Bundesrepublik mit dem <Roma-Problem> stärker als zurückgewiesen. So leben in Frankreich 250.000 Roma und Sinti, in der CSFR sogar 800.000. In der Bundesrepublik werde ihre Zahl inzwischen auf 70.000-80.000 geschätzt.

Die Situation für Roma in Rumänien und Jugoslawien ist augenblicklich sehr bedrohlich. Katrin Reemtsma von der Gesellschaft für bedrohte Völker drückt das in einem TAZ-Interview so aus: *"Seit Januar hat sich in Rumänien ein starker Nationalismus herausgebildet, dessen eine Variante sich sehr zielgerichtet gegen die Roma wendet. Es herrscht in Rumänien eine sehr aggressive Stimmung gegen die Roma. In allen Tageszeitungen finden sich negative Anspielungen auf die Roma, auf ihre Hautfarbe, auf vermeintlichen Schwarzhandel. Ihnen wird die Sündenbockrolle zum Beispiel für fehlende Versorgung mit Nahrungsmitteln zugewiesen. Dazu sollte man wissen, daß die rumänische Regierung bereits wieder Lebensmittel in die Sowjetunion exportiert. In den letzten Monaten ist es zu Übergriffen gegen Roma gekommen, zum Beispiel in Tigru Mures. Als es dort zu Konflikten zwischen der ungarischen Minderheit und Rumänen kam, haben die ungarisch sprechenden Roma zwar nur eine marginale (untergeordnete) Rolle gespielt. Trotzdem waren sie die einzigen, die kurz darauf im Schnellverfahren wegen ihrer Teilnahme an den Auseinandersetzungen verurteilt worden sind. Dabei kam das Dekret 153 zur Anwendung, das noch aus der Zeit Ceaucescus stammt und zum Beispiel besagt, daß keine anwaltliche Vertretung bei den Prozessen zulässig ist. Die Roma waren also einer Form der Sonderjustiz unterworfen."*

Zur Lage der Roma in Jugoslawien sagt Frau Reemtsma in demselben Interview: *"Jugoslawien ist bekanntermaßen am auseinanderbrechen. In Kosovo herrscht seit Jahren eine Bürgerkriegssituation. Roma werden nicht nur hier in den ethnischen Konflikten zwischen Albanern und Serben aufgerieben. In Prizstina ist 1989 ein Roma-Mädchen auf offener Straße mit Benzin übergossen und verbrannt worden. Bei den Wahlen in Slowenien im Frühjahr 1990 wurden den Roma zum Teil die Teilnahme verweigert".*

Tatsächlich kommen immer mehr Flüchtlinge aus Rumänien und Jugoslawien in die Bundesrepublik. Während im Juni dieses Jahres 2851 Personen aus Rumänien kamen, waren es im August 8502 Personen. Darunter sind viele Roma. Ihre einzige Möglichkeit hier zu bleiben, sich der Lage in Rumänien wie auch in Jugoslawien zu entziehen, ist es einen Asylantrag zu stellen, so Wolfgang Grenz vom Amnesty-International-Büro in Bonn. Dadurch haben sie Aufenthaltsrecht bis zum Abschluß des Verfahrens, was oft bis zu 3 Jahren dauert. Nach der Weiterleitung des Asylantrags an das Bundesamt in Zirndorf, nimmt diese Behörde die Verteilung nach § 17 des Ausländergesetzes an die Bundesländer vor. Diese Zuweisung an verschiedene Orte passiert ohne Akzeptanz der jeweils anderen Kultur. Nur Eheleute und minderjährige Kinder müssen gemeinsam "zugewiesen" werden. Alle anderen Verwandten können irgendwo anders untergebracht werden, was in der Regel auch von den Behörden so gewünscht und praktiziert wird. Ein Abschreckungseffekt mehr. Das ist für ein Volk wie die Roma und Sinti, in dem der Familienverband, die Sippe, eine wichtige Rolle einnimmt, furchtbar. Diese Trennungen in einem fremden Land führt unter anderen mittlerweile dazu, daß viele - trotz Progromstimmung - wieder nach Rumänien zurückkehren. Zudem ist die Chance auf Anerkennung nach Asyl für die Roma ziemlich aussichtlos...Die Anerkennungsquote insgesamt war von Januar-Juni 90 grade jämmerliche 3,3% oder mit anderen Worten, 96,7% der Asylanträge wurden abgelehnt. Nach Ablehnung der Asylanträge gibt es in der Regel keine "Duldung", sondern die Roma werden - mit Ausnahmen in Nordrhein-Westfalen (dort dürfen nach mühsamen Verhandlungen 1000 Roma

bleiben) - sofort abgeschoben. Auch die SPD-regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen schieben rigoros ab. Nordrhein-Westfalen schickte ihren Hans-Dampf-Beauftragten-in-allen-Ländern "Ben Wisch" (Wischnewski) nach Belgrad, um mit der Jugoslawischen Regierung zu verhandeln. Voreilig hieß es, die jugoslawische Regierung würde die zur Rückkehr "bereiten" Roma aufnehmen, damit sie mit "Hilfe der NRW-Regierung eine neue Lebensperspektive" aufbauen könnten. Bisher ist die Mission nicht erfolgreich verlaufen. Diese noch nicht geglückte bezahlte-Ausreise-Politik wurde in einigen liberalen Blättern schon als "Versuch einer neuen Flüchtlingspolitik" verkauft. Der Grüne Daniel Kreutz sagte es zutreffend in der NRW-Landtagsdebatte: "Die SPD-Politik stehe unter dem Motto Roma raus, aber mit sozialer Absicherung."

ENGAGIERTE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG DER ROMA UND SINTI

Erst spät, 34 Jahre nach dem Völkermord, fanden die Roma und Sinti eine politisch orientierte Interessenvertretung in der Bundesrepublik Deutschland. Diejenigen, die den Holocaust überlebt haben, waren aufgrund ihrer Geschichte nicht in der Lage zu sprechen, ihre Interessen zu vertreten. Den bundesdeutschen Nachkriegsregierungen ist es gelungen, diesen Völkermord zu verdrängen, immer bemüht, auch die eigene NS-Vergangenheit von Regierungsmitglieder- und Berater zu verheimlichen. Zudem wirkte das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes doch sehr deprimierend. Der Bundesgerichtshof übernahm mit seiner Entscheidung von 1956 die NS-Argumentation und revidierte sie erst 1965. Doch auch bei der Entscheidung von 1965 beginnt die Rassenverfolgung erst 1938, so daß die <Wiedergutmachung> für zwischen 1933 und 1938 begangenen Willkürmaßnahmen entfällt. Bis 1965 waren bereits viele NS-Opfer gestorben, die für die Zeit vor 1943 keine <Wiedergutmachungsanträge> hatten stellen können, abgesehen davon, daß ein großer Teil der verängstigten Überlebenden nicht wagte, einen Antrag zu stellen.

Die Bürgerrechtsbewegung ist bekannt geworden durch ein im Oktober 1979 an die Bundesregierung gerichtetes Memorandum mit sehr präzisen Forderungen der Sinti und Roma. In diesem Memorandum fordern sie die "Anerkennung des an Roma und Sinti während der NS-Zeit begangenen Völkermords", "eine individuelle, angemessene Wiedergutmachung für die Opfer" und eine "Blockentschädigung nach dem Vorbild der an Israel geleisteten Zahlungen". Bekannt wurden sie auch durch die Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen sowie ihren Hungerstreik im April 80 in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ in Dachau, deren Bilder die Weltöffentlichkeit bewegte. Die wichtigsten Forderungen des Hungerstreiks waren u.a. Aufklärung über die Arbeit der früheren Landfahrerzentrale im Landeskriminalamt in München, Schluß mit der Diskriminierung, Einrichtung eines von Bund und Ländern bezahlten Sinti-Kulturzentrums in Dachau. Der Völkermord ist erst 35 Jahre nach Kriegsende von der Bundesregierung anerkannt worden, doch die Sonderbehandlungen für Sinti und Roma blieben erhalten. Immer wieder schüren PolitikerInnen die tief verwurzelten Vorurteile, so auch jetzt, wo viele osteuropäische Roma Aufnahme suchen, wird die tatsächlich notwendige Hilfe ausgeschlagen. Die Bürgerrechtsbewegung ist - international organisiert in der Romani-Union, deren 4. Kongreß fand im April 90 in Warschau statt - mittlerweile sehr zahlreich und in unterschiedlichen Organisationen vielerorts aktiv. (Der Weltverband der Sinti und Roma, die Romani Union, wurde am 1. März 1979 in die UNO aufgenommen).

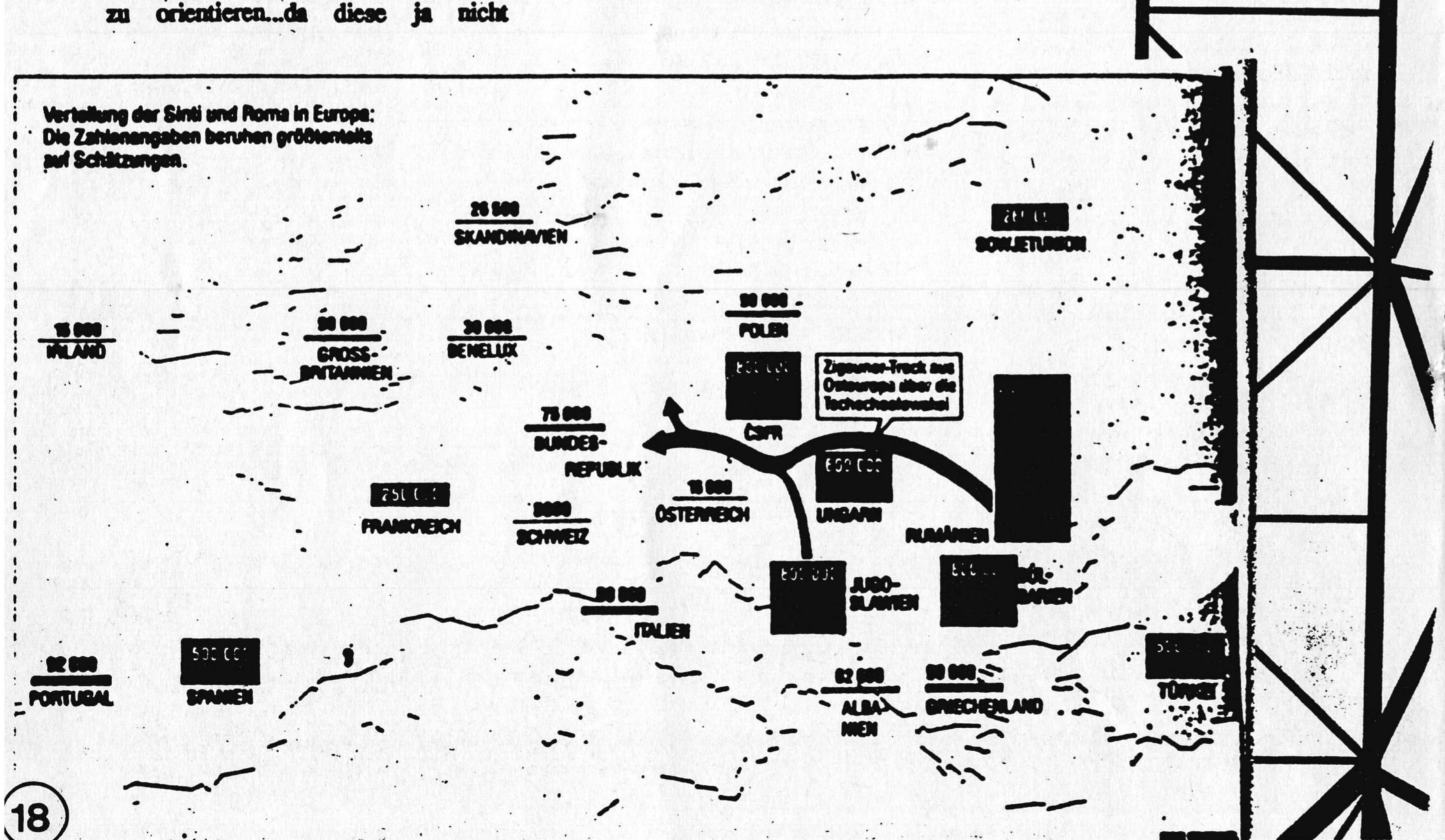
Natürlich werden durch den Zuzug der osteuropäischen Roma auch die hier lebenden und integrierten Roma und Sinti erneut <belastet> durch den wieder frisch aufkeimenden Rassismus, und viele sind darüber nicht besonders glücklich...trotzdem bekommen viele der neu ankommenden BürgerInnen Rückhalt von den Organisationen der Roma- und Sinti-Bewegung. In vielen Orten regt sich auch Widerstand gegen die Abschiebungen der Roma-Flüchtlinge. Es bilden sich Initiativen, die gegen die Abschiebungen der Roma demonstrieren, Informationsveranstaltungen organisieren, das uneingeschränkte Bleiberecht fordern. Diese Gruppen sind wichtig, auch wenn sie oft noch sehr unregelmäßig arbeiten, nach irgendwelchen Abschiebungen wieder zusammenbrechen, ihnen der lange Atem fehlt. Doch für viele Roma und Sinti ist es nach dem vergangenen und aktuellen Leid Balsam auf ihren Wunden.



MEHR KULTURELLE VIELFALT DURCH DIE KULTUR VON ROMA UND SINTI - BEREICHERUNG FÜR UNSER ALLER LEBEN

Das "freie Zigeunerleben", das auf Seßhaftigkeit ebenso verzichtet wie auf religiöse und gesellschaftliche Bindungen mit der "Außenwelt" der Chale (Nicht-Sinti) stellte zu allen Zeiten eine Herausforderung des Staates dar. Immer - bis in die heutige Zeit, erscheinen Roma und Sinti als nutzlose, auf Kosten des Allgemeinwohls lebende "Schmarotzer". Ihre Nichtseßhaftigkeit, Vaterlandslosigkeit, "gewerbliche Unzuverlässigkeit" ist vielen ein Greul. Die Roma- und Sintiverfolgungen in den westeuropäischen Staaten war um die Jahrhundertwende so stark, das viele Stämme und Sippen zunehmend verelendeten und zergliedert wurden. Die kulturelle Autonomie war schon vor dem Terror der NationalsozialistInnen im Schwinden, jedoch der Massenmord hat die Traditionen weitgehend zerstört. Durch den Völkermord im Dritten Reich war den Überlebenden ein für allemal die Möglichkeit entzogen, sich an den stammeseigenen Bräuchen und Traditionen zu orientieren...da diese ja nicht schriftlich festgehalten wurden. In den Rollenbeziehungen zwischen Mann und Frau wie auch zwischen Alt und Jung gibt es bei den deutschen Sinti und Roma grundlegende Veränderungen. Selbst die den <Zigeunern> über alle Zeiten hinweg eigenen Gesetze, die Bestandteile des Ehrenkodex und die strengen Normen der Großfamilie verlieren nach und nach an Bedeutung. (Sinti empfinden das Wort Zigeuner als Diskriminierung, herkommend aus dem Wort "Zieh-Gauner", da gibts allerdings sehr viele unterschiedliche Interpretationen; die Roma empfinden mit der Bezeichnung keine Diskriminierung. Allerdings ist der Begriff <Zigeuner> weder von Sinti noch von Roma geprägt wurden). Die Auflösung der Roma/Sinti-Kultur gibt es schon länger, ist allerdings mit der raschen Industrialisierung vor rund 80 Jahren und den ersten typischen "Anti-Zigeuner-Gesetzen" verstärkt wurden, aber sie wäre als heutiges Phänomen ohne die "Zigeunerverfolgungen" im Dritten Reich nicht denkbar.

Bis heute gibt es keine Auseinandersetzung mit der Kultur der Roma und Sinti. Viele sind aufgewachsen mit den Vorurteilen gegenüber dieser Volksgruppe, die keinen Anspruch auf ein eigenes Land stellt. Wer kennt nicht die Sprüche wie "Wäsche von der Leine, die Zigeuner kommen" oder "Zigeuner lügen und sind verschlagen, paßt auf" bis hin zu "Kinderwagen rein, Zigeuner klauen Kinder". Viele Vorurteile bauen in der Tat auf das Nichtverstehen der Lebensweise von Roma und Sinti, vermischt mit der Abneigung gegen die dunkle Hautfarbe. Da Roma und Sinti seit Jahrhunderten verfolgt wurden - und ihnen häufig kaum eine andere Möglichkeit bleibt - kommt es vor, daß sie sich hin und wieder beschaffen, was sie zum Leben brauchen. Auch ist es eine ganz normale Reaktion, daß sie nach ewigem "dreckigem Zigeuner-Geschrei" und vielem mehr irgendwann zurückschlagen. Ohne die Ursachen zu erhellen, kann dann weiter an den Vor-Urteilen gestrickt werden, die ja weit in linke und christliche Kreise hineinreichen. Das ist ja keiner "rechter" Rassismus, insbesondere gegen Roma und Sinti ist er weitverbreitet. Ich erspare mir Zitate von grünen "FunktionsträgerInnen" und die Unerwünschtheit/Diskriminierung im ehem.



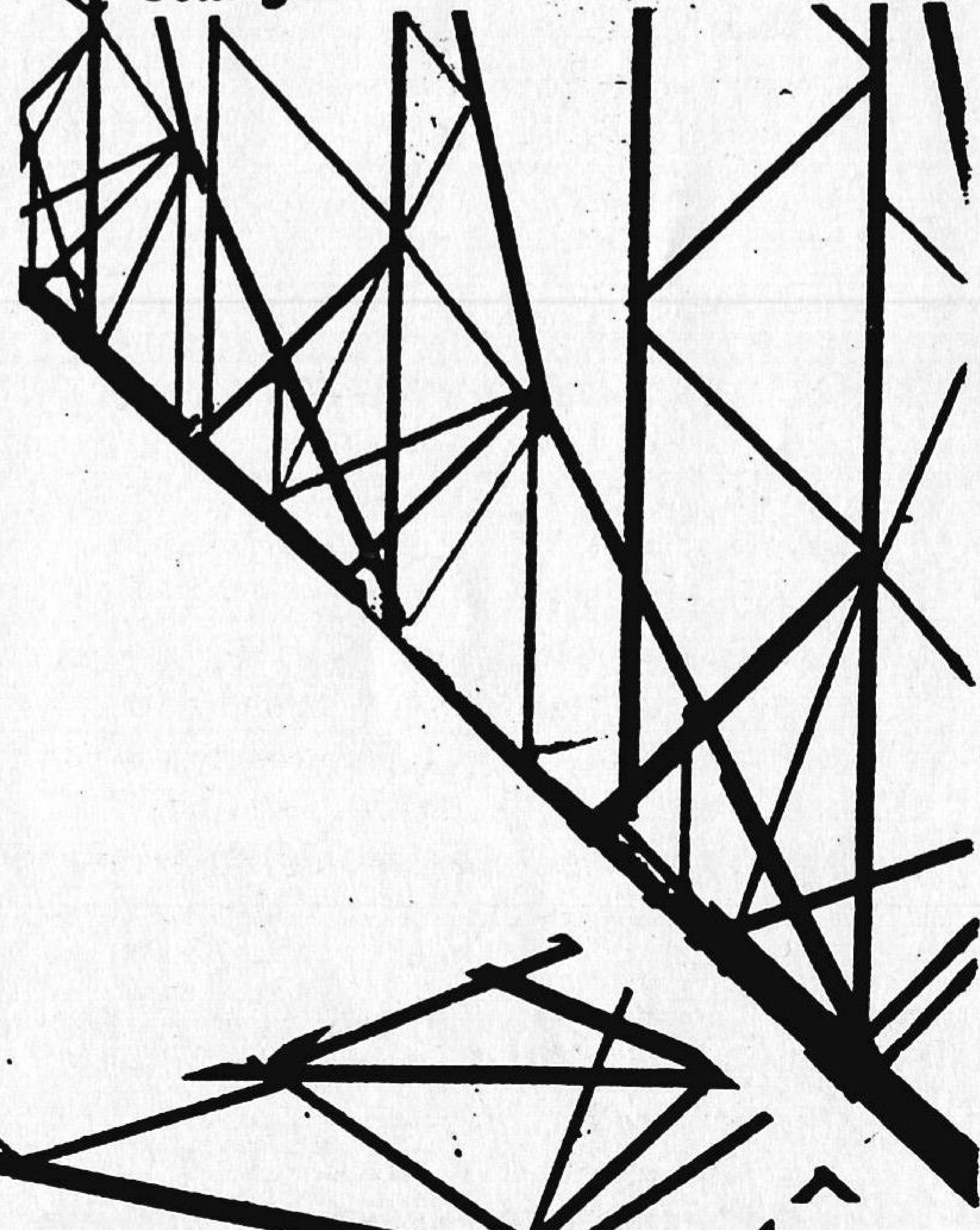
Verteilung der Sinti und Roma in Europa: Die Zahlenangaben beruhen größtenteils auf Schätzungen.

PDS- und Blockflötenstaat. Auch die sozialistische ehem. DDR hat niemals den Völkermord an Sinti und Roma öffentlich "bedauert". Tatsächlich gab es auch oft den typisch linken guten "antifaschistischen Verfolgten" - und den vergessenen - wie die weiterhin aufgrund ihrer Kultur unterdrückten Sinti und Roma, scheinbar "unpolitischen" Verfolgten. Unterschiedliche Untersuchungen haben gezeigt, daß Schwerstkriminalität bei Roma und Sinti sehr selten vorkommen im Gegensatz zu unserer noch "entfremdeteren" Kultur. Auch Diebstahl innerhalb der Sippe wird hart bestraft, nur in der Not steigt die Toleranz. Zu behaupten, "Diebstahl läge in ihrer Kultur" ist verlogen. Das Verstehen der Roma und Sinti als ethnische Minderheit, ein Volk, das aus Tradition verfolgt wird und als Objekt von Vorurteil und Mythos gleichermaßen herhalten muß, ist auch heute kaum möglich. Das Bild von Roma/Sinti wurde bisher in der Öffentlichkeit immer von Chale gezeichnet, von daher ist dieses Bild oft hin und her bewegt zwischen vollkommene Ablehnung und Zuneigung zu einem Volk mit hohem kulturellem "Wert" (Musik, Tanz, Instrumentenbau, Zauberei, Wahrsagerei etc.) Gleichermaßen ist die "Ursache der Freude am Reisen nicht in einem rassistisch erklärbaren oder romantisch verklärten "Wandertrieb" der Sinti und Roma zu suchen. Die Vorliebe vieler Sinti/Roma für eine fahrende Lebensweise, die Liebe zur Natur und die Erfahrungsfreude erklären sich aus der jahrhundertelangen Gewohnheit und diese wiederum aus dem sehr realen Zwang, nicht bleiben zu dürfen, reisen zu müssen". In der Ablehnung des "europäisch aufgeklärten" Menschen steckt auch viel Neid und Mißtrauen wegen ihres oft leeren, am Geld orientierten lustlosem Leben. Die Lebensfreude der Sinti und Roma - trotz Verfolgungen, wurde ja oft besungen ("lustig ist das Zigeunerleben", "Zigeunerbaron" etc.) Die Kultur der Roma/Sinti ist trotz großer Verluste immer noch vielseitig und verschieden, doch aufgrund der "anderen Wertungen" und der hauptsächlich mündlichen Überlieferung schwer vermittelbar. Zum Teil mischt sich ihre Kultur mit der Kultur des jeweiligen Landes, in dem sie Leben, daher gibt es Unterschiede zwischen deutschen- und rumänischen Roma. Die Anpassung an die Anforderungen einer für Roma/Sinti eigentlich fremden Kultur bedeutet gleichzeitig immer ein Stück Aufgabe der eigenen und somit der Verlust einer "kollektiven, gleichsam historischen Identität". Daher ist ihre Sprache "ROMANES" sehr wichtig. Sintizza Hildegard Lagrenne beschreibt das so: *"Da gehn wir doch kaputt, wenn wir kein "romanes" mehr sprechen. Schreiben und lesen können wir unsere Sprache ja sowieso nicht. Die ist nur mündlich überliefert. Jetzt werden schon manchmal Lieder aufgeschrieben von uns, aber jeder schreibt die Worte anders. Da muß man rätseln, was gemeint ist."*

"Heute haben nahezu alle Sinti und Roma in Deutschland einen festen Wohnsitz und fahren nur gelegentlich zu <Zigeunerwallfahrten> oder in Urlaub - wie andere Zeitgenossen auch. Höchstens ein Fünftel der in Deutschland lebenden Zigeuner nomadisiert noch in den Sommermonaten, um Geschäften wie dem Antiquitäten- oder Teppichhandel nachzugehen. Aber in einer vielfach zerstörten, verbauten und asphaltierten Umwelt, zwischen Autobahnkreuzen, Müllhalden, Kläranlagen und Obdachlosenghettos bereitet das Reisen den Sinti kaum noch Freude, an die sich die ältere Generation erinnert" (aus: Da wollten wir frei sein - Eine Sinti-Familie erzählt von M. Krausnick).

Durch die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma gibt es jetzt wieder ein selbstbewußtes Suchen nach den eigenen Traditionen. Romani Rose, Sprecher des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma hat das einmal so formuliert: *"Wir wollen keine Sonderrechte, wir wollen Rechte: Das Recht, mit unserer eigenen Kultur, unseren Traditionen und unserer Sprache von der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Der Industriegesellschaft ist manches verloren gegangen, was sich unser Volk bis heute bewahrt hat: Wir besitzen noch ein intaktes Familienleben, Zeit für Gespräche in der Familie, unsere Alten werden noch nicht in Altersheime abgeschoben, unsere Kinder brauchen nicht auf Nestwärme und Liebe zu verzichten. Auch ist unser Volk keine Leistungsgesellschaft und nicht bestrebt, seinen Lebensstandard immer weiter zu steigern. Unser Streben ist lediglich auf den notwendigen Lebensunterhalt orientiert."*

Noch ein recht aktueller Hinweis: Sehr zu empfehlen das Progrom-Heft 21. Jahrgang 1990: Osteuropa - Roma und Revolution.
Zu bestellen bei Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen.



23.5.- 2.6. 1993: Bundesweite Aktionstage

Gegen Rassismus in den Medien

Wir schlagen für die Zeit vom 23. Mai bis 2. Juni 1993 bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien vor. Das Ziel sind Aktionen, die den Rassismus in den (und durch die) Medien offensiv angehen und damit versuchen, den Blick auf den gegenwärtigen bundesrepublikanischen Rassismus zurechtzurücken.

Wir denken, daß solche Aktionen nicht von Parteien oder überregionalen Verbänden ausgehen sollen, sondern hauptsächlich von vor Ort arbeitenden Gruppen oder Initiativen. Unser Vorschlag zielt auf keinen gemeinsamen Aufruf und keinen Minimalkonsens, sondern auf ein thematisches Bündnis (Rassismus in den Medien als Ausdruck von Rassismus im Zentrum der Gesellschaft), in dem es allenfalls Organisatorisches zu koordinieren geben sollte. Deshalb wird dieses Schreiben auch von keiner UnterstützerInnenliste geziert. Der Aufruf möchte einen Stein ins Rollen bringen, der inhaltlich nach vorne weist.

Momentan erscheint es uns, daß versucht wird, Rassismus und Nationalismus wieder einmal allein auf ihre gewalttätigen Varianten zu reduzieren. Das Pathologisieren und Dämonisieren der Pogrome, die Reduktion des (medialen) Blicks auf den Fetisch »Gewalt« führen letztlich dazu, von jener rassistischen Grundströmung abzulenken, die eben nicht nur in den Pogromen ihren Ausdruck findet. Auf diese Weise gelingt es denjenigen politischen Kräften von CDU bis SPD, die für die Pogrome die eigentliche Verantwortung tragen, indem sie den Resonanzboden bereitstellen und tagtäglich die GewalttäterInnen ideologisch munitionieren, sich aus dem Staub zu machen.

Hinter unserem Vorschlag steht die Vorstellung, daß sich antirassistischer und antifaschistischer Kampf nicht auf jugendkulturelle (neo-nazistische) Erscheinungsformen beschränken darf. Wir gehen vielmehr davon aus, daß ein solches Konzept zu kurz greift, da es sich fast ausschließlich gegen die VollstreckerInnen der gesamtgesellschaftlichen bzw. strukturellen Erscheinungsformen von Rassismus und Nationalismus wendet.
Unsere antirassistische Strategie läuft ins Leere, wenn sie sich nur auf die nazistischen Gruppierungen bezieht und nicht berücksichtigt, wer ihnen ideologischen und praktischen Handlungsspielraum verschafft. Pathologisierung und Dämonisierung der TäterInnen enden dann in der Forderung nach Sozialtherapie. Ergebnis: Aus TäterInnen werden Opfer. Wo der gewalttätige Rassismus seine Wurzel hat und woher er seine vermeintliche Legitimation bezieht, bleibt damit zwangsläufig im Dunkeln. Schlimmer noch, wir gehen am Ende gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen gegen die »Gewalttäter« vor, denen von ersteren allenfalls beigebracht werden soll, daß alle Gewalt gegen Flüchtlinge in diesem Land nur vom Staat ausgehen darf.

Es muß daher das Ziel sein, den Blick vom Rand in das Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft zu lenken. Denn dort finden sich all jene, z.B. die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Wissenschaftler, die Personalchefs oder Boutiquen-Besitzer, all jene Eliten, die vorgeben die »multikulturelle« Gesellschaft in der Edel-Pizzeria oder am Döner-Stand mit Löffeln gefressen zu haben. Ihre gesellschaftliche Praxis ist es aber, die tagtäglich vorführt, was Rassismus heißt: Inzwischen wissen zwar fast alle, daß Rassismus weniger mit sozialer Deklassierung zu tun hat, sondern vor allem ein Herrschaftsverhältnis darstellt, aber Konsequenzen für die antifaschistische Praxis hat das in den seltensten Fällen.

Wenn wir daher die Medien gezielt in den Mittelpunkt von Aktionstagen stellen, bekommen wir dasjenige Scharnier ins Visier, ohne das der Rassismus und Nationalismus im Zentrum der Gesellschaft, also in Politik, Wirtschaft und bürgerlicher Öffentlichkeit nicht hätte derart hegemoniefähig werden können. Die Berichterstattung über die Berliner Demonstration vom 8. November 1992 hat zuletzt anschaulich vorgeführt, welche unsägliche Rolle die bundesdeutschen Medien in fast ihrer gesamten Breite in der gegenwärtigen politischen Situation einnehmen. Wir denken dabei, daß Aktionen mehr sein sollten als die gegenwärtig in Berlin diskutierte Neuauflage der Springer-Blockaden aus den 60er Jahren. Die Misere läßt sich eben nicht mehr nur auf Springer reduzieren. Berichterstattung à la BILD über Flüchtlinge und Menschen ohne deuschen Paß gehört mittlerweile zum Mainstream der bundesdeutschen Medienlandschaft. Begriffe wie »Wirtschaftsflüchtling«, »Asylschwemme« oder »Asylmißbrauch« fluten inzwischen über uns hinweg und werden in einer Weise benutzt, als handele es sich um unumstößliche Wahrheiten.
Die Ausrichtung von Aktionstagen auf die Medien könnte helfen, den Zusammenhang von Gewalt/Pogrom und rassistisch-nationalistischer Gesellschaftsstruktur sowie entsprechendem öffentlichem Diskurs in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Wenn wir für das Zentrum der Gesellschaft beispielhaft die Medien herausgreifen, geht es um nichts weniger als den gewalttätigen Nazis das ideologische Hinterland zu entziehen. Wer die Gewalt zurückdrängen will, muß die Freiheit der Presse (bzw. des Rundfunks und des Fernsehens) rassistisch zu sein, in Frage stellen.

Zur Rolle der Medien:

In den folgenden Thesen möchten wir kurz und stichwortartig anreißen, in welcher Weise die bundesdeutschen Medien derzeit den rassistischen und nationalistischen Diskurs vorantreiben und welchen Anteil sie selbst an der Produktion von Rassismus haben; inwiefern es also gerechtfertigt ist, sie exemplarisch für den gesamtgesellschaftlichen Rassismus in den Mittelpunkt von Aktionstagen zu stellen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sagen nicht, daß ausschließlich die Medien den Rassismus produzieren. Wir denken aber, daß es genügend Belege gibt, daß die Mehrzahl unter ihnen den Rassismus aufnimmt, zuspitzt, instrumentalisiert und ihm eine Richtung gibt. Ohne diese Medien und die Art ihrer Berichterstattung wäre die gegenwärtige Konjunktur des offenen und verdeckten Rassismus jedenfalls kaum denkbar.

1. Medien übernehmen eine entscheidende Rolle bei der Formulierung und Übermittlung rassistischer Stereotype. Medien vermitteln den Anschein, »Wirklichkeit« authentisch abzubilden. Dieser Anspruch der Medien verschleiert nur zu leicht, daß die mediale »Wirklichkeit« entsprechend gefiltert und konstruiert ist. Dabei beschränkt sich der mediale Diskurs nicht nur darauf, bestehende Rassismen aufzunehmen und zu verbreiten, sondern er produziert zugleich aktiv rassistische Schlagworte und Argumentationsfiguren.
2. Bürgerliche Medien pflegen einen Verlautbarungsjournalismus, der sich hauptsächlich auf Statements von »offizieller« Seite, wie zum Beispiel Äußerungen von PolitikerInnen oder Polizeiberichte, bezieht. Dabei werden rassistische Äußerungen und Stereotype entweder ungeprüft übernommen oder zustimmend kommentiert, jedenfalls aber kaum jemals kritisch hinterfragt: Der Begriff »massenhafter Asylmißbrauch« wurde so zur medialen »Wirklichkeit«.
3. Über anitifaschistische und antirassistische Aktionen berichten die allermeisten Medien entweder verfälschend (siehe die Demo in Berlin), oder sie verschweigen sie ganz. In ihren Berichten setzen sie über das Schlagwort der »Gewalt« von rinks und lechts Angriffe von Neo-Nazis mit der notwendigen Verteidigung dagegen gleich oder »verwechseln« beides ganz bewußt. Inhaltliche Positionen der AntirassistInnen und AntifaschistInnen werden jedenfalls konsequent totgeschwiegen.
4. Vor allem die audiovisuellen Medien schaffen gegenwärtig militanten FaschistInnen und RassistInnen eine Plattform zur Darstellung ihrer Ideologien, die so als zumindest diskussionsfähig erscheinen
5. Die Ereignisfixierung kapitalistischer Medien lenkt die Aufmerksamkeit auf die spektakuläreren Aktionen jugendkultureller Gruppen, beschreibt Rassismus allenfalls als Problem sozial deklassierter Randgruppen und trägt dadurch zur Entlastung der Täter ebenso bei wie zur fortgesetzten Ausklammerung von strukturellem und institutionellem Rassismus.

Rassismus in den Medien – Einige Aktionsvorschläge:

Die konkreten Aktionsformen hangen von den sich beteiligenden Gruppen und Initiativen ab. Während es für die einen bereits ein wichtiger Schritt ist, kritische Leserbriefe über den hierzulande üblichen Verlautbarungsjournalismus zu schreiben, Flugblätter darüber zu verteilen und Infoständе vor entsprechenden Verlags- Sende-, und Redaktionsräumen zu machen, können und wollen andere dabei nicht stehen bleiben. Sie möchten bei entsprechendem Anlaß (z.B. bei Springer) versuchen, die Produktion zu stoppen, eine Redaktion besetzen, einen Piratensender in Betrieb nehmen, Störsender plazieren, Zeitungsimitationen (BLIND oder »Wildwestpresse«) verbreiten oder bestimmte rassistische Medienprodukte beschlagnahmen, um damit den MedienmacherInnen klarzumachen, daß Pressefreiheit nicht Freiheit für rassistische Medienhetze heißt. Andere wiederum möchten nur bei einem Kioskbesitzer vorbeischauen und ihm sagen,

daß sie es ganz schön beschissen finden, daß er die »Nationalzeitung« verkauft.

Für viele steht am Anfang ihrer Aktionen eine Analyse der jeweiligen lokalen bzw. regionalen Berichterstattung in den Print-, Rundfunk- und TV-Medien. Sie fragen, welche Meinungen über Flüchtlinge dort wie zu Wort kommen, oder sie konzentrieren sich darauf, mal nachzusehen, wie die Polizeiberichte in Ihrer Lokalzeitung formuliert sind. Ob da immer noch der Rechtsstatus eines Menschen (z.B. »Asylbewerber«) oder seine Nationalität (z.B. »Rumäne«) im Zusammenhang mit Kriminalität hervorgehoben wird. Das Ganze dokumentieren sie auf einer Wandzeitung oder in einer Broschüre, oder sie organisieren eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen ihrer Initiative, die den Damen und Herren RedakteurInnen mächtig einheizen.

Eine weitere Aktion könnte z.B. darin bestehen, bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten anzurufen, wenn diese das Wort „massenhafter Asylmißbrauch" nicht mehr in Anführungsstrichen setzen, sondern als Tatsache in den Nachrichten verwenden bzw. darstellen oder wenn Neo-Nazis eine Plattform geboten wird, CSU-Stoiber von einer »durchrassten« Gesellschaft redet. Über die Gewerkschaft IG Medien kann versucht werden, kurze Arbeitsniederlegungen zu organisieren. So lassen sich auch kritische Menschen in den Medien einbeziehen.
Dies sind nur wenige mögliche Beispiele. Vermutlich entstehen in den Gruppen und Initiativen jeweils eigene Vorstellungen von dem was zu tun oder zu lassen ist. Wir wollen nicht von vorneherein irgendwelche Aktionsformen vorgeben, sondern hoffen, daß möglichst viele Menschen eigene Ideen entwickeln und durchführen werden. Nur so wird es uns gelingen, unsere Inhalte erfolgreich in Aktionen umzusetzen.

Organisatorisches:

Wir denken, daß in allen Bundesländern spätestens Ende Februar regionale bzw. landesweite Koordinierungstreffen einen Sinn machen könnten. Dabei sollte es nicht um inhaltliche Resolutionen oder Beschlüsse, sondern hauptsächlich um organisatorische Fragen und Aktionsanregungen gehen. Diese Treffen sollen lokalen Initiativen Mut machen und Beispiele geben. Für eine eventuelle bundesweite Koordinierung erscheinen uns die BUKO-AG Rassismus, das Netzwerk Friedenskooperative und das Komitee für Grundrechte und Demokratie infragezukommen. Es müßte zudem ausgetestet werden, welche überregionalen Medien (taz, Freitag, etc.) bereit sind, derlei Aktionen zu begleiten. Insbesondere die übriggebliebenen Stadtzeitungen sind aufgerufen in ihren jeweiligen Bundesländern initiativ zu werden.

Landesweites Koordinierungstreffen für Baden-Württemberg ist am Samstag, 6. Februar 1993 in Stuttgart im Haus Mitte, Hohe Str. 9 um 14. Uhr.

Kontakt über:
Antifaschistisches Netzwerk S-LB-HN
c/o AZ Marbach im Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N., T.: 07144/16879, Fax: 07144/39195
E-Mail: K.SCHOENBERGER@GAIA.ZER oder K.SCHOENBERGER@LINK-S.ZER

Wesentliche inhaltliche Anregungen bieten die Publikationen des Dusiburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Insbesondere das jüngste Werk: DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. Dusiburg 1992 (DISS-Skripten 5). Beziehbar für DM 16.– + Porto über DISS, Realschulstr. 51, DW-4100 Duisburg 1, T.: 0203-20249; Dort auch eine ausführliche Bibliographie mit weiteren sehr nützlichen Publikationen des DISS.

Kein dialog mit rassisten !!

LUMMER - EIN NADELSTREIFENRASSIST WIRD BABYLONFÄHIG!!!

nachdem das kino "babylon" vor wenigen wochen durch die aufführung des films "stau" in die diskussion einer antifaschistischen öffentlichkeit geriet, soll nun der cdu-rassist heinrich lummer am 24.01.93 die gelegenheit bekommen, als einziger brd-politiker seine rassistischen parolen einem ach-so-kritischen publikum vorzutragen.
erst am letzten wochenende ließ der rassist sich von der polizei in jena durch eine blokade von antifaschistInnen prügeln, um vor den "deutschen burschenschaften" seinen hass auf alle aktionen gegen rassismus (sogar die harmlosen lichterketten) kundzutun.
in seinem jüngsten buch hat lummer die theoretischen vorgaben für den rassistischen terror des deutschen mob geliefert.
aber, wir kennen lummer schon länger.
in den 60er jahren finanzierte lummer die in westberlin durch allitertes recht verbotene faschistische npd. immer wieder tauchte er in den grauzonen auf, in denen faschistInnen und cdu -politikerInnen kooperierten.
als beispiel sei das "brüsewitz-zentrum" genannt; eine schaltstelle von cdu-rechten und npd/nahen kreisen zur deutschnationalen unterminierung der damaligen ddr; lummer war führend mittendrin. der namensgeber, der ddr-pfarrer brüsewitz, wurde dafür von den rechtsextremistInnen mißbraucht.
in seiner funktion als innensenator war lummer verantwortlich für brutale polizeieinsätze und häuserräumungen, bei denen u.a. der demonstrant klaus jürgen rattay ermordet wurde.
was hat ein solcher rassist bei einer debatte über die träume der ddr-opposition im herbst `89 ausgerechnet unter dem zynischen motto " keine gewalt" zu suchen?
sehen die veranstalterInnen es als einen erfolg ihrer oppositionsarbeit, daß ein lummer jetzt nicht nur in westberlin sondern auch in der ehemaligen hauptstadt der ddr seine rassistischen parolen verbreiten kann?
wir fordern die veranstalterInnen, diskussionsteilnehmerInnen und das kino "babylon" auf, lummer sofort auszuladen.
andernfalls müssen antifaschistInnen dafür sorgen, daß nicht auch noch in sogenannten liberalen kreisen rassisten und schreibtischtäter dialogfähig werden.

einige KommunistInnen

Babylon-Runde

Mitte. Der Laienspielfilm „Keine Gewalt" über den Herbst 1989 wird am 24. Januar um 20.00 Uhr im Babylon aufgeführt. Anschließend diskutieren Regine Hildebrandt (SPD), Bärbel Bohley (Mitbegründerin Neues Forum), Kathrin [illegible]ser (PDS) und Heinrich Lummer ([illegible]U) sowie die Macher und Darsteller des Filmes „Die Träume von damals – die Träume von heute".

DIE BRANDSTIFTERINNEN SITZEN IN BONN

AUF NACH BONN

BLOCKIEREN WIR GEMEINSAM DEN BUNDESTAG

Ausgehend von der Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten, mit den "Verdammten dieser Erde"...
Ausgehend von der fundamentalen Ablehnung dieser alten "Neuen Weltordnung"...
Ausgehend von der Würde des Menschen und dem Streben nach einer Gesellschaft der Freien und Gleichen...

RUFEN WIR ALLE AUF,

- die dem faschistischen Terror Einhalt gebieten wollen
- die wissen, die Gewalt richtet sich gegen alle, die hier frei, gleich und selbstbestimmt leben wollen
- die gegen eine zunehmende Kriminalisierung von AntifaschistInnen sind
- denen einfache Lippenbekenntnisse gegen rassistische Gewalt nicht ausreichen
- die gegen eine Selektion von Flüchtlingen nach kapitalistischen Verwertungsinteressen sind
- die deutlich machen wollen, die AnstifterInnen sitzen in Bonn
- die das Menschenrecht auf Asyl verteidigen wollen
- die den zunehmenden Rassismus im Alltag unerträglich finden
- die gegen eine imperialistische Großmacht Deutschland sind

KOMMT NACH BONN

Kaum ein Tag vergeht ohne faschistische Angriffe auf Flüchtlinge, AusländerInnen, ImmigrantInnen, Obdachlose, Behinderte, Lesben, Schwule...irgendwo in der BRD. Teile der Bevölkerung und fast das gesamte Parteienspektrum heuchelt Betroffenheit. Gleichzeitig wird die rassistische Praxis der Faschisten toleriert und verharmlost. Inhaltlich gibt es an vielen Punkten Übereinstimmung: Faschistische Forderungen wie "Scheinasylanten raus" und "Sammellager für Flüchtlinge" finden im Handeln der CDU/CSU/SPD/FDP ihre Umsetzung; es wird der saubere parlamentarische Weg beschritten.

Der Parteienkompromiß ist da: CDU/CSU/SPD/FDP wollen per Gesetzesänderung das Menschenrecht auf Asyl so weit aushöhlen, daß es faktisch nicht mehr existiert. Das reiht sich ein in eine kontinuierliche Verschärfung und Aushöhlung des Asylrechts seit 1978 und der ständigen Verschärfung des AusländerInnengesetzes seit 1974. Alle Flüchtlinge, die über den Landweg in die BRD kommen, und das sind über 90%, sollen künftig an den BRD-Grenzen in ihre zuvoe durchquerten Transitländer abgewiesen werden. Die Nachbarstaaten werden also als Schutzwall und Auffangzone gegen Flüchtlinge in den Dienst der BRD gestellt. Was dort mit ihnen geschieht, regelt sich über die Gesetze der entsprechenden Länder. Dabei wird in Kauf genommen, daß in vielen dieser Länder praktisch kein Schutz für Flüchtlinge gewährt wird. Für die Flüchtlinge, die es dennoch bis in die BRD schaffen, wird das Asylverfahren zusätzlich noch verschärft. Frauen, die vor sexistischer Unterdrückung fliehen, wird nach wie vor Asyl verwehrt.

Was wir jetzt erleben, ist ein Rechtsruck in der Gesellschaft und im gesamten Parteienspektrum. Was die SPD jetzt fordert, waren vor Jahren die Positionen der Faschisten. In der CDU machen sich noch stärker faschistoide Positionen breit. Wortschöpfungen wie "Scheinasylanten" oder "kulturelle Überfremdung" sind im allgemeinen Gebrauch. Mit der Verkündung eines angeblichen "Ausländerproblems" und dem Vorantreiben der Asyldebatte wurde der Nährboden für rassistische Angriffe geschaffen.

Die gleichzeitige Distanzierung von dieser gewalttätigen Praxis beruht folgerichtig nicht auf tiefem menschlichen Entsetzen und der scharfen Verurteilung dieser Menschenverachtung, sondern ist getragen von der Angst, die BRD könnte an Ansehen verlieren. Im Ausland ist noch nicht vergessen worden, daß von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind. das wissen auch die PolitikerInnen der herrschenden Parteien.
Wir alle wissen oder haben es selbst erlebt, wie dieser Staat mit seinen politischen GegnerInnen umgeht. Gemessen daran sind die Repressionen gegen faschistische Organisationen und Einzelpersonen halbherzig. Sie folgen einzig dem politischen Druck von außen und ökonomischen Zwängen; Distanzierungen anderer Staaten von der BRD gefährden Investitionen und Exportprofite. Nicht um die Menschen geht es, sondern um den Profit.

GEGEN DEN STAATLICHEN RASSISMUS! GEGEN DEN FASCHISTISCHEN TERROR!

Eine antirassistische Bewegung sollte nicht beim Kampf gegen Faschisten stehenbleiben! Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir gleichzeitig Herrschaftsverhältnissen den Kampf ansagen, die Rassismus, Faschismus und Sexismus möglich machen.
Argumente, die als antirassistisch deklariert werden, wie "Wir brauchen die AusländerInnen, weil sie Jobs machen, die kein

Deutscher machen will" bereiten Rassismus den Weg.AusländerInnen werden in eine Rolle gedrängt,in der sie für die Interessen der "Deutschen" funktionalisiert werden.Sie werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert.Ausländische Straßenfeger werden als Garantie für die "deutsche Sauberkeit" gefeiert.Polen z.B. sind als billige Bauarbeiter gern gesehen.Auch in den Konzeptionen einer multikulturellen Gesellschaft werden AusländerInnen funktionalisiert.Menschen anderer Nationalität werden über ihre Kultur definiert und mit dieser "dürfen" sie die "Deutschen" z.B. in Form von "guter ausländischer Küche" bereichern.

FÜR DIE SOZIALE UND RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG VON IN- UND AUSLÄNDERINNEN!

GRENZEN AUF! - BLEIBERECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!

Eine Politik der Abschottung und/oder "kontrollierten Einwanderung" ändert an den Gründen,die Menschen dazu bringen,ihr Land und ihr Zuhause zu verlassen,nichts.Nicht die Flüchtlinge sind zu beseitigen,sondern die Ursachen,die weltweit über 40 Millionen Menschen zur Flucht zwingen.
Wir lehnen es ab,Flüchtlinge nach den Verwertungsbedingungen des kapitals,also nach Wirtschaftsinteressen zu selektieren.Wir lehnen Kriterien und Kontingente für die Aufname von Flüchtlingen in Form von Einwanderungsgesetzen oder ähnlichem ab.
Wir fordern ein Existenzrecht für alle Flüchtlinge in der BRD,weil sie dem Weg des gestohlenen Reichtums folgen.
Eine Unterscheidung in Flüchtlinge,die sich politisch gegen die Situation in ihren Heimatländern zur Wehr gesetzt haben und deswegen dort verfolgt werden und in Flüchtlinge,denen durch die dortige Situation nichts anderes übrig blieb als die Flucht,darf es nicht gebenn.

GROSSMACHT DEUTSCHLAND - RASSISMUS UND MILITARISMUS GEHÖREN ZUSAMMEN!

KEINE "OUT OF AREA " EINSÄTZE DER BUNDESWEHR!

Die Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht ist unterschiedlichen Bedingungen unterworfen:
- der zunehmenden ökonomischen und in der Folge militärischen Konkurrenz der Großmächte untereinander
- dem Zwang,ständig neue Absatzmärkte zu erobern und wenn notwendig gewaltsam zu sichern
- der durch den Zerfall des Ostblocks "einmaligen" Chance,"neue Lebensräume im Osten" zu erobern.

Diese Politik kann nur mit einem Mindestmaß an Zustimmung der deutschen Bevölkerung durchgesetzt werden.Zu diesem Konsens gehört Rassismus ebenso wie die Verdrängung und Umbewertung der eigenen faschistischen Vergangenheit;genauso wie zunehmende staatliche Repression und Demokratieabbau.

DIE ANSTIFTERINNEN SITZEN IN BONN!

Wir wollen in Bonn die herrschenden Parteien das Menschenrecht auf Asyl nicht ungestört abschaffen lassen.Die,die in Berlin von der Würde des Menschen geheuchelt haben,machen sich nun daran,die Würde des Menschen ein weiteres Mal anzugreifen.

NICHT MIT UNS!

Mit den herrschenden Parteien zusammen und Sprüchen wie "Keine Gewalt" gegn Rassismus zu demonstrieren,hilft den Schreibtischtätern ihr humanistisches Deckmäntelchen zu bewahren.Ausgeblendet werden die Zusammenhänge zwischen braunem Terror und bürgerlicher Politik.Ausgeblendet wird die Gewalt,die vom Staat ausgeht,werden die Waffenlieferungen an die Türkei,Abschiebung,Isolationsfolter in den Knästen,Gewalt gegen jede fortschrittliche fundamentale Opposition.Ausgeblendet wird,daß die menschenverachtende Politik dieses Systems letztendlich auf Gewalt basiert.

Deshalb werden wir die 1.Lesung des neuen Asylgesetzes zum Anlass nehmen,den Bundestag in Bonn zu blockieren.Auch wenn wir wissen,daß wir die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern können,wollen wir genau dort hingehen,wo die Verantwortlichen sitzen.

AUF NACH BONN!!!

Wir fordern:

* **GRENZEN AUF FÜR ALLE**
* **AUSWEITUNG STATT ABBAU DES ARTIKEL 16 GG**
* **KEINE "OUT OF AREA" EINSÄTZE DER BUNDESWEHR**
* **KEINE ABSCHIEBUNG VON ROMA UND SINTI**
* **FÜR EIN EIGENSTÄNDIGES BLEIBERECHT FÜR FRAUEN UND DIE ANERKENNUNG DES SEXISMUS ALS FLUCHTURSACHE!**

Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien: HEXENJAGD IN ZAGREB

Kroatische Feministinnen protestieren gegen Abdruck von Abschußliste für kritische Frauen in Zagreber Boulevardblatt

Nicht zum ersten Mal werden angesehene krotische Frauenrechtlerinnen für ihre Ansichten angegriffen. Und wohl auch nicht zum letzten Mal. Einmalig aber ist die Veröffentlichung einer "Abschußliste" in der Zagreber Wochenzeitung "Globus".

Seit Gründung von "Globus" vor knapp zwei Jahren hatte sich das fianziell unabhängige Blatt durch die Veröffentlichung von Aufrufen zum Mord einen zweifelhaften Namen gemacht. Aber so weit war die unter Verkaufsdruck stehende Redaktion in Zagreb noch nie gegangen. Neben den Namen zahlreicher namhafter Frauen aus dem feministischen Spektrum, wie der auch hierzulande bekannten Schriftstellerin Slavenka Drakulic oder der Journalistin Vesna Kesic, druckte das Boulevardblatt auf Seite eins diesmal regelrechte Steckbriefe.

Angaben zum Geburtsort, zu Nationalität, ehelichem Status, Anzahl der Kinder und Ehemänner und Besitz sollen wohl Auftakt zu einer ganz besonderen Hexenjagd sein. "Über die Form dieser Barbarei sind wir weniger schockiert", komentiert die "Frauenlobby Zagreb" den Vorgang, "aber umso mehr über die zum größten Teil falschen Fakten."

So waren zum Beispiel die genannte Dubravka Ugrasic und Jelena Lovric nie Mitglieder einer feministischen Organisation oder Gruppe. Zudem hatte sich die kroatische Frauenbewegung gerade in Anbetracht des internationalen Schocks über die systematischen Vergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina zumindest bessere Arbeitsbeedingungnen erhofft. Slavenka Drakulic und Vesna Kesic gehörten zu den ersten Kroatinnen, die über die Vergewaltigungen berichteten. Beiden unterstützen aktiv Projekten, die den Überlebenden helfen wollen.

Hinter dem Angriff wird in Zagreb System vermutet. Den attaktierten Frauen wirft ein "Globus-Recherche-Team" vor, sie hätten immer wieder betont, daß nicht in erster Linie Kroatinnen oder muslimische Bosnierinnen, sondern Frauen Ziel der Vergewaltigungen seien.

Tatsächlich verstecken die Mitglieder der "Frauenlobby" diese Meinung nicht: "Könne wir nicht einfach die Tatsache akzeptieren", fragt die feministische Gruppe, "daß auch Frauen anderer Nationalität vergewaltigt werden, daß auch Soldaten der kroatischen Armee an solchen Aktionen beteiligt sind?"

Dabei wissen die Zagreberinnen sehr wohl, daß nicht ihr Land den Krieg begonnen hat. "Weder wir noch irgendwer sonst in der kroatischen Öffentlichkeit hat jemals behauptet, die verschiedenen Part eien in diesem Krieg seien gleich", so die Frauenlobby in ihrer Stellungnahme. Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen zu den Vergewaltigungen im derzeitigen Haupt-Kriegsgebiet, der Republik Bosnien-Herzegowina, zeigten deutlich, daß der massenhafte sexuelle Mißbrauch von Frauen eine Strategie der serbisch-montenegrinischen Armee sein.

Auf deren Seite käme es auch regelmäßig zu systematischen Vergewaltigungen. "Trotzdem ist es eine Frage des persöhnlichen und auch nationalen Ehrgefühls einzugestehen, daß auch 'unsere Jungs' daran beteiligt sind. Das muß gesagt werden, um diesem ungerechten Krieg gerecht zu werden."

Hinzu kommt für die Frauenlobby Zagreb, daß in der Geschichte bisher noch kein einziger Krieg durch Frauen begonnen wurde, genau diese Gruppe aber immer in allen bakannten Fällen am meisten leiden mußte. Die Frauen protestieren dagegen, aufgrund ihrer Eins tellungen von "Globus" als "kommunistische Profiteure" bezeichnet zu werden. "Auf die Anschuldigung dieser kranken Gehirne, wir selbst wären an der Erniedrigung und Vergewaltigungen anderer Frauen beteiligt gewesen, wollen wir nicht weiter eingehen", so die Frauenlobby weiter. "Aber wir stellen uns die Frage, wer an diesem Thema in dieser Form profitieren will, und warum."

Bei der Redaktion des Boulevardbattes zu protestieren, halten die Mitarbeiterinnen der Frauenlobby für sinnlos. "Aber wir wollen, daß der Rest Kroatiens und der Welt weiß, das hier ein übles Spiel aus Lügen, Provokationen und bewußter Täuschung gespielt wird. "Gerade im Ausland müßte bekannter werden, welche kroatischen Nachrichtenquellen verläßlich sind, und welche nicht.

Frauenlobby, Zagreb *R. Rossig*

Islamismus und Frauenfrage

Veranstaltungshinweis

Nicht zuletzt Betty Mahmoodys Bestseller hat zahllose Frauen und Männer hierzulande in ihren Vorurteilen und Klischeevorstellungen über die angebliche Frauenfeindlichkeit 'des Islam' bestätigt und entsprechende Feindbildkonstruktionen munitioniert.
Derartige 'orientalistische' Konstruktionen der islamischen Gesellschaften bzw. der Stellung der Frau im Nahen und Mittleren Osten zum Zwecke der Legitimierung kolonialistischer oder neokolonialistischer Einflußnahme haben eine lange Tradition.
Ausgewiesene Imperialisten wie der britische Generalkonsul in Ägypten, Lord Cromer bspw., der in England für seine antifeministische Haltung bekannt war, forderten, die "islamische Degradierung der Frauen zu beenden" und den Schleier abzuschaffen, denn diese stünden "dem Fortschritt" und der "Zivilisierung der muslimischen Gesellschaften" im Wege.
Den Gegenpol zu dieser kulturimperialistischen Sichtweise stellt ein absoluter Kulturrelativismus dar, der mit dem Verweis auf eine 'andere Kultur' Menschenrechtsverletzungen und patriarchalische Unterdrückung bagatellisiert und ihnen gleichgültig gegenübersteht. Eine Beschäftigung mit der Frauenfrage in den islamischen Gesellschaften aus europäischer Sicht stellt somit eine ratwanderung dar zwischen den Positionen des Universalismus und Kulturrelativismus.
Die Ausführungen von Dr. Renate Kreile konzentrieren sich auf die Frauenfrage in der islamistischen Bewegung, die - wie zuletzt in Algerien deutlich wurde - in den Augen der verarmten Bevölkerungsschichten eine politische Alternative und Hoffnungsträgerin darstellt. Dabei geht sie insbesondere der Frage nach, aus welchen Motiven heraus gerade auch sehr viele Frauen sich aktiv an einer Bewegung beteiligen, die eine rigide Geschlechtertrennung propagiert, Frauen aus dem öffentlichen Leben ausschließen und an den Herd zurückschicken will.
Die Referentin möchte zeigen, daß nicht 'der Islam' für die Geschlechterpolitik der Islamisten und die Anziehungskraft der islamistischen Bewegung auch für viele Frauen verantwortlich ist, sondern daß die Hintergründe wesentlich in soziostrukturellen Wandlungsprozessen zu suchen sind.
Der Islam stellt, wie dies in anderen Religionen auch der Fall ist, eine sprachlich-religiöse Artikulationsform dar, die zur Legitimierung höchst unterschiedlicher ökonomischer, politischer sozialer und psychologischer Sachverhalte und Interessen benutzt werden kann. Dies gilt auch im Hinblick auf die 'Frauenfrage'.

Autonomes Zentrum Marbach – 'Jour infixe'
Fr., 29. Januar 1993, 20 Uhr
Dr. Renate Kreile (Tübingen)

Literaturhinweis:
Kreile, Renate: Islamistische Fundamentalistinnen + Macht durch Unterwerfung? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. 15 (1992) 32, S. 19-28. Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V. Köln.
V.i.S.d.P.: K. Schönberger, AZ Marbach, c/o Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N.

Frauen-Antifa-Café
21.1. Café
28.1. Film und Diskussion über Frauen im Widerstand gegen den NS-Faschismus
4.2. Café
11.2. Fantifa-Plenum (Fortsetzung vom 14.1.)
18.2. Café
25.2. Veranstaltung: Frauen und Rechtsradikalismus
im X-B-Liebig, Liebigstr. 34
U-Bhf. Rathaus Friedrichshain
jeweils um 21.00 Uhr

FRAUENVOLKSSPORT

PRESSE-ERKLÄRUNG

U N S H A T E S S C H O N L A N G E G E S T U N K E N,

J E T Z T S T I N K T E S E U C H !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Nach diesem Motto haben wir,einige Frauen,am Samstagmorgen,den 16.1.93 im Schreibwaren und Zeitschriftenladen im Nonnenhaus Tübingen,unsere Duftnote an die Pornos gesetzt.
Mit dieser Aktion wehren wir uns gegen Pornographie,die uns Frauen auf unseren Körper reduziert und uns als Ware gewinnträchtig an den Mann bringen will.
W I R H A B E N D I E S C H N A U Z E V O L L D A V O N ,daß uns bei jedem Schritt und Tritt die Ideologie einer überalteten, patriarchalen Gesellschaft entgegenspringt und beleidigt.
W I R D U L D E N E S N I C H T,daß Kinder für die sexuellen "Spielchen" von Männern herhalten müssen.
Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz von Kindern werden umgangen.
So war in diesem Laden ein,als "Natur-und Nacktfreunde e.V.getarnter, Kinderporno mit dem Titel "Hurra wir machen FKK" zu erhalten, mit Nacktfotos von Kleinkindern bis hin zu Jugendlichen.
P O R N O G R A P H I E I S T D I E T H E O R I E Z U R

V E R G E W A L T I G U N G , Z U M M I ß B R A U C H V O N

F R A U E N , L E S B E N U N D K I N D E R N und hat nichts mit Libralität zu tun!
P O R N O G R A P H I E S T I N K T Z U M H I M M E L , und daß sie das nicht nur bildlich tut,

D A F Ü R S O R G E N W I R !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Hallo Leute!
Wir, das USA/Canada-Archiv im Papiertiger, vermissen 5 Videocassetten, die aus dem Laden entwendet worden sind. Falls ihr euch die Tapes ausgeliehen habt oder sie bei FreundINNen gesehen habt, bringt sie bitte zurück bzw. sorgt dafür, daß sie wieder zurückkommen. Wir brauchen die Videos dringend, um mit ihnen arbeiten zu können. Wir wollen sie vom Englischen ins Deutsche übersetzen, um sie somit einer größeren Anzahl von Leuten zugänglich zu machen.

Folgende Tapes werden vermißt:
1. Zusammenschnitt von den L.A. Riots 1992
2. Mumia Abu Jamal -ein schwarzer politischer Gefangener in der Todeszelle.
3. Resistance Conspiracy Case Defendants,6 weiße anti-imperialistische Gefangene aus Washington D.C. 1989;und andere Filmzusammenschnitte.
4. Videocassette Nr.2 Mumia Abu Jamal auf US- amerikanischem System
5. Videocassette Nr.3 Resistance Conspiracy Case Defendants auf US-amerikanischem System

O.K. Leute, wär echt super, wenn die Tapes bald wieder auftauchen würden.



address/Adresse:

USA/CANADA-ARCHIV

papiertiger
Cuvrystraße 25
1 Berlin-Kreuzberg 36

Und wieder geht's uns alle an!! 4.1.93

In der Sylvesternacht 92/93 ist gegen 22.30 Uhr ein schwarzer Mann von Faschisten (Hools) [2Männer,1er Frau] angegriffen worden (Rigaer- Ecke Samariterstr).
Dem Attackierten wurden Knaller vor die Füße geworfen, er wurde beleidigt und geschlagen. Als er daraufhin seine Mitbewohner und Mitbewohnerinnen alarmierte, liefen diese auf die Straße. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf einem schwarzen Freund, welcher zuerst zu Hilfe eilte, der Kopf mehrfach auf den Boden geschlagen wurde.

Aufgrund dessen lag er 2 Tage mit schwerer Gehirnerschütterung und unter Schock bewußtlos im Krankenhaus.
Inzwischen ist er wieder bei Bewußtsein und ansprechbar.

Am 3.1.93 wurde ein Mocambiquaner von Skinheads in Hellersdorf angegriffen, und Mit Baseballschlägern krankenhausreif geschlagen.

1993: Noch mehr Verletzte, noch mehr Tote durch rassistische Übergriffe?!

* Weg mit der FAP-Bundesgeschäftsstelle! *
Gegen faschistische Gewalt in Krupunder und anderswo!

Seit der Annexion der DDR bereitet sich der rechtsextremistische Terror im neuen Großdeutschland immer ungehemmter aus. Er forderte allein 1992 über zwanzig Todesopfer. Dieser Terror ist nicht, wie uns die Herrschenden weißmachen wollen, das Werk fehlgeleiteter Jugendlicher, sondern oft von langer Hand von Faschisten geplant.

Eine solche Schaltzentrale des faschistischen Terrors ist in Halstenbek/Krupunder.
Hier betreibt Glenn Goertz als Bundesgeschäftsführer die Bundesgeschäftsstelle der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei). Die FAP ist eine militante faschistische Partei, die der verstorbene "Nazi-Führer" Michael Kühnen als "legalen Arm der verbotenen NSDAP" bezeichnete. Die FAP, die in der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) organisiert ist, ist eine der stärksten Kräfte im faschistischen Lager der BRD.

Auch in Halstenbek taten sich FAP-Mitglieder und Mitläufer im Laufe des letzten Jahres durch Gewalttaten und rassistische Aktionen hervor. Im Frühjahr schmissen zwei Anhänger der FAP in einem Halstenbeker Flüchtlingsheim mit Steinen die Scheiben ein.
Am 29.04.'92 wurde ein afikanischer Flüchtling 50m entfernt von einer Kneipe, wo eine Parteiversamlung der FAP stattfand, von einem FAP-Mitglied angegriffen und krankenhausreif geschlagen.

In den Sommermonaten wurden am Krupunder Bahnhof mehrmals AntifaschistInnen und AusländerInnen angegriffen und geschlagen.
Am 01.09.'92 tauchten in ganz Halstenbek Aufkleber mit folgendem Text auf: "Achtung! Die Gemeindeverwaltung weißt darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister."
Kurz nach dem Auftauchen dieser gefälschten Aufkleber fand das Schützenfest statt, auf dem die Faschos bereits in den Vorjahren Schlägereien angezettelt hatten. Bei einer Polizeirazzia am 30.09.'92 auf dem Bahnhofsplatz unter ca. 40 FAP-Mitgliedern und Mitläufern wurden dann auch zahlreiche Waffen sichergestellt.
Für uns alle ist klar, daß ein konkreter Zusammenhang zwischen faschistischer Koordination wie in Halstenbek/Krupunder und den rassistischen Morden wie in Mölln besteht. Wir halten es für notwendig, auf solche Kristallisationspunkte der Faschisten aufmerksam zu machen und gegen sie vorzugehen.

60 Jahre nach der Machtergreifung der NSDAP ist es unerträglich, daß eine Partei wie die FAP, die in der Tradition des NS-Faschismus steht, in Krupunder ihre Zentrale hat.
Die FAP tritt offen für die Errichtung des 4. Reiches ein und wirbt in ihren internen Schriften mit Fotos der Hitlerjugend.
Lehren aus der Vergangenheit ziehen, heißt heute, gemeinsam mit allen antifaschistischen Menschen und Organisationen gegen die neuen Faschisten vorzugehen. Wir begrüßen die bisherigen Initiativen Halstenbeker BürgerInnen gegen die Nazi-Zentrale. Wie zum Beispiel die seit dem 16.12.'92 wöchentlich stattfindenden Mahnwachen am Krupunder Bahnhof vor der Bundesgeschäftsstelle der FAP.

Aus der Vergangenheit lernen, heißt aber auch zu erkenen, daß die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten 1933 kein Putsch, kein Gewaltakt war, sondern eine legale Machtübergabe der bürgerlichen Parteien an die Faschisten im Rahmen der damaligen Verfassung.
Das bedeutet für uns heute für eine konsequente Ausgrenzung von nazistischen Parteien einzutreten. Es kann nicht sein, daß mit Faschisten ein politischer Dialog geführt wird.
Wir verurteilen entschieden die auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 01.12.'92 ausgesprochene Einladung vom Halstenbeker Bürgermeister Egge (SPD) an die FAP zu einem gemeinsamen Gespräch ins Rathaus.
Es gibt viele Vorstellungen, wie mensch gegen die Faschisten vorgehen kann. Viele halten ein Verbot neanazistischer Organisationen für sinnvoll und appellieren an den Staat, dieses durchzusetzen. Wir finden dieses problematisch. Zum einen wird dadurch ein Verhalten bestärkt, das eigene Kreativitääät und Phantasie nicht zuläßt und damit auch die Entwicklung von eigener Kraft und Stärke verhindert. Zum anderen ist zu erkennen, daß das staatliche Verbot in erster Linie das Ansehen der BRD im Ausland verbessern soll, und nicht der wirksamen Unterbindung neonazistischen Terrors dient. Verbotene Organisationen werden sofort wieder unter anderem namen neu gegründet. So ist die FAP eine quasi Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen ANS/NA, deren Mitglieder fast geschlossen in die FAP übertraten. Auch in Halstenbek gründete sich direkt im Anschluß an das Verbot noch 1983 eine Kameradschaft der FAP.
Im Gegensatz zum Vorgehen gegen linke Organisationen hat das staatliche Verbot keine weitergehende Kriminalisierung der Faschisten zur Folge, selbst dann nicht, wenn umfangreiche Waffenlager gefunden werden. Außerdem wurde das Verbot der NF (nationalistische Front) und der DA (Deutsche Alternative) zuvor in den Medien angekündigt und

damit den Faschisten ermöglicht, zahlreiches belastendes Material beiseite zu schaffen. Es wurde von AntifaschistInnen beobachtet, daß nach dem Verbot der NF Aktenmaterial aus der Bundesgeschäftsstelle der FAP herausgetragen wurde.

Diese Propagandashow der Herrschenden wollen wir nicht unterstützen. Uns liegt nichts an "unserem deutschen Vaterlande" (Kohl/Weizsäcker). Wir halten es für notwendig, den antifaschistischen Schutz in die eigenen Hände zu nehmen.
Außerdem finden wir es wichtig, faschistische und rassistische Inhalte zu benennen und zu bekämpfen. Die hetze gegen Flüchtlinge wird nicht nur durch Neonazis wie der FAP betrieben, vielmehr geht die rassistische Hetze gegen ImmigrantInnen weit in die Bereiche bürgerlicher Parteien (CDU, SPD) und Medien hinein. Den Herrschenden nutzt der Rassismus als Ventil und lenkt von der wirtschaftlichen Misere und dem massiven Abbau von Sozialleistungen ab. Der faschistische Mob wird von ihnen als Legitimation für die faktische Abschaffung des Asylrechts benutzt. Der Staat praktiziert eine rassistische Abschiebepolitik gegen jene, die aufgrund politischer Verfolgung, Krieg und Armut aus ihren Heimatländern zu uns fliehen. Daß ein solcher Staat kein ehrliches Interesse an der Zerschlagung und Auflösung aller faschistischen Organisationen hat, ist offensichtlich.

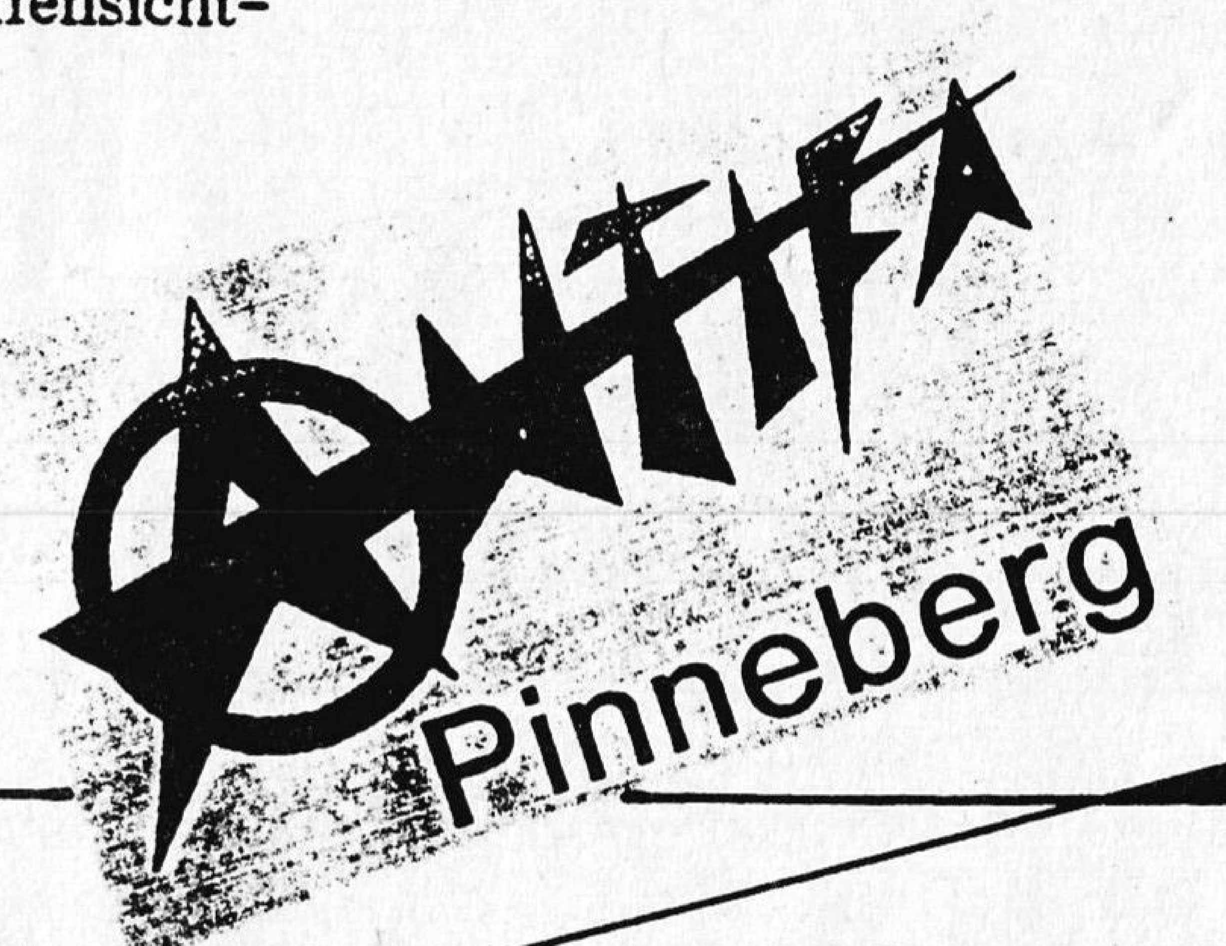
Wir wollen daß sich der öffentliche Druck auf die FAP weiterhin verstärkt. Die Bundesgeschäftsstelle muß weg. Wir wünschen uns eine breite geschlossene Demonstration in der viele antifaschistische Gruppierungen zu Wort kommen und in der es gelingt, unsere Inhalte zu vermitteln.
Wir wollen mit dieser Demonstration unseren Widerstand gegen die faschistische Präsenz in Halstenbek/Krupunder zeigen.

Wir fordern Euch auf, den Faschisten entschieden entgegenzutreten, dem rassistischen Mob darf weder in Halstenbek, noch anderswo die Straße gehören.

NIEMALS VERGESSEN WIR DIE OPFER DES NAZI-TERRORS!
NIEMALS VERGEBEN WIR DEN MÖRDERN!
ORGANISIERT DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE!

DEMONSTRATION am 06.02.`93 um 11.00h.
Treffpunkt: Eidelstedter Marktplatz in Hamburg 54.

Es rufen unter anderem die Antifa-Pinneberg und die Antifaschistische Aktion auf.



STINKEND BRAUNE DRAHTZIEHER WOLLEN SICH TREFFEN!

SCHLÄGT ZURÜCK

Die faschistischen und rechtsextremen Drahtzieher wollen sich treffen! WIR ALLE MÜSSEN DIES VERHINDERN!!!!!
Laut "taz" wollen sich am 24.Januar 1993 (Sonntag) im Bezirk Spandau die Mitglieder der Deutschen Liga f. Volk und Heimat und der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (Organisatoren des alljährlichen Nazi-Aufmarsches in Halbe) gemeinsam treffen, in Zusammenarbeit mit dem Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V und wollen dort die Gründung des Bismarckreiches vor 122 Jahren feiern. Sehr merkwürdig im Zusammenhang erscheint diese Veranstaltung auch noch sehr knapp vor dem 30.Januar!
Eine Provokation an sich!
Außerdem besitzt die "taz" eine Einladung der BKP, auf welcher draufsteht wann und wo sich diese genau treffen wollen, jedoch hat sich die "taz" bisher geweigert dies weiterzugeben, da sie ihren Artikel wohl nur unter der Vorraussetzung, daß sie es nicht bekanntgeben, abdrucken durften. Bisher ist es uns also noch nicht gelungen herrauszufinden, wo und wann sich die Faschos in Spandau treffen, wir können also noch keinen Treffpunkt bekanntgeben um die Veranstaltung zu verhindern! Aber seid wachsam und informiert euch und horcht euch um denn bis zum Sonntag wird dies wohl noch klappen und dann werden wir auch ein Treffpunkt bekanntgeben: (im EX oder beim SOS -Info-Telefon/6147990)
Jetzt heißt es schnell reagieren: EIN-und ANgreifen!

SONNENALLEE 28

Was war los in der Sonnenalle ? Die Polizei sagt nix .

In der Sonnenalle 28 stehen seit Jahren (teilweise seit 4 Jahren) ca. 10 Wohnungen leer.
Am 13.1.93 wurden mehrere leerstehende Wohnungen von uns besetzt.
Die Aktion traf auf fast einhellige positive Resonanz, Passanten äußerten Solidarität und spendeten Geld für die Flugblätter und Essen. Vor dem Haus standen ca. 20 Symphatisanten und verteilten Flugblätter.

Das Haus wird verwaltet von der in die Schlagzeilen geratenen "Germania - Vermögensanlagen GmbH". Die Bundesbauministerin warb, wie bekannt, für diese dubiose GmbH. Damit warb sie für jahrelangen Leerstand in der Sonnenallee.

Um ca. 16.30 drang die Polizei ins Haus ein. Gleichzeitig winkten noch die BesetzerInnen aus den Wohnungen. Doch als die Polizei die Wohnungen Sekunden später "besetzten" war von den BesetzerInnen nichts mehr zu sehen. Die BesetzerInnen lösten sich einfach in Luft auf. Die Polizei stand und steht vor einem Rätsel: genau deshalb lassen sie verlauten, das nichts passiert ist. Das stimmt nicht.
Wir haben uns in Luft ausgelöst, doch wir tauchen wieder auf hier, gegenüber oder anderswo !!
Denn:
WIR WERDEN ES NICHT LÄNGER HINNEHMEN :

DASS MENSCHEN AUS IHREN WOHNUNGEN VERTRIEBEN WERDEN, DA SIE DIE MIETE NICHT MEHR ZAHLEN KÖNNEN.

DASS DURCH DIE ZUNEHMENDEN LUXUSMODERNISIERUNGEN, STÜCK FÜR STÜCK UNSER BEZIRK AN DIE REICHEN VERSCHACHERT WIRD UND WIR UND UNSERE AUSLÄNDISCHEN FREUNDINNEN & FREUNDE VERTRIEBEN WERDEN.

DASS MENSCHEN AUF DER STRAßE LEBEN MÜSSEN, WÄHREND MASSENHAFT WOHNUNGEN LEERSTEHEN.

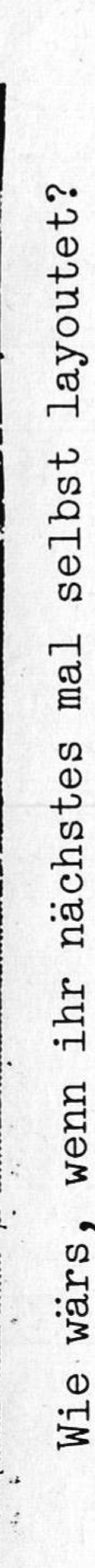
Wir fordern :
DEN LEERSTEHENDEN WOHNRAUM IN DER SONNENALLEE 26 SOFORT - NICHT ERST AUF BÜROKRATISCHEM WEG - DENEN DIE IHN DRINGEND BRAUCHEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN !!

WIR DULDEN KEINEN LEERSTAND !!

WIR BLEIBEN ALLE !!

HEPiMiZ KALIYORUZ !!

bis bald eure Pappnasen



WIE WEITER MIT DER INTERIM?
BESSER AUF DEM BODEN ALS ABGEHOBEN

"Linke Medien sind das Produkt eines Prozesses und gleichzeitig ihr Spiegel", schreibt ihr in eurer Weihnachtsausgabe. Ich würde eher sagen:... sollten das Produkt eines Prozesses sein ...". Denn es gibt und gab wohl kein linkes Medium, was diese Anforderung erfüllte, u.a. weil (glücklicherweise) immer die (subjektive) Meinung der MacherInnen in die Gestaltung des Mediums eingreift.
Somit sind wir schon bei einem Kernproblem der Interim: Sie erfüllt (ob sie will oder nicht) eine allerhöchstwichtige Dienstleistungsfunktion für die Linksradikalen hier in dieser Stadt (dem VS wird sie auch nicht ganz unwichtig sein, bloß können die manchmal noch nicht mal lesen...). Die Interim informiert und spiegelt einige der Kontroversen wider. Manchmal werden von ihr auch welche losgetreten.
Wie gelungen, wie umfassend und genau diese Widerspiegelung ist, läßt sich kaum beurteilen. Zumal - und damit komme ich zu der derzeit zentralen Misere der Berliner Autonomen - es keine öffentliche Debatte oder Vollversammlungen gibt, wo nicht nur im Vorfeld von Demo's kurze Infos der Vorbereitungsgruppe rübergeschoben werden, sondern wo informiert, analysiert, debattiert und gestritten wird.
Es gibt z.Zt. nur in Teilbereichen der Antifa, der antirassistischen Gruppen und der Frauenscene einen regelmäßigen Austausch, und das auch nur, wie mensch zu Ohren kommt, mehr schlecht als recht.
Angesichts dieser seit Jahren anhaltenden Misere (Ausgangs- und Höhepunkt zugleich war wohl die berühmte 'Schweige-VV' am Vorabend des IWF 1988) ist doch die Interim gerade kein Spiegelbild, sondern hebt sich wohltuend davon ab, allerdings kaschiert sie zugleich diesen Mangel fehlender Öffentlichkeit. Oder konkreter gesagt:
Die Interim dient seit Jahren als Ersatz für die nichtvorhandene Info-/ Debattenstruktur(von einer produktiven Streitkultur sind wir u.a. wegen der Überheblichkeit und dem Dogmatismus in den verschiedenen Lagern meilenweit entfernt!) .
Der Interim ist von der Scene eine Verantwortung zugeschoben worden, die die MacherInnen wohl kaum erfüllen können. Da ihr MacherInnen aber euch selbst an diesen Ansprüchen meßt (mit dem eingangs zitierten Leitspruch aus der Gründerzeit der Vereinszeitung), ist das Scheitern vorprogrammiert. Denn, nocheinmal: Eine linke Zeitung kann niemals die notwendige politische Auseinandersetzung, Kritik, Analyse und Zielbestimmung linksradikaler Politik ersetzen! Genau diese Rolle und Funktion übt aber gerade die Interim aus.

Völlig zum Scheitern verurteilt wäre daher ein Zeitungsprojekt à la 'Unzertrennlich', mit gar wöchentlicher oder 14-tägiger Erscheinungsweise. So lange es keine praktische Zuarbeit und Korrektur durch die Bewegung und die politisch Handelnden für solch eine Zeitung gibt, schwebt ein solches Projekt im luftleeren Raum. Und daß die ZeitungsproduzentInnen neben ihrem Streßjob noch politische Basisarbeit in den verschiedensten Gruppen machen - daran glaubt ihr (hoffentlich) selbst nicht.
Also, lange Rede, kurzer Sinn: Was wären für Schlußfolgerungen und Verbesserungen für die Interim vorzubringen?
1)Solange es keine Koordination und öffentliche Diskussion unter den immer noch zahlreichen autonomen Gruppen gibt, ist die Interim (auch in der jetzigen Form) unersetzlich, oder platt: Besser als gar nichts!

2) Wie ein Kritiker aus der Interim-Gruppe schon geschrieben hat: Ihr könnt doch selbst 'mehr Zeitungselemente' in die interim reinbringen: Interviews(Frage der Sicherheit muß dabei beantwortet werden), Artikel schreiben, Kommentare verfassen, Artikel organisieren - also in Richtung einer Zeitung arbeiten, wie dem Bremer 'kassiber'.

3) Wäre doch in eine stärkere Inpflichtnahme der in Kleingruppen vor sich hinwurstelnden Archivgruppen denkbar: Z.B. Artikel alle 14 Tage zum Themenbereich Anitfa/Antirassis. zusammenstellen, oder 2 Seiten Internationalismus alle 14 Tage wie z.B. den wichtigsten Meldungen aus 'Ponal', dem kleinen Nachrichtenmagazin über Ereignisse in Lateinamerika, oder alle 14 Tage 2 Seiten über Wirtschaftssachen, die von Bedeutung für die Linksradikalen sind usw.

Fazit: Eine linke Scene-Zeitung, die nicht abgehoben, arrogant und abstrakt ist, ist nur so gut wie die (politische Praxis) der Bewegung.
Das Spiegelbild kann nicht schärfer als das noch so unscharfe,reale Bild sein.
Miraculix

Interim-Diskussion

- Fangen wir an mit den Ausführungen eines Interim-Redakteurs(?)
Beschreiben wir ihn: Er steht mit seiner Position im Zentrum der Interim (im Gegensatz zu anderen, deren Position eine minoritäre, am Rande der Interim ist). Er hat ganz, ganz viel Ahnung von Geschichte und Vorgeschichte der Interim, und scheut sich nicht, sie uns mitzuteilen, eine Geschichte, aus der sich zwangsläufig ergibt, daß die Zeitung, so wie sie ist, die einzige und beste Interim ist, die es geben kann. Komisch, ist das nicht immer das einzige und zwangsläufige Ergebnis, wenn die Red. sich mal meldet? Er ist auch seehr liberaal: wenn Leute mit der Interim, so wie sie ist, nicht zufrieden sind, so können sie ja ohne Schwierigkeiten selber Artikel für diese famose Zeitung schreiben. Er kriegt aber auch Wut: Dann nämlich wenn die Zeitung schlecht wird. "Auf Seite 12-15 fehlen sämtliche Überschriften", das verhindert die dringend revolutionsnotwendige soziale Ausweitung (der Zeitung, versteht sich)[Davon ab, die übrigen technischen Kritikpunkte kann ich durchaus nachvollziehen, nur darum gehts nicht, wenn wir irgendeinen dieses Scheißsystem überwindenden Anspruch aufrechterhalten wollen, müssen wir uns mal davon lösen, um jeden, aber wirklich jeden Preis eine gute Zeitung machen zu wollen. Vielleicht können sich noch einige mehr erinnern, daß es bei der TAZ auch mal so angefangen hat.
Bleibt noch die Kurzmeldung der I - alias: "wir" - Sie würden sich freuen, wenn eine sachliche, konstruktive Diskussion über Punkt 2, das zukünftige Konzept des Blatts, entbrennen würde. Auf diese Weise ließen sich die entlarvenden Punkte 1 und 3 in die Versenkung zurückbefördern. Nur, im Vorwort der Weihnachtszeitung wurde viel mehr angesprochen, die Zukunft der Zeitung interessiert mich dagegen erstmal sehr viel weniger.
Also nocheinmal: Objektiv hat "ein an der Interim Beteiligter" an vielen Punkten Recht, wieso konnte ich diesen Artikel nur zum Kotzen empfinden ?
Werde meinen Gefühlen also nachforschen, dabei als erstes versuchen, ein paar Begriffe zu bestimmen:
Die autonome Realpolitik:

Im weiteren Sinne erst einmal jeder Versuch, reale Politik zu betreiben, durch Politik die Realität zu beeinflussen, also ersteinmal nichts schlechtes, jeder ernstzunehmende Versuch, uns gegen diese Welt der Gier durchzusetzen muß sich an der Realität abarbeiten, die Phantasie hat schon vielzuviel Macht, den Schrei nach Leben in schöne Träume, Utopien, oder was immer umzuleiten. Aber Obacht, bevor wissen, was das ist, Leben außerhalb dieses Systems der Gier, wissen wir schon wie wir es erreichen sollen: durch Politik nämlich "Gibt es eine stärkere Einschränkung der Wahrnehmung all der Orte, die wir täglich durchqueren, der Menschen, die uns überall über den Weg laufen, der banalen Begegnungen ... , der vielfältigen Tätigkeiten, die wir bewustlos verrichten, unser unerklärbaren Träume und abwegigen Gedanken, mit einem Wort, all der Gelegenheiten, die wir ungenutzt voruberziehen lassen, als all unsere Unzufriedenheit in den sterilen Käfig dieser vom Leben abgesonderten Treffen zu zwängen, in dem man sich eine "revolutionäre Identität" als Haustier und Maske zugleich hält". Ich kann mich an Zeiten erinnern, da wurde durchaus heftig diskutiert, ob es uns um Politik geht, oder um Antipolitik, daß heißt ein gesellschaftliches Eingreifen, das "Politik" als Vermittlungsinstanz zwischen uns und dem System radikal zerstört.
Aber auch den Besonneneren, denen diese Herangehensweise zu pathetisch ist, sollte mißtrauisch machen, daß Politik das Standartangebot für gesellschaftliche Veränderung ist, ein allen Unzufriedenen gleichermaßen offenstehendes Betätigungsfeld, deren einzelnen Beschäftigungen längst vordefiniert sind. Die verschiedenen revolutionären Politikkonzepte vertiefen die Misere noch. So weit so schlecht - in den letzten Jahren hat sich eine weitergehende Verengung breitgemacht: Politik, auch in der Scene wird immer mehr zur Kunst des technisch Machbaren, des am sofortigen Erfolg Überprüfbaren. Von einem Versuch unsere Subjektivität, unsere Fremdheit gegenüber dem uns hier teils aufgezwungenen, teils suggerierten Leben durchzusetzen, ist nicht viel übriggeblieben.
Politmackerverhalten:

Warum machen das aber so viele, und warum so viele Männer ? Die "gemischten"(heißt: männerdominierten)politischen Gruppen wie auch die gesamte politische Szene sind von internen Hierarchien durchzogen. Voraussetzung für einen Platz in der Hierarchie sind in erster Linie die richtigen Kontakte, aber auch für die Politik spezialisierte Fähigkeiten, wie theoretisches Abstraktionsvermögen und eine, den Verhältnissen in den Gruppen, angepasste

Technik schaden nicht. Darüber hinaus gehört die Fähigkeit, den eigenen Standpunkt, die eigenen Wünsche rücksichtslos durchzusetzen, selektiv zuzuhören, um jeden Preis eine technisch verstandene Effektivität zu verfolgen. Der Lohn besteht in einer Art von Anerkennung: Leute geben dir Recht, weil du es bist, der redet, nicht wegen dem, was du redest. Damit das nicht falsch ankommt, muß ich auch erwähnen, daß ich dieses Spiel auch lange genug mitgespielt habe.
Konsum:

Diese Strukturen funktionieren natürlich nicht aufgrund besonderer Bosheit ihrer Hautakteure. Eher ist es so, daß ein Bedürfnis nach Stellvertreterpolitik existiert, daß es eine große Masse von Leuten gibt, die ständig auf Angebote zur Betätigung warten. Es ist aber auffällig, daß die politischen Gruppen dieses Bedürfnis ständig versuchen zu befriedigen, am Ende ihren eigenen Erfolg an der Anzahl Mobilisierter festmachen.
Also wieder konkret: In 1. wird auf interne Hierarchien bezug genommen, und das auf eine so direkte und positive Weise, wie ich das selten erlebt hab in einer Scene, die sonst immer so stolz ist, keine Hierarchien zu haben. Was den Rest angeht, so ist es eine weitestgehend technische, am Zeitungskonzept klebende, Kritik, die auf die in der Weihnachtsausgabe vertretene Position überhaupt nicht eingeht. Zugespitzt: In der Weihnachtsausgabe wird gefragt, ob die Zeitung, so wie sie ist, zu der schleichenden Enteignung unseres Lebens beiträgt - zurückgefragt wird, "Macht Ihr denn auch eine gute Zeitung?".
Noch kurz was zur Weihnachtsinterim: Erstmal, über Euer Vorwort habe ich mich total gefreut. Ihr habt endlich einmal die Frage gestellt, ob das, was in der Scene abläuft noch viel mit dem Anspruch auf radikale Veränderung zu tun hat, und es am Beispiel der Interim auch konkret gemacht. Ich hab allerdings Zweifel ob über die von Euch geforderte Zeitungsdiskussion Antworten zustandekommen. Das entspräche einer Revolution von oben. Darüberhinaus besteht die Gefahr, das daraus schnell eine rein technisch orientierte Zeitungsdiskussion entsteht. Trotzdem, überfällig wars ja wohl.

K.

Büchernotizen

NANNI BALESTRINI, Der Verleger (Libertäre Association, Hamburg 1992). Ein neuer gewichtiger Roman von Balestrini, in ihm geht es um die Zeit, in der die autonomia entsteht, die Zeit nach '68 und dem heißen italienischen Herbst der wilden Streiks und Fabrikbesetzungen, wo offensichtlich wurde, daß die Strukturen der „alten Linken" unzureichend waren, um der Radikalität und der sozialen Bewegung eine Form zu geben. Der Tod Feltrinellis (bei einer Sabotageaktion mit Sprengstoff an einem Strommast) reißt das Problem der alten und neuen Linken auf: Während die PCI die Militanz der Partisanen als Mythos konserviert, die Resistenza als moralisch saubere Opfermentalität in Erinnerung hält, stellt die neue soziale Wut die Frage der Gewalt, die Frage der zu machenden Revolution hier und jetzt. Für die Alten muß der Tod des Verlegers ein Anschlag der Rechten, des Staates, der Faschisten, der CIA sein, weil ein linker Kämpfer immer unschuldig sei. Damit denunziert die PCI die soziale Bewegung, für die die Gewaltfrage keine moralische ist – die PCI beendet diese Kurskorrektur später mit dem sogenannten Historischen Kompromiß. Der Tod des gewichtigen italienischen Verlegers der Linken schärft die Konturen der neuen sozialen Bewegung durch die tiefgreifenden Diskussionen, die er auslöst. Die Suche nach einer neuen persönlichen und kollektiven Subjektivität, nach Lebens- und Widerstandsformen wird durch den Tod Feltrinellis beschleunigt. Die gesellschaftliche Konfrontation jener Zeit, die Veränderungen der Arbeit und der Lebensformen, die massenhafte Dezentralisation der Revolte machen den Zusammenschluß aller Parteien, des Militärs, der Justiz und der Medien notwendig, um diese soziale Kraft zu zerstören. Weil die PCI die Kontrolle über diese Bewegung schon nicht mehr hatte, hat sie sich an deren Zerschlagung beteiligt. Das Ende der alten Perspektiven wird damit überdeutlich. Das Klima jener Zeit, eins der Suche, des Aufbruchs, der Negation, des radikalen, nicht rückgängig zu machenden Bruchs mit der Gesellschaft stellt Balestrini in Form dieser Geschichte des Todes des Verlegers dar, aus der sich Geschichten herausdrehen, persönliche oder auch typische Geschichten, wie sie damals verbreitet waren im lebendigen Teil der Gesellschaft. Es bleibt viel Luft zwischen den Geschichten und Personen, ständig wechselt der Autor Ebene, Perspektive, Sprache, montiert „die dreckige Arbeit der Medien" mit der heftigen Liebesgeschichte aus Malcolm Lowrys „Unter dem Vulcan", läßt den Blick auf die Konstruktionspläne des Buches frei. Diese Freiheit macht das Großartige von Balestinis Schreiben aus, die klare Luft zum Atmen, wie auf einer Hochebene, auf der einen nichts bedrängt, wo aber die Einfachheit der Form die Klarheit der Gedanken fördert. Mit der Reduzierung der Geschichte jener Jahre auf dieses Bild – den Tod des Verlegers – gelingt es Balestrini, die eigene Geschichte des Lesers hervorzulocken, die sich zwischen den Aspekten des Geschriebenen entwickeln und an ihnen reiben kann. Das scheint mir die größte Freiheit zu sein, die ein Autor seinen LeserInnen geben kann.

aus: Die Aktion, Heft 97/100, S. 1647f.

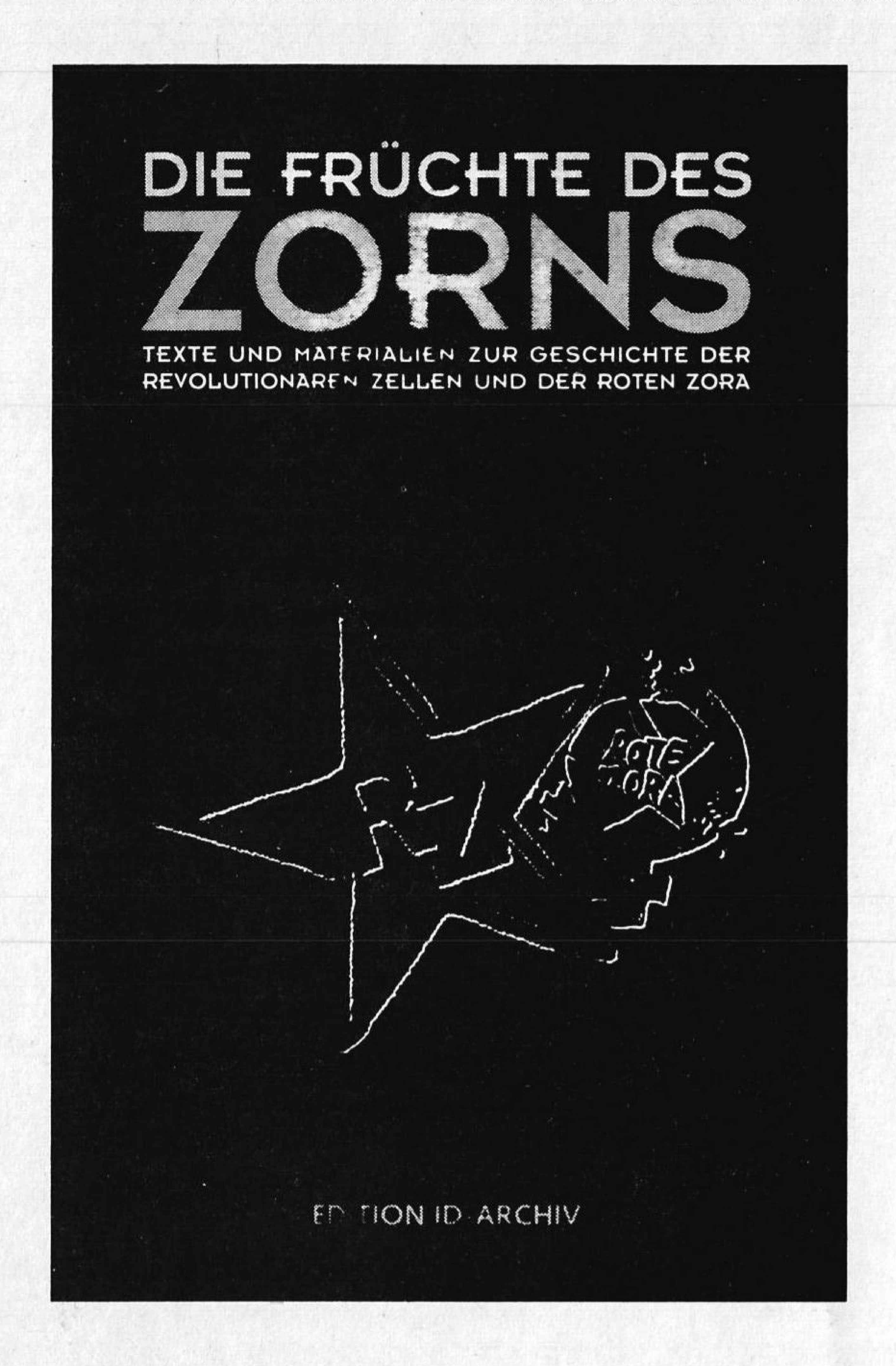
Von Stahls Berliner Wohnung ausgespäht

HAMBURG, 16. Januar (dpa). Die Sicherheitsbehörden haben nach Angaben der „Bild"-Zeitung möglicherweise ein geplantes Attentat der Roten-Armee-Fraktion (RAF) auf Generalbundesanwalt von Stahl vereitelt. Aus einem Bericht des Bundeskriminalamtes gehe hervor, daß die Berliner Privatwohnung Stahls von „jungen Leuten" mit einer Videokamera ausgespäht worden sei. Sie hätten einen Pkw benutzt, dessen Halterin – wie die Kennzeichenüberprüfung ergeben habe – in Verbindung zum „engeren RAF-Umfeld" stehe. Auch dem Bundesnachrichtendienst lägen Hinweise für ein Attentat auf Stahl durch RAF-Mitglieder aus dem Frankfurter Raum vor. Entsprechende Hinweise sollen von einer inzwischen aus der Haft entlassenen, früheren RAF-Terroristin stammen. Wegen der Ausspähung der Wohnung Stahls sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

soeben erschienen!!!

DIE FRÜCHTE DES ZORNS

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora



ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)
Die Früchte des Zorns
Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

800 Seiten, 2 Bände 49,80DM (Sonderpreis)
ab 1.6.1993 Ladenpreis: 68,– DM
ISBN: 3-89408-023-X
gebundene Förderausgabe: 248,– DM
ISBN: 3-89408-024-9

Das Buch wurde zusammengestellt und mit Einleitungen versehen von der Redaktionsgruppe ›Früchte des Zorns‹, mit einem Vorwort des ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam und Anmerkungen der Edition ID-Archiv.
Die Herausgabe wurde nicht von Institutionen und Stiftungen gefördert, sondern alleine durch Spenden realisiert.
Zur Absicherung der Restfinanzierung des subventionierten Ladenpreises dient die gebundene und auf 100 Exemplaren limitierte Förderausgabe.

Die Organisationen *Revolutionäre Zellen* und *Rote Zora* sind ebenso wie die anderen bewaffneten Gruppen in der BRD (Rote Armee Fraktion, Bewegung 2. Juni u.a.) das Ergebnis der Radikalisierung eines Teils der 68er-Bewegung. Das aus Lateinamerika abgeleitete Stadtguerillakonzept, ihr »Kampf im Herzen der Bestie« (Che Guevara) wurde als strategische Notwendigkeit der Metropolenlinken begriffen. Mit den in der Linken breit diskutierten internationalistischen, antiimperialistischen und sozialrevolutionären Theorien wurde die Unabdingbarkeit revolutionärer Gewalt zur Gesellschaftsveränderung formuliert.
Im Mai 1972 startete die RAF ihre erste militärische Offensive, Ende des Jahres befanden sich ihre bekannten Köpfe allesamt in Haft. Als 1973 die ersten Gruppen der Revolutionären Zellen unter diesem Namen ihre Aktivitäten aufnahmen, konnten sie auf diese Negativerfahrung zurückgreifen. So gründete sich die RZ in dem Wissen, daß auf organisatorischer Ebene der beste Schutz vor staatlicher Verfolgung und politischer Isolation die gänzliche Anonymität ihrer Mitglieder und eine dezentrale, nicht hierarchische Arbeitsweise ist. Dies ermöglichte den unbekannten Militanten, an Diskussionen und legalen Bewegungen der radikalen Linken weiterhin teilzunehmen, eine Verselbständigung militärischer Politik zu vermeiden und die Fahndungsapparate des Staates ins Leere laufen zu lassen. Die RZ wollte keine Avantgarde-Organisation aufbauen, keine Stellvertreterpolitik machen. »Alle müssen alles können« war der selbstformulierte Anspruch der *Revolutionären Zellen.*

Die Früchte des Zorns ist eine bearbeitete und kommentierte Dokumentation der theoretischen Positionen und praktischen Aktivitäten der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Das Buch ist ein Geschichtsprojekt, von dem Gedanken geleitet, daß eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Linken zwar keine Antworten auf die vielen aktuellen Konflikte geben kann, aber ohne eine Beschäftigung mit der ›eigenen‹ linken Geschichte, kein Verstehen der momentanen Fragen möglich ist.

Zur Konzeption:

Die Einleitungen sollen in Kürze die gesellschaftlichen Entwicklungen und die jeweilige politische Situation skizzieren. Sie dienen primär dem besseren Verständnis für die Lektüre der Originaltexte.

Die Originaltexte sind chronologisch angeordnet, d.h. die theoretischen Papiere sind in zeitlicher Reihenfolge aufge-

führt, den jeweiligen Kapitel wurden dann die Aktionserklärungen zugeordnet. Kriterium für die Textzusammenstellung war eine Dokumentation der Entwicklung der politischen Positionen, theoretischen Analysen und praktischen Aktivitäten von 1973 bis 1992. Von einer Dokumentation der »praktischen Tips« wurde aus inhaltlichen und konzeptionellen Gründen abgesehen.

Die Anmerkungen wurden zum besseren Verständnis der Originaltexte nachträglich erarbeitet. Namen, Organisationen und Ereignisse, die aus den Texten nicht oder nur schwer verständlich sind bzw. deren Wissen darüber heute nicht vorausgesetzt werden kann, sind so eher nachvollziebar.

Eine Auswahlbibliographie ›Kritiken und Diskussionen‹ soll deutlich machen, daß es seit den ersten Aktionen der Revolutionären Zellen eine, wenn auch nicht allzu intensive, Auseinandersetzung um deren Politik innerhalb der Linken gegeben hat.

Das themenorientierte Literaturverzeichnis zeigt auf, daß eine breitere Beschäftigung mit den in den Originaltexten angesprochen Themen stattgefunden hat und auch heute noch möglich ist.

Ein Personen- und Institutionenregister macht ein schnelles Auffinden innerhalb der Originaltexte möglich.

★

LEVI-STRAUß-BOYKOTT

Aufruf zum Boykott

Vorbereitungstreffen

Sonntag, 24.01.93
El Locco, Kreuzbergstr.43, 1000 Berlin 61 U-Bahn Yorckstr.
19.00 Uhr

Levi Strauss entliess im Januar 1990 über 1000 Frauen und Männer wegen Betriebsschliessung in San Antonio/Texas. Tatsächlich verlagerte der Bekleidungskonzern seine Produktion nach Zentralamerika, wo sich die Arbeitskräfte für 2-3 Dollar im Tag pro Frau verkaufen muß.

Seit 3 Jahren kämpfen ca. 100 Frauen gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Sie gründeten die "Fuerza Unida" und haben über den Kampf um ihre Arbeitsplätze den Widerstand gegen die rassistische Unterdrückung aufgenommen. Die Frauen stammen aus der farbigen Bevölkerung, wurden um ihre Bildung betrogen und müssen in erbärmlichen Wohnungen leben.

Ihr Widerstand ist nach 3 Jahren ungebrochen und haben inzwischen basisorientierte Strukturen entwickelt und kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung, Verhinderung von Bildung, schlechte Krankenversorgung und verseuchte Wohnbedingen.
(Ausführlich berichteten diese Frauen im A-Kurier Nr. 35,37,38)

Wir wollen den mutigen Kampf um ein gerechtes Leben, der auch unser Kampf ist, hier praktisch und konkret unterstützen.

→ Unterstützung des Kampfes gegen Levi in der USA

→ Materielle Unterstützung der Frauen in San Antonio

→ In der Region Berlin ein Boykott gegen alle Levi-Produkte starten

→ Aufklären und Informieren der Läden und der Kosumenten über die Machenschaften von Levi und andere Konzerne der Textilindustrie

→ Information über die Textilnäherinnen in den Betrieben hier.

Wir stellen uns viele und vielfältige Möglichkeiten von Widerstand vor. (Boykott von Waren und LÄden, Aufklärung durch Aktionen, Levi-Ettiketten sammeln usw.)

Um den Widerstand vielfältig und creativ zu organiseren und umszusetzen sind alle Menschen angesprochen, die noch Solidarität verspüren können.

Kommt zum Treffen und macht mit

ZUR SITUATION UM DAS NEUE ASYL GESETZ IN GREAT BRITAIN

Viele werden es vielleicht noch nicht wissen, aber auch in Great Britain ist eine absolut drastische Neuregelung des Asyl-Gesetzes bis März dieses Jahres geplant. Dabei wird versucht, den 'refugees' eine Einreise und Anerkennung auf Asyl praktisch unmöglich in GB zu machen, was einer Nicht-Garantierung von Menschenrechten gleich kommt. Alles, um die Festung Europa auszubauen, wozu dann auch noch das Asylkompromiß-Paket in der BRD und die elektronisch gesicherten Grenzen in Polen und Tschechoslowakei passen... Und was dann?
Aber erst nochmal zurück zum Asyl-Gesetz in GB. Am 11.1.93 wurde der Gesetzentwurf zum 3.mal im House of Commons gelesen und es wird am 26.1.93 ins House of Lords weitergegeben. Bis zum 11.März soll es dann wieder zurück zum House of Commons, um dann entgültig verabschiedet zu werden. Also gibt es nicht mehr viel Zeit, und auch hier in GB geht die Diskussion in der Öffentlichkeit schleppend und eher still und leise, damit ja kein größerer Protest laut wird. Dabei müßte allen klar sein, daß dieser Gesetzentwurf hier in GB genauso wie der Asyl-kompromiß in der BRD weitreichende Folgen für das Leben von tausenden von 'Nicht-Europäern' in aller Welt hat!!!
Das neue Gesetz in GB sieht vor:

- ein beschleunigtes Asylverfahren
- erstmals die Möglichkeit, bei einer Ablehnung des Asylantrags eine Berufung einlegen zu können, die aber innerhalb von 48 Stunden und mit vollständigen Papieren passieren muß
- ALLE 'refugees' sollenED behandelt werden, auch Kinder sollen Fingerabdrücke abgeben (!!!)
- das Recht, gegen eine Ablehnung eines Besucher- oder Studienvisa Einspruch einzulegen, fällt einfach weg; das ist fürGB besonders schlimm, da viele Leute aus dem ehemaligen Commonwealth dort studieren oder schon lange leben, während ein großer Teil der Familie noch im Ursprungsland lebt.
- das Recht, hier in GB für 'refugees' wie eben auch andere Obdachlose Unterkunftzu beantragen, soll für Asylsuchende und deren Angehörigen eingeschränkt werden
- neue Kriterien für die Bestimmung der Bewerbung um Asyl
- Asylsuchende müssen nach GB direkt nachdem sie ihr Herkunftsland verlassen haben kommen, um das Recht zu haben, in GB einen Asylantrag stellen zu können. Sonst werden sie wieder in das erste Transitland zurück geschickt, ohne eine ZUsage zu haben, nicht in das Herkunftsland zurückgeschickt zu werden.

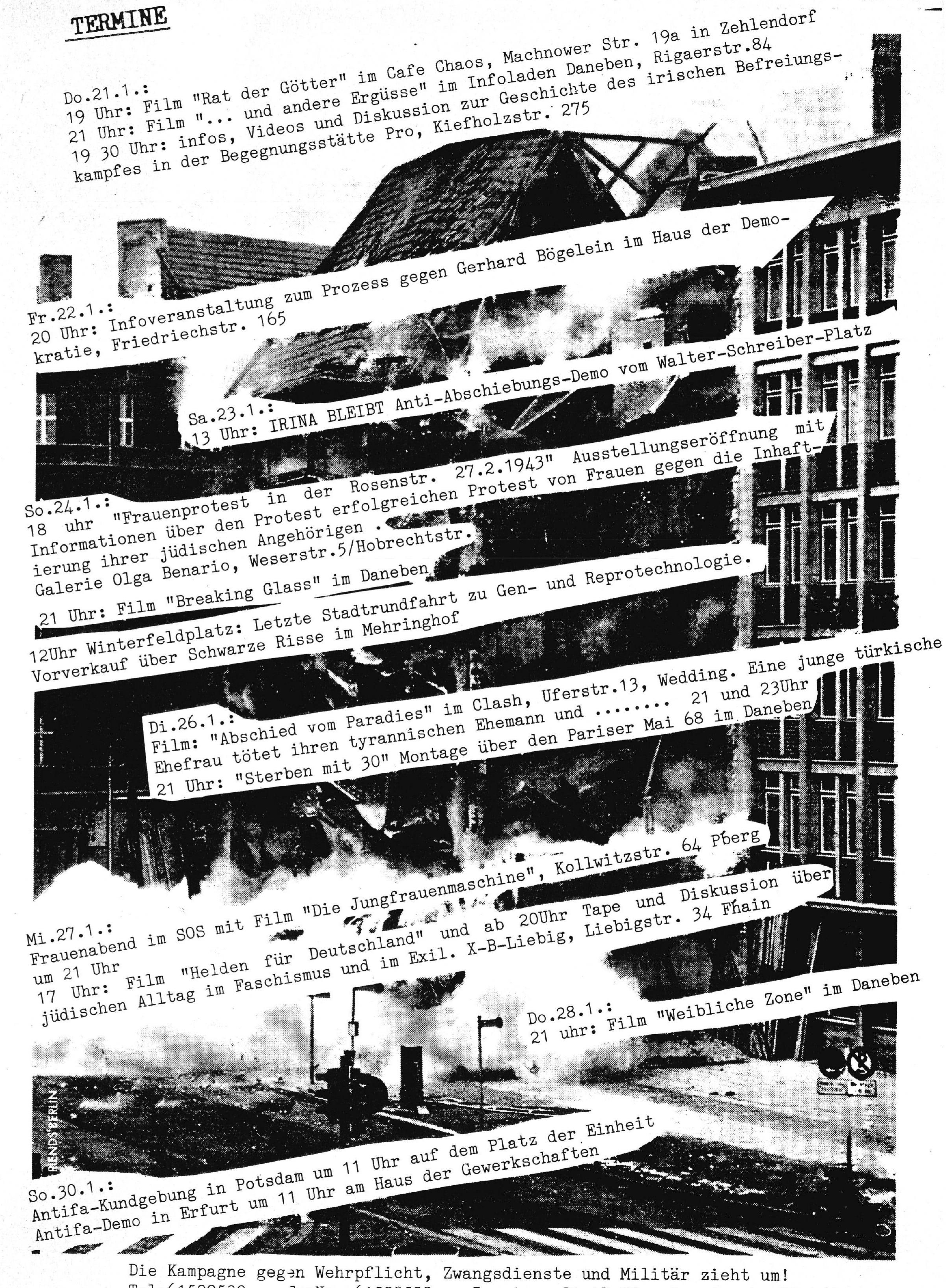
Dieses Gesetz hat ähnlich wie das geplante in der BRD zum Ziel, eine Anerkennung auf Asyl in ganz Europa unmöglich zu machen.
Die Britische Regierung plant zudem extra Gefängnisse frei zu machen, um darin Flüchtlinge zu inhaftieren, die sich z.B. der ED-Behandlung zur Wehr setzen wollen. Die Britische Regierung nimmt auch wie andere EG-Staaten an Geheimkonferenzen zur europaweiten Asylpolitik teil.
Der Protest in GB beschränkte sich bis jetzt auf eine DEmo in London am 21.11.92, ein 4000 Leute starker Gegenkongreß zum EG-Gipfel in Edinburgh im Dezember und das 'lobbying' der Abgeordneten. Es fehlt eine breite Unterstützung, da vielen wohl die Dimension der Gesetze und deren Auswirkungen noch nicht klar sind!!!
Informiert Euch! Überlegt Euch was! Oder schreibt an:

CARF - Campaign Against Racism and Fascism (no 11)
BM Box 8784, LONDON WC1N 3XX - Tel.: 071-8371450

ARC - Asylum Rights Campaign
c/o 3 Bondway, LONDON SW8 1SJ - Tel.: 071- 5823969

Refugee Council
3/9 Bondway, LONDON SW8 1SJ - Tel.: 071-8279090

TERMINE



Do.21.1.:
19 Uhr: Film "Rat der Götter" im Cafe Chaos, Machnower Str. 19a in Zehlendorf
21 Uhr: Film "... und andere Ergüsse" im Infoladen Daneben, Rigaerstr.84
19 30 Uhr: infos, Videos und Diskussion zur Geschichte des irischen Befreiungs-kampfes in der Begegnungsstätte Pro, Kiefholzstr. 275

Fr.22.1.:
20 Uhr: Infoveranstaltung zum Prozess gegen Gerhard Bögelein im Haus der Demo-kratie, Friedriechstr. 165

Sa.23.1.:
13 Uhr: IRINA BLEIBT Anti-Abschiebungs-Demo vom Walter-Schreiber-Platz

So.24.1.:
18 uhr "Frauenprotest in der Rosenstr. 27.2.1943" Ausstellungseröffnung mit Informationen über den Protest erfolgreichen Protest von Frauen gegen die Inhaft-ierung ihrer jüdischen Angehörigen .
Galerie Olga Benario, Weserstr.5/Hobrechtstr.
21 Uhr: Film "Breaking Glass" im Daneben
12Uhr Winterfeldplatz: Letzte Stadtrundfahrt zu Gen- und Reprotechnologie.
Vorverkauf über Schwarze Risse im Mehringhof

Di.26.1.:
Film: "Abschied vom Paradies" im Clash, Uferstr.13, Wedding. Eine junge türkische Ehefrau tötet ihren tyrannischen Ehemann und .... 21 und 23Uhr
21 Uhr: "Sterben mit 30" Montage über den Pariser Mai 68 im Daneben

Mi.27.1.:
Frauenabend im SOS mit Film "Die Jungfrauenmaschine", Kollwitzstr. 64 Pberg um 21 Uhr
17 Uhr: Film "Helden für Deutschland" und ab 20Uhr Tape und Diskussion über jüdischen Alltag im Faschismus und im Exil. X-B-Liebig, Liebigstr. 34 Fhain

Do.28.1.:
21 uhr: Film "Weibliche Zone" im Daneben

So.30.1.:
Antifa-Kundgebung in Potsdam um 11 Uhr auf dem Platz der Einheit
Antifa-Demo in Erfurt um 11 Uhr am Haus der Gewerkschaften

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär zieht um!
Tel:61500530 FaxNr.:61500599 Beratung:Di 17.30 Oranienstr 25 1/61
Bürozeiten:Mo - Fr 10-18 Uhr KtoNr 199567 Ökobank Blz50090100



Machen wir ihr Symbol der Freiheit zu unserem Symbol des Widerstands.

WürgerInnen gegen Kiezvertreibung (WGK)